

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 29. Dezember 1926
10. Jahrg., Nummer 305

Bestellungspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 3,50 Mk., unter Streifenband 8,00 Mk.
Kundenzugabe: Die dreizehnte Nummer der Zeitschrift über den Reichstag.
Preis: Die dreizehnte Nummer der Zeitschrift über den Reichstag.
— Schlus der Anzeigenannahme in der Haupt-Expedition
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Krebsplatz 10, Telefon 500 89.
Post-Expedition: Breslau 544, Mehlmarkt 10, Telefon 500 89.
Kreuz-Expedition: Breslau 230 02, Grosse Str. 10, Telefon 500 89.
Expeditionen: Glatz, Glatzstr. 24, Telefon 500 89.
Glatz: Glatz, Glatzstr. 24, Telefon 500 89.
Land am Haupt-Expeditionsort Breslau. — Verlag: Schell, Verlagsgesellschaft
m.B.H., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Krebsplatz 10, 50.

Gestörte Landtagsferien!

Heute Beratung des kommunistischen Misstrauensantrags KPD. und Bürgerliche sabotieren — Verfassungsbruch geplant

(Eig. Bericht.) Berlin, 28. Dezember.

Zur Beratung des kommunistischen Misstrauensantrages gegen die Regierung Braun wegen des geheimen Rüsthandels in der Konradtsfrage findet heute eine Tagung des Preussischen Landtags statt. Wie die bürgerliche Presse schon jetzt berichtet, wird der Landtag beschleunigt sein, weil eine große Anzahl von Mitgliedern darunter auch Sozialdemokraten, Urlassgesuche eingereicht hat, um die Beratung des kommunistischen Misstrauensantrages zu sabotieren. Die namentliche Abstimmung über den Misstrauensantrag findet am 2. Januar statt.

In bürgerlichen Kreisen besteht die Absicht, die unliebsame Störung der Ferien durch die Kommunisten zum Anlaß einer Verfassungsrevision zu machen. Es ist beabsichtigt, aus der Verfassung die Bestimmungen über die Frist der Erledigung von Misstrauensanträgen herauszunehmen. Man will damit ermöglichen, daß die Regierungsmehrheit in die Lage versetzt wird, Misstrauensanträge der Opposition und damit den Sturz der Regierung so lange hinauszuschieben, als es der Mehrheit paßt.

Wie in Sowjetrußland gewählt wird

Gegen Pfaffen und Kulaken — Offenbar der Dorfarmut Frauen und Jugend — Sozialistische Nationalisierung

Moskau, 25. Dezember.

Um die sozialistische Umgestaltung der gesamten Industrie und der Landwirtschaft der Sowjetunion zu sichern, bemüht sich die proletarische Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die Aktivität der werktätigen Massen zu heben und immer breitere Schichten der Arbeiter und werktätigen Bauern zur direkten Mitarbeit und Leitung des Staates und des Wirtschaftslebens des Landes heranzuziehen.

Die Entfaltung einer schonungslosen Selbstkritik der Staats- und Wirtschaftsorgane, bei einer gleichzeitigen Förderung der kulturellen Entwicklung der Arbeiter- und Bauernmassen ist die sicherste Gewähr für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion.

Gegenwärtig werden einige wichtige Kampagnen in der Sowjetunion durchgeführt, an denen man sehr auf die wirkliche, die proletarische Demokratie in ihrer Praxis sehen kann.

Die Gemeindefürsorge werden durch eine Kampagne von Wirtschaftsbereichen der bisherigen Sowjetdeputierten vorbereitet. Von dem höchsten Organ des Sowjetstaates, dem Zentral-Exekutivkomitee der Sowjets, bis zu dem untersten Dorfsovet wird den Wählermassen über die Arbeit in der verflochtenen Periode Rechenschaft abgelegt.

Die Erfolge der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Hebung des Wohlstandes der Arbeiter und Bauern, auf dem Gebiete der Entwicklung der sozialistischen Elemente der Volkswirtschaft, veranlassen die Kulaken und Rep.-Elemente zur aktiveren Gegenwehr. Sie versuchen mit den verschiedensten Mitteln, bei den gegenwärtigen Wahlen einen Einfluß auf die Sowjetorgane zu gewinnen. Mancherorts verlaufen die Kulaken ihr Vieh und ihre Maschinen, ändern so ihr ökonomisches Gesicht, werden „Mittelbauern“ und erlangen so das Wahlrecht. In anderen Dörfern treten sie sogar offen auf und verlangen die Dineinnahme ihrer Leute in die Wahlkommissionen. In einigen Orten, besonders dort, wo die Dorfarmen eine festgesetzte und sich ihrer Rechte bewußte Organisation bilden, versuchen die Kulaken, den Block zwischen der Dorfarmut und den Mittelbauern zu zerbrechen, indem sie die Mittelbauern gegen die Dorfarmen, als einer „wirtschaftlich unsfähigen“ Schicht, heben. Dort, wo die Religion noch einen bedeutenden Einfluß besitzt, werden die Kulaken gemeinsam mit den Pfaffen und organisierten zu gleicher Zeit mit den Versammlungen der Dorfsovet-Kirchengottesdienste, um so die noch an der Kirche hängenden Dorfarmen von dem Besuch der Versammlungen abzuhalten.

Über die Sowjetöffentlichkeit auf dem Dorf und in der Stadt begegnet diesen Machenschaften der Pfaffen und Kulaken mit einer verstärkten Aktivität. Die Dorfarmen heben aktiv den Wahlkommissionen, die Nichtwahlberechtigten festzukellen. Sie achten darauf, daß sich die Kulaken nicht in die Sowjetorgane einschleichen können. Sie erziehen geschlossen, teils sogar in feilscher Kleidung, mit revolutionären Liedern und unter rotem Banner zu den Wählerversammlungen, unterwerfen dort die Arbeiten ihrer bisherigen Dorfsovet-belegierten einer schonungslosen, aber sachlichen Kritik. Jedem Versuch, ihre Kritik zu sowjetfeindlichen Zwecken auszunutzen, treten sie energig entgegen.

Zur Unterstützung der Dorfarmut in ihrem Kampfe gegen die Kulaken rufen die Gewerkschaften und die Sowjetpresse die Arbeiter der städtischen Betriebe auf, Delegationen in die Dörfer zur aktiven Mitarbeit bei der Durchführung der Verichts- und Wahlkampagne zu entsenden.

Die Delegierten der Betriebe von Moskau, Leningrad, Kiew, Minsk, Smolensk, Kowno u. a. m. haben beschlossen, sich bis 15. Januar starke Delegationen in die umliegenden Dörfer für die ganze Dauer der Wahlperiode — von Mitte Dezember bis Mitte Januar — zu entsenden. Um die Mittel für diese Delegationen aufzubringen, beschließen die Delegierten, Ueberstunden zu machen.

Um sich gegenseitig bei der Arbeit anzuspornen, um eine hundertprozentige Wahlbeteiligung zu erzielen, werden öffentliche Wettbewerbe in der Presse veranstaltet. In Smolensk sind im Verlauf von 14 Tagen 35.000 Arbeiter, Bauern, Notarinnen und Jungarbeiter durch den Wettbewerb erfaßt worden. Bei der lokalen Zeitung sind über tausend praktische Vorschläge eingegangen, die alle der einen Zweck verfolgen — hundertprozentige Wahlbeteiligung.

Um auch den Frauen die restlose Beteiligung an den Verichts- und Wahlversammlungen zu ermöglichen, werden von der Pro-

Sozialdemokratisches Wehrprogramm

Ein offenes Bekenntnis zur Aufrüstung

(Eig. Bericht.) Berlin, 27. Dezember.

Wie die demokratische Presse erzählt, wird im Laufe des morgigen Tages das sozialdemokratische Wehrprogramm veröffentlicht. Nach Mitteilungen des „Berliner Tageblattes“ ist das Kernstück dieses Programms, daß die Sozialdemokratie bei dem gegenwärtigen Rüstungsstande die Notwendigkeit einer Wehrmacht und der Landesverteidigung für das Deutsche Reich unbedingt anerkennt.

Das sozialdemokratische Wehrprogramm fordert ferner die Professionalisierung der Reichswehr und ihres Nachwuchses; in diesem Zusammenhang werden auch Personalveränderungen vorgeschlagen. Bei der grundsätzlichen Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Aufrüstung und Landesverteidigung bedeutet diese Forderung nichts anderes, als

die Aufnahme von Reichsbanner-Mitgliedern in die Reichswehr

und die Erklärung des Reichsbanners als Rekrutierungsorganisation für den neudeutschen Imperialismus. So will die Sozialdemokratie nicht nur ideologisch und politisch, sondern auch militärisch den Krieg vorbereiten und dem Moloch Imperialismus erneut Kanonensplitter liefern. Zugleich ist das Wehrprogramm ein Bekenntnis zur Vorbereitung und Durchführung des Antisowjetkrieges.

Der Betrug an der Stadt Waldenburg

Waldenburg, 28. Dezember. Vier Mitglieder der in der bekannten Obligationsskizze eingetragenen Untersuchungskommission weichen zurzeit in Berlin, um sich über den Stand der Dinge zu informieren. Ueber das vorläufige Ergebnis meldet die Telegraphen-Union u. a.:

In der Stadtverordnetenversammlung hatte Oberbürgermeister Wehner erklärt, daß sich die Stadt Waldenburg von der Firma Rathle deren Anträge gegenüber dem Feuerverband in Höhe von 784.000 Mark als Sicherheit habe abtreten lassen. Die Waldenburger Vertreter sollen aber über die Eröffnungen, die ihnen hier in Berlin gemacht wurde, förmlich in Kenntnis gesetzt sein, insbesondere darüber, daß der von der Firma Rathle als Sicherheit eingeräumte Schadenersatzanspruch gegenüber dem Feuerverband von diesem als überholt nicht bestehend bezeichnet werde, so daß Waldenburg zurzeit auch nicht eine tatsächliche Sicherheit für seine Millionenforderung besitze.

Werftarbeiter beschließen:

Weiterkämpfen auch bei Verbindlichkeitsklärung

Am 22. Dezember fand eine Versammlung der streikenden Werftarbeiter bei Sagebiel in Hamburg statt. Die Versammlung war vom besten Kampfesgeist getragen und beschloß, den Schiedsrichter des Reichsarbeitsministeriums abzulehnen, weil er die Hauptforderungen der Werftarbeiter, 1,20 Mark Spitzenlohn, 45-Stunden-Woche, achtstündige Arbeitszeit und freien Sonnabendnachmittag, nicht erfüllt, weil er eine zu lange Laufzeit hat, weil er keine Erhöhung des Reallohnes bringt.

Ferner protestierte die Versammlung gegen den Raub des Demonstrationsrechts durch den sozialdemokratischen Polizeisenator, und sprach der KPD für ihr großzügiges Solidaritätswort den Dank der kämpfenden Werftarbeiter aus.

Eine am Sonnabend, dem 22. Dezember, stattgefundene Streit-

versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Werftarbeiter in Bremen haben lehnte den Schiedsrichter mit 2002 gegen 77 bei einer ungünstigen Stimmzahl ab.

Die am 23. Dezember in Bremen tagende Versammlung der Vertrauensleute der Werftbetriebe des MW. nahm eine Entschließung an, die der Lohnverhandlungskommission deshalb das Vertrauen aussprach, weil sie den Schiedsrichter abgelehnt hat. Ein Antrag der Opposition, der sich für den weiteren Kampf um die aufgestellten Forderungen einsetzte, wurde nicht zur Abstimmung gebracht. Die Sitzung bewies aber, daß unter den Arbeitern und auch dem größten Teil der Vertrauensleute der Wille zu weiterem Kampf vorhanden ist. Andererseits, daß die reformistischen Führer den Kampf abwürgen wollen.

Am 27. Dezember. In einer am heutigen Donnerstag in Kiel abgehaltenen Werftarbeiterversammlung wurde der Schiedsrichter im Werftarbeiterstreik von 90,1 vom Hundert der abgegebenen Stimmen abgelehnt.

Am 27. Dezember. In der heute im Numunder Sporthaus abgehaltenen Werftarbeiterversammlung wurde die Abstimmung über den Schiedsrichter im Werftarbeiterstreik vorgenommen. Bei 1388 abgegebenen Stimmen wurden 1276 Stimmen für Ablehnung, 94 Stimmen für Annahme und 18 ungültige Stimmen abgegeben.

Volkswacht-„Neuigkeiten“

Breslau, den 28. Dezember.

Die „Volkswacht“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Nummer auf der zweiten Seite einen Artikel zum Offenen Brief des Effi, den sie mit der „treffenden“ Bemerkung einleitet, daß die kommunistische Presse diesen Brief erst am Sonnabend veröffentlichte. (Siehe auch Breslau!) Von derselben Aktualität und Bedeutung wie die Nachricht von dem „bedauerlichen“ Brief des Effi, den Thälmann unter dem Kopftischen hätte, ist die Mitteilung des genannten Blattes, daß Genosse Bucharin „La Itgeleit“ sei und die Genossin Clara Zetkin beabsichtige, sich zur Unterstützung der Brandler-Fraktion nach Deutschland zu begeben. Stamme das erstgenannte Material, aus dem „Vormwärts“ vom Freitagabend, so ist die zweite „aktuelle“ Nachricht noch älteren Kalibers. Sie wurde von der Paulsen-Fraktion bereits auf dem Bezirksparteitag als Gerücht kolportiert und nahm von der Reichsfraktionsleitung der Reichs ihren Weg in den ultralinken „Volkswillen“. Von dort hat sie die „Volkswacht“ bezogen. Nun, die Quelle der Nachricht kennzeichnet ihren Wert und ihre Glaubwürdigkeit. Wir können uns auf die Feststellung beschränken, daß Ultralink und Rechte bei der Fabrikation dieser Meldung sich wieder einmal zusammengefunden haben im törichtem Glauben, damit das Vertrauen der Massen zur Komintern erschüttern zu können.

Derartige „neueste Meldungen aus Moskau“, bezogen von der Nachrichtenagentur Urbahns-Thalheimer-Hausen, sind in den letzten Wochen dufensach in Breslau und in der Provinz verbreitet worden. Vorige Woche raunten sich die „Kundigen“ zu, der Offene Brief würde Ueberraschungen für die Parteiführung bringen. Man hoffte von einer Kollisions des Genossen Thälmann, von einem bevorstehenden Bloß zwischen Parteiführung und Versöhnlichen usw. Und was brachte der Offene Brief? Die Bestätigung der Richtigkeit der Linie der Parteiführung und einen Reutenschlag für die rechte Fraktion. Nachdem die letzten Hoffnungen wie Seifenblasen platzen, sind die neuen Gerüchte, welche die „Volkswacht“ ihren Lesern als Neuigkeiten serviert, die letzten Strohhalm für Ultralink und Rechte.

Auftakt zum Reparationsstreik

Hermann Müller formuliert den Preis für Deutschlands Beteiligung an der Antifowjetfront

Infolge der Einigung der Reparationsmächte und der deutschen Regierung über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage sind die Reparationsverhandlungen endlich ins Rollen gekommen. Am Montag hatte der Doyen des diplomatischen Korps in Washington, der englische Botschafter, im Namen Deutschlands und der Alliierten-Regierungen deren Wunsch nach einer amerikanischen Beteiligung an der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz übermittelt. Die amerikanische Antwort lautet zustimmend folgendermaßen:

„Wenn die sechs Regierungen wünschen, daß amerikanische Sachverständige als Mitglieder im Sachverständigenausschuß mitarbeiten, haben die Vereinigten Staaten nichts dagegen einzuwenden, sofern die Auswahl und Ernennung dieser Sachverständigen durch diese sechs Regierungen erfolgt.“

Damit bringt der Dollarimperialismus zum Ausdruck, daß er bei der Neugruppierung der Mächtefronten in Europa, die sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richtet, dabei sein will. Den Standpunkt des deutschen Imperialismus zur Reparationsfrage formuliert der Panzerkreuzer-Minister Hermann Müller in einem Artikel, der von dem Sozialdemokratischen Presseblatt unter der Überschrift „Das Jahr 1929“ verbreitet wird. Müller fordert noch einmal die Räumung des Rheinlandes und die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationslasten nur nach Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit. Das ist der Preis, den die deutsche Bourgeoisie für ihr festes und endgültiges Einschwenken in die imperialistische Kriegsfront gegen die Sowjetunion fordert. Das sind die Forderungen, die in dem bekannten und alarmierenden Artikel in der „Kölnischen Zeitung“: „Kuppel und Kuppel“, klar und eindeutig als der Preis für die Durchführung der antirussischen Pläne Chamberlains bezeichnet wurden. Daß es der Sozialdemokrat Müller ist, der diese Forderungen formuliert, bringt rein äußerlich die Tatsache zum Ausdruck, daß es die sozialdemokratischen Führer sind, die die Einigung und das Bündnis mit den imperialistischen Weltmächten gegen die

Sowjetunion am schärfsten fordern, und daß sie es sind, die aus einem laienhaften Haß gegen das Land des sozialistischen Aufbaus an der Spitze der Kriegstreiber marschieren.

Müller benutzt zur gleichen Zeit die Gelegenheit, der deutschen Bourgeoisie zum zten Male die Ergebnisse und Untertänigkeit der sozialdemokratischen Führer zu veranschaulichen. Er unterstreicht in dem SPD-Presseblatt-Artikel noch einmal seine Rede, die er am 12. Dezember bei den bürgerlichen Pressevertretern gehalten hatte und die selbst von einigen „linken“ SPD-Blättern und dem „linken“ Aufhäuser als alldenklich bezeichnet wurde. Ironisch erklärt er, „von der Rede, die ich am 12. Dezember gehalten habe, darf ich aber sagen, daß sie ebenjotig von jedem sozialdemokratischen Parteiführer gehalten werden konnte“. Es sei seine Aufgabe, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Die kapitalistischen Parteien müssen auch diese Arbeit Müllers und der übrigen sozialdemokratischen Führer zu schätzen. Sie drücken deshalb große Teile des Müllerschen Artikels mit großer Zufriedenheit ab.

Für die Arbeiterklasse ergeben sich aus diesen Dingen folgende Lehren: Die kommenden Reparationsverhandlungen stehen im Zeichen von zwei Tatsachen:

1. Im Zeichen der Bildung der imperialistischen Einheitsfront zur Niederschlagung der Sowjetunion.

2. Im Zeichen noch größerer Massenverleumdung und Volkspöhlerei im Interesse der deutschen und ausländischen Ausbeuter.

Die Koalitionspolitik ist das Mittel, mit dem die deutschen Imperialisten in der gegenwärtigen Situation ihre Kriegs- und Ausbeutungspolitik durchführen. Der Kampf gegen den imperialistischen Schacher, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegsrüstungen, gegen die Koalitionsregierung, den Reformismus und seine arbeitgeberverräterische Politik steht im neuen Jahre noch schärfer als im Jahre 1928 auf der Tagesordnung.

manlichste Jugend für die Tage dieser Versammlungen Andererseits eingeladen.

Die Arbeiter lassen Beschlüsse, am Montag die Arbeit ruhen zu lassen, um so geschlossen an der Wahl teilzunehmen. Um dem Betrieb keinen Verlust zu verursachen, werden die Arbeiter an einem nachfolgenden gesetzlichen Ruhetag arbeiten.

Das Volkstommiariat für Bildung erließ an die Schüler der Bezirkschulen ein Schreiben, in dem sie aufgefordert werden, den Wahlkommissionen bei der Organisation der Vorarbeiten, der des Lebens und Schreibens noch unzulänglichen Arbeiter und der wertvollen Frauen zu helfen. Der Volkstommiar, Genosse Gunaitsch, ist in diesem Schreiben den Schülern konkrete Vorschläge, wie sie diese Arbeit am besten organisieren können.

So wird der Arbeiter des proletarischen Staates schon in der Schule zur aktiven Teilnahme am politischen und Staatsleben erzogen.

Glücklichere Lage für Amanullah

London, 27. Dezember. Die verschiedenen aus Afghanistan vorliegenden Berichte stimmen darin überein, daß eine wesentliche Entspannung der Lage eingetreten ist. Sie hat ihren Grund in erster Linie in der Tatsache, daß der inzwischen eingetretene Winter die Bewegungen auf beiden Seiten naturgemäß schon jetzt behindert und daß ganz unumwunden nachwird. Für Amanullah ist diese Entwicklung günstig.

Durch englisch-indische Flugzeuge sind weitere 28 Frauen von Kabul nach Peshawar gebracht worden. Unter ihnen befinden sich auch einige deutsche Damen. Es sind ferner Verletzungen getroffen worden, auch die übrigen in Kabul befindlichen ausländischen Frauen und Kinder nachzubringen, von wo sie nach Kalkutta und Bombay befördert und unter die Obhut der zuständigen Konsuln gestellt werden sollen.

Attentat auf einen Polizeispitzel

Belgrad, 27. Dezember.

Am 25. Dezember wurde im größten Kaffeehaus von Agram von einem Unbekannten, der sich hinter einem Vorhang versteckt gehalten hatte, ein Revolverattentat gegen den Agenten der Belgrader Polizeidirektion, Alfred Grauer, verübt. Grauer wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Unter der allgemeinen Panik gelang es dem Attentäter, zu entfliehen. Die Polizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, aber noch keine Spur gefunden.

Man vermutet, daß der Anschlag von der Organisation jugendlicher extremer Kroaten der sogenannten Franz-Partei organisiert worden ist. Die Polizei hat bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Das Attentat hat sicherlich politischen Charakter. Grauer war früher Agent der österreichisch-ungarischen Militärpolizei und jetzt Spitzel und Provokat der Belgrader Regierung. Er beispitzelte vor allem den ermordeten Führer der kroatischen Bauernpartei Raditsch auch auf seinen Auslandsreisen und verpackte der Polizei Dokumente, die größtenteils gesammelt waren, und die beweisen sollten, daß Raditsch und die kroatische Bauernpartei eine Aktion gegen den jugoslawischen Staat planten.

Konflikt i. Chemnitzer Transportgewerbe

Chemnitz, 27. Dezember. Im Chemnitzer Transport- und Verleihergewerbe hatten die Arbeitgeber den Manteltarif zum 31. Januar 1929 gefordert. Der neue Manteltarif soll auf drei und der neue Lohn auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer lehnten diese Vorschläge ab und nahmen eine Niederlegung der Arbeit in Aussicht.

Sozialdemokratische Abgeordnete als Spitzel

Die kommunistische Fraktion brachte folgenden Antrag im Thüringer Landtag ein, der ein grelles Licht auf die Spitzelmethode der SPD wirft. Ein Kommentar dazu ist wohl überflüssig.

„Als heute, den 20. Dezember, gegen 17 Uhr nachmittags, ein kommunistischer Landtagsabgeordneter telefonisch eine Depesche aufgab, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Kieß bemerkt, wie er neben der Telephonzelle am Tisch sitzend das Telephonat abhörte und notierte. Es liegt der dringende Verdacht vor, daß dieser Parlamentsspitzel das abgelauschte Telephonat der sozialdemokratischen Presse weitergeleitet hat.“

Derartige Verhältnisse im Thüringer Landtag sind nur infolge der mangelhaften technischen Einrichtungen möglich und sind unhaltbar. Die kommunistische Landtagsfraktion beantragt daher:

1. Die Untersuchung dieses Falles durch den Verleumdungs- und die Einrichtung von schärferen Telephonzellen, um in Zukunft derartige Spitzeleien des Abgeordneten Kieß unmöglich zu machen.“

Reichsbahnlohnabkommen

nicht gefündigt

Berlin, 26. Dezember. In den letzten Tagen haben beim Einheitsverband der Eisenbahner, der großen Organisation der deutschen Eisenbahner, Verhandlungen darüber stattgefunden, ob das bis zum 31. Dezember laufende Lohnabkommen gekündigt werden solle oder nicht. Der Verband des Verbandes, der sich aus Vertretern aller deutschen Ortsgruppen zusammensetzt, ist nach langen Erwägungen zu der Überzeugung gekommen, daß aus tatsächlichen Gründen eine Kündigung des Abkommens zurzeit nicht empfehlenswert sei, und hat dem Vorstand anheimgestellt, entsprechende Schritte erst später, zu einem geeigneten Zeitpunkt, zu unternehmen.

Eine treue Stationskugel

Unter der Überschrift „Ein echter Revolutionär“ familiarisiert die „Leipziger Volkszeitung“ ein verdächtiges Pamphlet der Leipziger Brandler-Fraktion. Die „Leipziger Volkszeitung“ drückt einen von dieser Gruppe verbreiteten Handzettel über ein angeblich von dem Genossen Rudolf Renner im „Dresdner Anzeiger“ veröffentlichtes „Bericht“ nach. Dieser Handzettel wurde in den Leipziger Betrieben verbreitet und im Besitz an die Ortsgruppen geschickt. Der Genosse Renner stellt hierzu in der „Dresdner Arbeiterstimme“ fest: „Daß ich ein Feind über die Arbeit meines Jüngers“

weder im „Dresdner Anzeiger“ ausgegeben noch dort je bezahlt habe.“ Vereist vor langer Zeit wurde in der kommunistischen Landtagsfraktion, in der Dresdener Bezirksleitung und vor den Dresdener Funktionären der Partei festgestellt, daß Genosse Renner im „Dresdner Anzeiger“ nicht inoffiziell hat. Damals haben die Brandler-Leute Böttcher und Lieberach keine Einwendungen dagegen erhoben.

Stahlhelm-Überfall auf NSB-Kameraden

Anläßlich eines Jagdballes in Spiegelhagen bei Perleberg (Märk) wurde eine große Fresserei und Sauserei von den Stahlhelmern veranstaltet. Eine Horde von 20 bis 30 besessenen Stahlhelmern grüßte nachts auf der Dorfstraße und pöbelte einen Knecht, der in Spiegelhagen in Stellung ist und dem NSB in Perleberg angehört, an, schlug ihn mit einem offenen Messer und drang, als sich der Kamerad vor der Uebermacht flüchtete, in seine Stube ein, mit einem Beil und Knütteln bewaffnet. Nur mit Mühe konnte sich der Kamerad retten. Der Gendarm Störbed wollte am nächsten Tage nicht etwa die Stahlhelmer, sondern unseren Kameraden verhaften. Nur das energische Auftreten des Kameraden und des Bauern, bei dem er arbeitet, verhinderten das. Die Stahlhelmer äußerten in ihrer Wut: „Dich Kommunistenhund müßte man totschlagen! Mit Hundenzähnen aus dem Dorf heßen, und die Gelegenheit wird sich noch einmal bieten, um dich um die Ecke zu bringen.“

Ein Bunkerfranz eingestürzt

Brunsbüttelkoog, 27. Dezember. Am Donnerstagsvormittag wurde der große, auf der Nordseite des Kaiser-Wilhelm-Kanals befindliche Bunkerfranz der Bunker-Depot G. m. b. H. durch eine gewaltige Sturmflut während des Betriebes von der Verankerung gerissen und stürzte, nachdem er am Ende der Schienen Widerstand gefunden hatte, in sich zusammen. Die Eisenkonstruktion, die sich tief in das Erdreich einbohrte, ist vollständig verbogen und zerbröckelt. Zahlreiche Fernsprech- und sonstige elektrische Leitungen wurden von dem stürzenden Kran zerstört. Ein Arbeiter trug bei dem Unfall leichte Verletzungen davon.

Ein Häuserkomplex in Raffel in Flammen

Bier Feuerwehrlente verliert

Raffel, 27. Dezember. In Weisleben, eine Stunde von Heiligenstadt entfernt, brach am zweiten Weihnachtstfesttag in dem Gehöft des Landwirts Knöche ein Feuer aus, das in der mit großen Stroh- und Futtervorräten gefüllten Scheune reiche Nahrung fand, und sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Im Augenblick stand ein ganzer Häuserkomplex in Flammen. Das Großvieh konnte mit knapper Not gerettet werden. Zahlreiches Kleinvieh ist in den Flammen umgekommen. Vier Feuerwehrlente wurden bei den schwierigen Rettungsarbeiten verletzt und mußten in ärztliche Behandlung genommen werden. Der Schaden wird auf 100 000 Mark geschätzt. Als Entschädigungsurache wird Kurzschluß angenommen.

Gisregen über Wien

Ueber 90 Personen verletzt

Wien, 27. Dezember. Mittwoch nachmittags ging über Wien ein Gisregen nieder, der die Bürgersteige mit ziemlich glatter Kruste überzog. Die unmittelbare Folge davon war, daß Passanten in Massen stürzten und sich teils schwere Knochenbrüche und sonstige Verletzungen zuzogen. Von 17 Uhr bis spät nachts waren die Wagen der Rettungsgesellschaft in fortwährender Fahrt begriffen und die Unfallstationen sowie die Krankenhäuser füllten sich mit Verunglückten. Ueber 90 Personen mußten zum Teil mit schweren Verletzungen in ärztlicher Behandlung bleiben, während eine noch größere Menge nach erster Hilfeleistung entlassen werden konnte.

Stahlhelmkontrolle gegen Reibbauern und Landarbeiter

In Leichendorf (Brandenburg) hat der Stahlhelmkontrolle Otto Pöll einen 60jährigen Reibbauern ohne irgendeinen Anlaß verhaftet. Der Bauer hat seine eigene Mutter mit dem Eisenhieb bedroht, nur durch das Dazwischentreten einiger Nachbarn konnte die stürzende Frau gerettet werden. Die republikanische Polizei lehnt ein Einschreiten gegen diesen Bauer ab. Der Stahlhelm-Gründer Dr. von Reubner (Brandenburg) schlug bei seinem Vater bejahrten jungen Landarbeiter Kose mit

einer Eisenkette über den Kopf, so daß Kose mit drei kassenden Kopfwunden zusammenbrach. Auch hier lehnte die Polizei die Weiterverfolgung der erstatteten Anzeige ab.

Es wird notwendig sein, daß die dortigen Arbeiter und Kleinbauern sich im Roten Frontkämpferbund zusammenschließen, das wirkt bekanntlich in solchen Fällen „erleuchtend“ auf die Stahlhelmkontrolle.

30 Fischer durch einen Erdbeben erschüttert

London, 27. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, stürzte infolge eines starken Erdbebens die Gabelinsel Aja in der Krim ins Meer. Durch den Erdstoß wurden zwei Fischerboote mit etwa 30 Mann Besatzung verschüttet. Der Erdbeben ging so schnell vor sich, daß die Fischer nicht mehr gerettet werden konnten.

Am Freitag Attentatsproben in Warschau

Warschau, 27. Dezember. Am Freitag beginnt hier der Proben gegen den jungen russischen Emigranten Georg Woytowski wegen des Attentats auf den russischen Handelsvertreter Lisjarski.

Eisenbahnunglück in Rumänien

Bukarest, 27. Dezember. Der am Mittwochabend von Bukarest nach Temesvar abgegangene D-Zug stieß bei Butzei, in der Nähe von Vercioroba mit einem Gegenzug zusammen. Die beiden Lokomotiven und zwei Wagen wurden vollständig zertrümmert. Ein Weichensteller und mehrere Personen sollen getötet worden sein.

Kleine Nachrichten

200 Menschenopfer während der Weihnachtstage in Amerika. — London, 27. Dezember. Während der Weihnachtstage sind in den Vereinigten Staaten nach Berichten aus New York zweihundert Personen ums Leben gekommen. Mehr als die Hälfte von ihnen verlor bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Vierzehn sind durch den Genuß von vergiftetem Whisky ums Leben gekommen, während dreißig das Opfer von Christbaumbränden wurden. Ein kleiner Rest verteilte sich auf verschiedene Zwischenfälle. Drei Personen sind beim Schlüsselschlußlauf ertrunken.

Eisenbahnunglück in Mexiko. — London, 27. Dezember. Der Gouverneur des mexikanischen Staates Chiapas und neunzehn andere führende Mitglieder der Provinz wurden bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Ojima verletzt. Die Lokomotive des Zuges stürzte in den Abgrund, wobei der Lokomotivführer und der Feizer um Leben kamen.

Flugzeugzusammenstoß. — London, 27. Dezember. Wie das Luftministerium bekanntgibt, sind bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Flugzeugen südwestlich von Chartum drei Militärflieger getötet worden. Der Pilot der einen Maschine, ein Fliegeroffizier, und sein Begleiter, ein Hauptmann, wurden bei dem Absturz sofort getötet. Der einzige Insasse der zweiten Maschine starb bald an seinen Verletzungen.

Ein Milchwagen vom Eisenbahnzug überfahren. — Leipzig, 27. Dezember. Beim Ueberqueren der Gleise wurde der Milchwagen des Rittergutes Neutaubenheim von dem Personenzug Waldheim-Rochlitz, nahe der Station Döhlen, erfasst. Die Pflanze wurde auf der Stelle getötet und der Wagen vollständig zertrümmert. Die Führerin des Wagens wurde mit schweren inneren und äußeren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Eisenbahnunfall in Saarbrücken. — Saarbrücken, den 27. Dezember. Der von Saargemünd kommende Nachtpersonenzug stieß in hiesiger Hauptbahnhof auf einen die Gleise verprellenden Wagon auf. Außer Materialschaden erlitten zwei Personen Verletzungen im Gesicht bzw. Beinbruch.

Die Folgen des Glattsees in München: viele Verletzte. — München, 27. Dezember: Wie sich erst jetzt herausstellt, sind bei der gefährlichen Glattseebildung am Abend des ersten Weihnachtstages in München so viele Personen verunglückt, daß allein 62 Verunglückte in den Krankenhäusern untergebracht werden mußten. Davon allein 46 bei der Chirurgischen Klinik.

Festige Erdbeben in England. — London, 27. Dezember. In den niedrigen Teilen der Grafschaft Devonshire wurden in der Nacht zum Donnerstag drei ziemlich starke Erdbeben verzeichnet. In den Bezirken Tavistock und Abergby wurden die Häuser stark erschüttert und zahlreiche Bewohner stürzten in Nachtkleidern auf die Straße, da sie glaubten, daß sich in einer der benachbarten Kohlengruben eine Explosion ereignet habe. Einige der Bewohner erklärten, daß sie ähnliche Empfindungen bei der großen Bergbauexplosion in Gwm, bei der zahlreiche Menschen ums Leben kamen, gehabt hätten.

Oberschlesien

Die reformistischen Führer gegen mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit

In der Hüttenarbeiterbewegung wird uns vom ober-schlesischen Parteisekretariat geschrieben:

Der gigantische Kampf der Metallarbeiter an Rhein und Ruhr ist von den reformistischen Führern verraten worden. Der „Kleine Metallarbeiter“, der Panzerkreuzerinnenminister Severing hat als Vertrauensmann der Regierung und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie einen Schiedsspruch gefällt, der nur im Interesse der Kapitalisten liegt.

Inzwischen rückt auch in Oberschlesien der Termin für den Ablauf des Tarifes für die Metallindustrie heran. Die Kollegen in Oberschlesien werden bekannterweise am schlechtesten bezahlt. Schon im Frühjahr dieses Jahres haben die Gewerkschaftsführer wohl die Forderung von 15 Pfg. Lohnzulage pro Stunde erhoben, dann jedoch fallen lassen. Diesmal sind sie viel bescheidener. Sie fordern diesmal nur eine Zulage von 6 Pfg. die Stunde. Sie sind sich darüber klar, daß auch die 6 Pfg. nicht bewilligt werden. Die Forderung von 6 Pfg. ist geradezu eine Verhöhnung der Metallarbeiterkollegen.

Die Forderung für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände wird täglich größer, die Tarife der Reichsbahngesellschaft für Personen und Güter sind erhöht worden. Die Lebenshaltung also unmensichtlich und katastrophal.

Trotzdem über die Forderung der Reformisten von 6 Pfg. die Mitglieder nicht befragt wurden, ist die vollkommen ungenügende Forderung eingereicht. Am vergangenen Sonntag hat der D.M.B. seine Funktionäre zusammengerufen, um mit ihnen über die Lage zu diskutieren, oder besser gesagt, sie von der Notwendigkeit des Verrats zu überzeugen.

Das Referat hielt der neugeborene Arbeitsamtsdirektor Ratzert. Kein Wort von Kampf oder den Vorbereitungen dafür. Kein Wort von dem Elend und der Not der Kollegen. Einen langen Salvo von der „Not“ der Donnermark, Balleström und Co. Den Kampf von vornherein ausgeben, gegen die Opposition mühen heken, miesmachen und die „Armut“ der Kapitalisten begründen, das war Ratzerts Linie.

Die Kollegen brachten die am Schluß abgedruckte Entschließung ein, die nach einer mühsamen Debatte von Ratzert abgelehnt wurde. Die Kollegen der Metallindustrie haben die erste Lehre und Erfahrung hinter sich. Sie müssen jetzt erst recht im Sinne der Entschließung handeln und den Kampf organisieren.

Die heute in Hindenburg tagende Funktionärskonferenz des D.M.B. nimmt zu der Lage in der Metallindustrie Stellung und stellt insbesondere mit Rücksicht auf die Kündigung des Tarifes fest:

Die drei Arbeitnehmerorganisationen der Metallarbeiter haben den Tarifvertrag gekündigt und bezüglich der Lohnerrhöhung eine solche von 6 Pfg. die Stunde beantragt.

Die letzte Lohnerrhöhung fand im Frühjahr dieses Jahres statt und wurde abgeschlossen ohne einen positiven Erfolg. Inzwischen sind die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ungeheuer gestiegen, die Miete ist erhöht worden und die Tarife der Eisenbahn für

Personen- und Güterverkehr wurden gesteigert. Das Lebensniveau des Arbeiters ist also um ein weiteres Maß herabgedrückt.

Andererseits ist die Konjunktur in der Metallbranche nach wie vor gut.

Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist die von den Arbeitnehmerorganisationen aufgestellte Forderung von sechs Pfennig Stundenzulage vollkommen unzureichend. Hinzu kommt der Umstand, daß die Arbeitskollegen besonders in der ober-schlesischen Metallindustrie bei langer Arbeitszeit und unter den schlimmsten Auswirkungen der Rationalisierung und des Vorkordverfahrens unmensichtlich ausgebeutet werden.

Die Funktionärskonferenz fordert deshalb die Leitung des Verbandes auf, konkrete und im Interesse der Kollegen liegende Forderungen, sowohl was die Arbeitszeit als auch den Lohn betrifft, einzureichen. Die Funktionäre schlagen deshalb vor und beschließen:

1. Eine Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pfg.
2. Die 48stündige Arbeitswoche bei dreigeteilter Schicht.
3. Beseitigung der Vorkordarbeit.
4. Erhöhung der Sozialzulagen von 10 auf 20 Pfg.
5. Streichung der Gruppe C und D.
6. 14tägiger Urlaub für alle Arbeiter.
7. Unentgeltliche Lieferung von Deputatlohn und 120 Zentner pro Jahr.
8. Wöchentliche Auszahlung des Lohnes.

Unter Jugendbegegnung der Erfahrungen des Kampfes der Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet, wonach die Unternehmer selbst die bescheidensten Forderungen der Arbeiter abgelehnt und mit der brutalen Ausbeutung beantwortet haben, beauftragt die Funktionärskonferenz die Bezirksleitung des D.M.B., sofort alle Maßnahmen zu treffen, um die genannten Forderungen durch den Kampf der ober-schlesischen Metallarbeiter durchzusetzen.

Von der Bezirksleitung des D.M.B. sind zu diesem Zwecke Delegations- und Gewerkschaftsversammlungen abzuhalten, um alle Arbeiter zu informieren, sie für die Forderungen zu mobilisieren, und so den Kampf auf breiter Basis vorzubereiten.

In den Gewerkschaftsversammlungen sind Streikkomitees zu wählen, die die Aufgabe haben, die gewerkschaftlich noch nicht organisierten Kollegen in die Front einzureihen und sie dem D.M.B. zuzuführen.

In öffentlichen Versammlungen sind die übrigen Arbeiter und besonders die Erwerbslosen aufzuklären und zur Solidarität anzubahnen.

Die Konferenz erwartet von der Bezirksleitung des Verbandes, daß sie diese Maßnahmen sofort in Angriff nimmt. Die Funktionärskonferenz fordert die ober-schlesischen Metallarbeiter auf, sich hinter diese Forderungen zu stellen und entsprechend den hier genannten Maßnahmen schon jetzt an die Vorbereitung des Kampfes zu gehen.

die Gläubigen, ihren Nächsten zu lieben. Da glaubt der männliche Teil dieses Ehepaares, wenn er schon den Nächsten lieben soll, kann soll es seine Tochter sein. Er verlangt von seiner Tochter, daß sie mit ihm schlaf. Da sie dieses Angebot ihres Vaters ablehnt, ist der liebende Vater sehr erzürnt und läßt sie daraufhin zu Hause nicht schlafen. Draußen in der großen Kälte wartet das arme Mädchen, bis ihr Vater sich zur Ruhe begeben hat, um dann in aller Heimlichkeit sich schlafen zu legen. Vor einigen Tagen wurde die Tochter gezwungen, zur Polizei zu gehen, um Hilfe zu suchen. Dort hatte man nur eine sehr kurze Bemerkung übrig, und die lautete: „Wenn Ihr Vater an Ihnen noch nichts getan hat, so können wir nicht eingreifen.“ Mit dieser beleidigenden Auskunft ging das Mädchen heim. Durch die fortgesetzten Nachstellungen des Vaters ist das Mädchen gezwungen, im Sack zu schlafen. Dieser „liebende“ Vater ist auch Mitglied des katholischen Männervereins und besucht weiter die Kirche.

Vielleicht kümmert sich die Behörde um diesen Fall, ehe ein Sexualverbrechen geschieht.

Beuthen

Dienst bei der Stadtverwaltung. Am 31. d. M. bleiben die Büros und Kassen der städtischen Verwaltung mit Ausnahme der Stadtpar- und Ortolasse, die Sonnabend bis 8-12 Uhr hat, entsprechend der für den Dienst bei den Staatsbehörden getroffenen Regelung geschlossen.

Neustadt

„Huch, die hüben Kommunisten.“ So manches fromme Ehepaar hat sich schon verschiedene Bohnenvorstellungen über Kommunisten und den Kommunismus gemacht. Zu einer solchen frommen Ehepaare gehört auch der Kaufmann Jakob Schneider, Reisser Straße. Wegen da einige Genossen der KPD und des KZB für die Weihnachtshilfe der KPD sammeln und kommen auch zu unserem Freund Jakob und bitten ihn höflich, etwas zu spenden. Aber o weh, Batsch fährt er die Genossen an: „Was wollt ihr verfluchten Kommunisten. Ihr wollt eine Kommunistenregierung und wollt uns alle tötschlagen. Ihr euch gebe ich nichts.“ Wir wählten ein gutes Mittel gegen berartige Bohnenvorstellungen. Wenn man die Elemente tötschlager des Kommunismus gelesen hat, wird man schon geschelter um den Kopf!

Oppeln

Zweiterlei Maß

Zu der am 1. Feiertag abgehaltenen Berichterstattung über die Moskauer Spartakiade war es notwendig, die Veranstaltung beim Volkspräsidium anzuzeigen. Das Volkspräsidium schickte nun am Sonnabend einen Beamten in unsere Geschäftsstelle, der uns schonend vorbereiten sollte, daß die ganze Veranstaltung kollektiv verbotlich ist, wenn wir nicht eine beachtliche Zuhörermasse (Uebersetzung einer Grammophonplatte) weglassen. Angeblich sollte das auf Anweisung des Oberpräsidenten Dr. Probst geschehen. Eine alle Verfügung mußte herhalten, wonach sämtliche Musikausführungen an diesem Tage verboten sind. Auf unseren Protest wurde uns „großzügig“ (!) auf eigene Verantwortung jedoch die Uebersetzung gestattet.

Die Reichswehr gibt am 1. Feiertag Konzert!

Was ist denn das? Große Plakate kündigten in der Handwerkskammer für den 1. Feiertag ein großes Konzert an. Natürlich spielt die Reichswehr und macht einen nationalsozialistischen Kummel. Wir dagegen klären die Arbeiter auf und spielen revolutionäre Nieder. Das geht natürlich nicht dem Herrn Zentrumspräsidenten, weil er weiß, je mehr Aufklärung, desto kürzer seine Herrlichkeit. Darum versucht man, uns brutal zu verbieten.

Ein Zentrumspehl

Zum Gaudium befindet sich in der Zentrumsfraktion der Herr Schubert. Dieser Herr kam zur Spionage am Donnerstag mit einiger Verspätung in die aufgelagene Stadtverordnetenversammlung. Die Oppeller Proleten kennen diese Fierbe des Zentrums genau, sie wissen, daß er es für sich schon bis zu einigen Häusern gebracht hat, für die Arbeitererschaft aber nur komödiantische Trostworte übrig hat. Schubert wurde dementsprechend empfangen. Was machte dieser Stadtwater da? Er zog seine Geldtasche und brüdete einem Arbeitslosen eine Mark in die Hand. Man war paß und konnte sich über dieses Stückchen nicht mehr bedanken.

Was führte Herrn Schubert dazu? Sicher nur die Angst um das die schwarze Seele umgebende Fell. Nachdem er die Mark gegeben hatte, verdurstete er, aber ohne Saumelgeleit. Vielleicht wird er jetzt verbreiten, daß er das Elend der Armen lindern half. Ist das nicht zum Lachen?

Ohne Gericht gibt es bei der Stadt nicht den rechtmäßigen Lohn!

In Erinnerung sind wohl noch die 59 Klagen der städtischen Friedhofarbeiter gegen die Stadt. Außer den 59 Arbeitern, die Klage einreichten, waren noch einige, die keine Klage eingereicht haben. Diesen sicherte zwar die Stadt auch zu, die gebilligte Nachzahlung ebenfalls zu geben. Eine Klage beim Arbeitsgericht würde ja sowieso den Arbeitern Recht geben. Versprechen, das können die Leute sehr gut, aber halten... So mußte bei der Nachzahlung am Freitag festgestellt werden, daß die Arbeiter, die nicht die Stadt verklagten, dafür insofern bestraft wurden, daß sie nicht die Nachzahlung erhielten. Ohne Gericht geht wohl nichts mehr bei der Stadt mit ihrem sozialdemokratischen Oberhaupt.

Eine „leine“ Frau! Es ist doch allerhand, was sich so die Frauen der „besseren“ Clique gegenüber den Armen alles erlauben. Am Sonnabend war die Frau des Direktors der Berufsschule Erber auf dem Wohlfahrtsamt. In den Gängen sah man in natura das Elend und die Armut stehen. Frau Erber erlaubte sich teilnahmsvoll (!) bei einigen dieser Leute und kam zu dem Ergebnis, daß diese Armen „alles Nachzug“ sind. Das sagte sie ziemlich laut. Einer unserer Genossen, der für die Armen am Wohlfahrtsamt immer eintritt, gab dieser „leinen“ Frau Bescheid.

Nachmal's Arbeitsamtszustände an dem Lande

Dambrau. Die Mißstände auf der Kontrolle des Arbeitsamtes in Dambrau spotten jeder Beschreibung. Dreimal wöchentlich zwingt man die Arbeitslosen aus den umliegenden Dörfern, nach hier zu kommen, um der Stempelgebühr zu genügen. Die Kontrollstelle ist in einem Kellerräumen untergebracht, wo für das Publikum ein drei Quadratmeter großer Raum zum Ansehen dient. Die Stempelzeit ist auf 8 Uhr morgens festgelegt, jedoch treffen des öfteren die Herren unpräzise ein. Bei dieser grimmigen Kälte, bei abwechselndem Regenwetter, stehen die Proleten wie das liebe Vieh auf der Straße und warten. Die Abfertigung ist eine sehr langweilige, so daß es vorkommt, daß der letzte Mann um 11 Uhr dran kommt. Die Mißstände werden schlimmere, da die Zahl der Arbeitslosen steigt.

Die Arbeitslosen fordern sofortige Abklärung dieser schändlichen Zustände.

Versammlungska'ender

Oppeln. Freitender. Sonntag 10 Uhr im Schützenhaus (Oberdorf) Mitgliederversammlung mit Vortrag: Gäste willkommen.

Gratis-Heilapparat für den Beuthener Landrat

In der in der vergangenen Woche stattgefundenen Kreisversammlung kamen bei der Vorlage „Entlastung der Jahresrechnung für das Jahr 1928“ nette Dinge zur Sprache. Wie man mit den Steuergroßen umgeht, darüber lassen wir einige Kostproben folgen:

Der Bericht der Finanzkommission war eine Anklage gegen die Leitung der Beuthener Kreisverwaltung. Wie wir schon berichtet haben, war das Geschäftsgebahren ein völlig unübersichtliches, und die Kommission konnte sich in den Dingen nicht zurechtfinden. Die Beamten selbst gaben einen völlig ungenügenden Aufschluß über verschiedene Veranlassungen. Eigentlich wollen wir zu den Fragen der Verwendung, besser gesagt: Veranschlagung von Steuergeldern kommen: Für die bauliche Instandhaltung des Kreisbüros sind im Etatsjahr 12 800 Mark vorgesehen, veranschlagt aber über 20 000 Mark.

Für einen an den Landrat gelieferten Heilapparat zahlte die Kreiskasse 141 Mark.

Es ist doch geradezu unerhört, wie man öffentliche Gelder einfach für persönliche Zwecke des Landrats verwendet. Wenn Invaliden oder sonstige Kranke Leute an den Kreis herangehen, um Beihilfen zur Anschaffung von Prothesen zu erlangen, werden solche Anträge aus Mangel an Mitteln abgelehnt. Der Herr Landrat, bei seinem horrenden Gehalt, läßt sich auf Kosten des Kreises einen Heilapparat kaufen.

Vielleicht kauft man Ihnen, Herr Landrat, noch einen Punktkoller! Zur Reorganisation der Verwaltung, wie sie in der letzten Kreisversammlung berechtigtweise gefordert wurde, wäre er als Hilfsmittel angebracht. In einem weiteren Falle läßt sich auch mal der Re-

gierungskassator was kosten. Die Kreiskasse bezahlte für geliefertes Glas 100 Mark. Ob das Fenster, das ein Glas oder ein Glasfenster waren, ist aus den Belegen weniger ersichtlich. Vielleicht gibt man uns hierüber Aufschluß. Die Telefon- und Telegrammgebühren sind gegenüber dem Etatsanschlag reichlich überschritten. Vier wäre eine scharfe Kontrolle am Platze, damit die Herren nicht Privatgespräche auf Kreislosten führen können. Das gleiche gilt beim Titel „Reisekosten“. In den Kommunikationen des Kreises lassen sich diese „hohen“ Herren sehr wenig sehen, weil sie da mit Bänken und Forberungen überhäuft werden. Die Renovationen der Dienstwohnungen verschlingen auch ungeheure Summen. Den vom Kreis beschäftigten Arbeitern und kleinen Beamten renoviert man die Wohnungen nicht auf Kreislosten. Diesen Anspruch haben nur die höheren Beamten. Der Kreisbaumeister, dem die Instandhaltung der Wohnungen obliegt, dachte hierbei in erster Linie an sich.

Das sind so einige Ausschnitte, die bei der Prüfung der Jahresrechnung zutage traten. Ob überhaupt Beschlüsse auf die Ueberschreitungen vorliegen, war bis jetzt nicht festzustellen.

Die arbeitende Bevölkerung des Kreises kann sich mit diesen Dingen ein kleines Bild über die getriebene Finanzwirtschaft machen. Wenn du, kleiner Bauer, Pächter, Siedler und Prolet nicht die Steuern bezahlst, dann wird die erbarmungslos Vieh, Gerst und Lohn gepfändet. Und wer stellt euch Ausgebetteten zur Hilfe? Nicht die bürgerlichen Parteien und die SPD., denn die sind es nur, die diese Politik betreiben und führen, sondern die Kommunisten, die auf eurer Seite stehen, und den schärfsten Kampf gegen diese Ausschüßel und Ausbeutungsmethoden führen. Werkstättige, helft mit!

auch der Profit für die Aktionäre. Die Donnermarkhütte wird auch als ein unrentables Geschäft hingestellt. Auch hier will man das ganze Werk schließen. Der Hochofenbetrieb ruht schon seit Monaten. Die Hüttenbarone spekulieren auf neue Subventionen von Reich und Staat. Das können sie um so mehr, weil die Hermann-Müller-Regierung der Bürgerblockregierung auch in dieser Frage nicht nachsteht. Die Bege haben die Proleten zu bezahlen.

Gleiwitz

Gesetzliche Miete für den Monat Januar. Die angekündigte Erhöhung der Miete zu Beginn des neuen Jahres ist nicht eingetreten, die gesetzliche Miete bleibt auf Grund der Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 26. März 1927 für den Monat Januar 1929 gegen den Vormonat Dezember 1928 unverändert. Es sind jedoch für den Monat Januar 1929 zu erheben: 116 Prozent der Friedensmiete, sofern der Mieter die Schönheitsreparaturen ausführt, 120 Prozent der Friedensmiete, sofern der Vermieter die Schönheitsreparaturen ausführt. Daneben ist umlagfähig der 100 vom Hundert übersteigende Betrag des kommunalen Zuschlages zur Grundvermögenssteuer.

Gleiwitz hat 4736 Erwerbslose. Die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt nimmt mit jedem Tage erneut zu. Während zu Beginn des Monats noch keine 3000 Arbeitslose (am 1. Dezember lagen dem Arbeitsamt Gleiwitz insgesamt 2974 Arbeitsgesuche vor) zu verzeichnen waren, betrug am 21. Dezember die Zahl der Arbeitsuchenden 3391 männliche und 859 weibliche, zusammen 4736 Personen.

Hindenburg

Die Tochter muß im Sack schlafen. Uns wird mitgeteilt: Auf der Kanalstraße 24 wohnt ein sehr frommes Ehepaar, das alle Tage das Haus „Gottes“ aufsucht, um sich an den „heiligen“ Gaben zu laben. Die Religion verpflichtet

Dauerndes Anwachsen der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsmarktlage in der Provinz Oberschlesien für die Zeit vom 10. bis 15. Dezember 1928.

In der Berichtswche wurden gezählt 51 605 (in der Vorwoche 41 421) Arbeitsuchende, 26 840 (20 121) Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, 1301 (1267) Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge, 211 (307) offene Stellen, 1269 (1493) Vermittlungen.

Das Steigen der Arbeitslosenziffer behielt dasselbe schnelle Tempo. Die ungünstige Bitterung führte zu starker Entlassung von Arbeitsträften aus den Außenbetrieben. Der Andrang bei den Arbeitsämtern betrug am Stichtage (12. Dezember) 1:245, d. h. auf eine offene Stelle kamen 245 Arbeitsuchende gegenüber 1:166 der Vorwoche.

Betriebsstilllegungen in Hindenburg

Die Oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken in Hindenburg stellen ihre Koksanlagen Formosa und Glinauf infolge Betriebs Einschränkung ein. Dadurch werden am 15. Januar 1929 189 Arbeiter entlassen, so daß ein verstärkter Zugang von Arbeitslosen am 15. Januar zu erwarten ist.

Generaldirektor Brenneke rationalisiert weiter

Arbeiterabbau auf dem Jawadzi-Berg.

Die Oberschlesischen Vereinigten Hüttenwerke, unter Führung des Generaldirektors Brenneke, haben in den letzten zwei Jahren in ihren Betrieben rationalisiert, wobei tausende Arbeiter auf Straßenspläße flohen. Die neue Welle der Rationalisierung beginnt. Man plant von Seiten der Generaldirektion, den Betrieb des Jawadzi-Berges einzuschließen. Wenn der Plan Wirklichkeit wird, so werden wiederum einige hundert Arbeiter das traurige Los der Erwerbslosen teilen. Mit Unrentabilität werden diese durchsichtigen Maßnahmen begründet, wobei doch feststeht, daß trotz verminderter Gesteinskörnungen, Anteil des Lohnes, die Produktion gestiegen ist, und somit

Genossen! Kauft nur bei unseren Ausverkauf!

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Marguerite
Berlin, Grich-Reiß-Verlag

Weiter ging sie nicht in ihren Gedanken, da sie fürchtete, den Verdacht wieder aufsteigen zu lassen, den ihre gute Natur immer wieder abgelehnt hatte, den Schwung einer Intrige, die ihre Mutter, Kessi Bazar, Charlotte und Ludwig einfügten, um den Anschuldigen einsperren zu lassen.

Er bestand eigenförmig darauf, die zwei Hektar Pinienwäldchen nicht verkaufen zu wollen, für die die Bodengesellschaft ihnen durch ihre Agenten, während sie in den Drangern war, einen solchen Preis hatte bieten lassen, daß die übrige Familie außer sich vor Wut war, die sich bietende Gelegenheit nicht ergreifen zu können. „Jehn Franz von Meter! Zweihunderttausend Francs! „Nein, in einem Jahre ist es fünfzehn wert! Dreihunderttausend!“ versicherte der Eruulenhof mit leeren Händen. Aber Kessi, der nach dem Boom der Spekulation eine Stagnation, wenn nicht gar eine unvermeidliche Panik vorausahnte, hefte Ludwig und seine Mutter auf, das Geschäft abzuschließen, wenn nötig, indem man den Störenfried unschädlich mache. Er selbst hatte mit Zustimmung Charlottens eben sein Gütchen oberhalb des Waldes von Gerand verkauft. Jetzt war der günstige Augenblick, zu verkaufen. Nachher würde es zu spät sein...

Die in Geldfragen gleichgültige Epi, die den Schatten und den Duft des Hügels liebte, hatte, als sie auf die Olivette zurückkehrte, die Partei ihres Vaters ergriffen. Sie würde ihn im gegebenen Augenblick schon zu verteidigen wissen. Sie vertrieb die lästigen Gedanken und vertiefte sich absichtlich in die Vollenbung ihrer Arbeit. Wenn eine Schublatte voll war, schob sie sie bis zum Obstboden, um ihre Ernte auszubreiten.

Das war ein großer Raum unter dem Heuboden, der zu verschiedenen Zwecken diente. Hauptächlich wurden Vorräte dort aufbewahrt, und im Sommer diente er während eines Monats als Aufzuchtort für eine kleine Zucht Seidenraupen. Außerdem hatte Frau Kessi ihren Mann, nachdem er sich das Bein gebrochen hatte, sobald er geheilt war, dorthin verbannt und allein von dem Schlafzimmerschloß ergriffen. Wenn man den Raum für die Seidenraupen brauchte, dann konnte er ja im Stall schlafen... Er war ohnehin gewöhnt,

dort sein Mittagsschlafchen zu machen. Das war für ihn lange gut genug.

„Zum Glück bin ich noch da, das wird alles anders werden!“ sagte sich Epi, indem sie ihre dicke Schublatte auf den Haufen schon eingebrachter Kartoffeln schüttelte. „Was für eine Ernte!“ murmelte sie, „ich habe gar nicht genug Platz. Waters Bett wird im Wege stehen.“

Ein Gefühl von Stolz und Kraft erfüllte sie. „Es ist doch ein wenig mein Verdienst, daß all das gemacht ist!... Ich hatte, ehe ich wegging, das Feld umgegraben und die Kartoffeln geerntet.“ Sie ergriff die Dunggabel und hob, um Platz zu schaffen, in hohen Lasten die unentwässerten Bohnen auf. Wenn der Mais auch so ergiebig ist, weiß ich wirklich nicht, wo ich damit hin soll!“

Sie stößt einen durchdringenden Schrei aus und wehrt sich gegen zwei kräftige Arme, die sie gepackt haben. „Wer ist das? ... Franz? ...“ Sie hat sofort an ihn gedacht. ...

„Was sind denn das für Scherze? Das ist ja albern!“ Aber der Mann, dessen Heranschleichen sie beim Umlegen der dünnen Bohnen überhört hat, drückt sie nur fester an sich. Mit einem plötzlichen Ruck wendet sie sich um und sieht mit Staunen das Gesicht eines jungen Mannes, mit dem sie auf dem Pfingstball getanzt hat, sich über das ihre neigen. Sie denkt blitzschnell: „Wo kommt der denn her? Was will er hier?“ Sie weiß nicht, daß das Angebot von zweihunderttausend Francs für den Ankauf des Pinienwäldchens gerade von ihm stammt, im Namen der Bank. Gold. ...

Die magnetischen Augen faszinieren sie, der energische Mund nähert sich und packt mit einem erfahrenen Fuß ihre Lippen. Sie hat keine Zeit gehabt, ihm auszuweichen und wehrt sich gegen den Überfall, versucht, sich loszumachen. ...

„So haben Sie doch keine Angst. ... Habe ich Ihnen nicht gesagt, wie würden uns wiedersehen? Erkennen Sie mich denn nicht?“ Doch! Aber für dies scharfe, harte Gesicht, das gelbe Unersehbarkeit entsetzt, hat sie nur Empörung und Ekel:

„Lassen Sie mich los!“

„Wo ist der Zauber der Eleganz geblieben? Vor ihr steht eine losgelassene Bestie.“

„Ihre Augen bin ich hier!“

In Wirklichkeit ist er gekommen, um die Kressis durch ein noch höheres Angebot zum Verkauf zu überreden. Der schöne Tag, das leere Haus, die verführerische Haltung dieses Mädchens, das er für eine Magd hält. ... Vor diesem Anblick hat sich plötzlich der Instinkt des jagenden Männchens geregt; der Peitschenhieb des Begehrens und

der tausend Jahre alten Herrschaft. ... Mit rotem Kopf belastet er sie, bedrängt er sie:

„Sie Böse! ... Ich tue Ihnen doch nichts Schlimmes. ... Ist ein bisschen Liebe denn nicht wunderschön?“

Er flüstert ihr noch andere Dinge zu, in den Hals, hinter die Ohren, und streift dabei ihre erstickende Haut. ... Er wiederholt:

„Geben Sie doch keine Angst. ...“

„Acht! Die gefangene Epi zittert an allen Gliedern. Ja, sie hat Angst. Besser, weiß sie nicht, denn jetzt ergreift sie eine seltsame Schamhaftigkeit. Sie möchte fliehen, die Erregung macht sie unbeweglich. Was die Überraschung begann, das vollendet jetzt eine wilde Angst. Sie atmet kurz, die Rosenflügel bebend. Sie ist drauf und dran, hinzufallen, wie in der Atemlosigkeit nach einem zu schnellen Lauf. Plötzlich fällt ihr ein, daß sie nicht allein ist.“

„Wah! Nehmen Sie sich in acht! Vater!“

Der Unbekannte lächelt und preßt sich noch fester an sie:

„Meist pflegt man nach der Mutter zu rufen!“

Die brennenden Lippen drücken sich ihr auf, wo sie können, auf ihre Wangen, ins Haar, in den Nacken, während Epi sich wehrt mit einem Jucken, das er für ein seltsames Manöver hält. Wie könnte dieser Groberer etwas von der feistlichen Bornehmtheit dieser kleinen Bäuerin ahnen, er, der alle Frauen verachtet? Wie seine Kameraden, die ebenso abgebricht sind wie er, und die nur noch der Sport, das Geschäft und das Vergnügen interessieren, denkt er: „Alle zu haben! Man braucht sie nicht mal erst um Erlaubnis zu fragen!“ Und so handelt er: er ist der Stärkere. Und damit sie sich ihm nicht mehr entziehen kann, legt er eine Hand hinter ihren Kopf: Epi kann dem Fuß nicht mehr ausweichen, der ihr den Mund öffnet und in ihm wühlt.

„Ach!“

Ein Zerkner, in dem das Bewußtsein sich auflöst. Alles an ihr vibriert. Für Körper singt. Sie zittert mit der Begierde eines jungen Vogels, der die Flügel zum ersten Fluge hebt. Franzens Bild, der Geschmack seines erwiderten Kusses verschmelzen mit dem Feuer dieser durchdringenden Liebeslösung. Ein letztes Sträuben. Sie leht: „Das ist doch wirklich zu stark! Lassen Sie mich los!“ Heftere Laute, die sie Lügen strafen. Der Mann hat ihre feinen Handgelenke gepackt. Sie ist die Schwächere. Mit seinem ganzen Gewicht umschlingt er er sie und zieht sie zum Bett hin:

„Du gefällst mir! Ich muß dich haben!“

„Glauben Sie, ich werde Ihnen als Strohhalm dienen?“

„Stell dich doch nicht dumm! Du hast ebenso große Lust wie ich!“

(Fortsetzung folgt.)

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Sonabend und Sonntag
20.15 Uhr
Die Dreigroschenoper
Montag zum 1. Male
Olympia
Komödie v. Franz Molnar
Don Dienstag, den 2. 1.
bis Freitag, den 5. 1.
täglich 20.15 Uhr
Olympia
Sonabend, den 29. 12.,
Sonntag, den 30. 12. und
Dienstag, 1. 1., tägl. 15. 1/2 U.
Fips und Stips auf der
Weltreise

Thalia-Theater
Von Sonnabend, d. 29. 12.
bis Freitag, den 5. 1.
täglich 20.15 Uhr
Einen Jux will er sich
machen
◇
Sonabend, den 29. 12.,
Sonntag, den 30. 12. und
Dienstag, den 1. 1.
täglich 15.30 Uhr
Rumpelstilzchen
(Pumpekin-Pumpekin)

Victoria-
Theater, Tel. 508 34
tägl. 8. 1/2 Uhr
bis 31. Dez.
Revue-Reigen
„Das leber de
Magazin“
Vorverkauf
Barnsch u. Theater-
kasse

Schauspielhaus

Operettenbühne — Tel. 36300
Sonntag, 15. 1/2 Uhr (nachm. 3. 1/2 Uhr)
Die Herzogin von Chitago
◇
Donnerstag und täglich 20 Uhr
Wette und ihre Freunde
◇
Freitag, Sonnabend und Montag
15. 1/2 Uhr (nachm. 3. 1/2 Uhr)
Hans im Glück
Märchenprelle!
Parlett Nr. 1.50 um.
◇
Dienstag, den 1. Januar, 15. 1/2 Uhr
(nachm. 3. 1/2 Uhr)
Prinzessin Xi-Xi-Pa

Sie verdienen
Sie täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand,
Aermelfutter, Rohbaar, Garn, Knöpfe,
Kernseife, Erdöl
alles feig z. billig
prima Ware
Detail und Engros
Borth, Lippert
Breslau
Feinrichstraße 18
Filiale: Oberkr. 17
Weißgerbergasse 43

Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Oskar Laqua
Breslau, Anderssenstr. 31

Billigste Bezugsquelle für Qualitätswaren
Bekleidungshaus M. Ostrower
Siriegan Ring 48.

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
Stahlwaren-Spezialgeschäft

Kaufhaus Bach & Bladmarm
Breslau 23 = Herdaminstr. 44
Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
Sämtliche Bekleidungsartikel in größter Auswahl
zu billigen Preisen!

Musikhaus „Odertor“
Größtes Spezial-Musikhaus in der Odervorstadt.
Vinzenzstraße 59, Ecke Elbingstraße
Sprech-Apparate und Schallplatten
billigst in großer Auswahl bei bequemer Teilzahlung
Neu eingerichtet: Filiale Scheitnigerstr. 49

Neu! **Musikhaus Schöllhorn** Neu!
Das führende Spezialhaus der Odervorstadt!
Breslau 10, Neue Matthiasstr. 11
Telephon 254 69



Sprechapparate erste Marken 69.- an
von Mk. 32.- an
Kofferapparate „ „ 32.- an
Schrankapparate „ „ 95.- an
Große Auswahl in Schallplatten u. Ersatzteilen. Bevorz. Bezugsquelle für Geledeinwapparate
Phonophon Nr. 20 u. 26 der beste Sprechapparat für Hotels und Gastwirtschaften
Baquea Teilzahlung = Kassa-Buchung
Weihnachts-Schallplatten in größter Auswahl

Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Oskar Laqua
Breslau, Anderssenstr. 31

Billigste Bezugsquelle für Qualitätswaren
Bekleidungshaus M. Ostrower
Siriegan Ring 48.

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
Stahlwaren-Spezialgeschäft

Hüte und Mützen Herren-Artikel
kaufen Sie am besten bei
Felix Eckert
Klosterstraße 45, am Maurithusplatz

Größtes Spezialhaus für Optik und Photo
Tele-Photo-Kamera
Brillan-Pilger
Breslau 02, Tarnowitzer Str., Ecke Brandstr.
Größte Auswahl der feinsten Optiken, Brillen, Kamera-
optik u. Zubehör, u. Reparaturen.

Frieditz
Waldenburg
Auenstraße 55, am Sonnenplatz.

Wintergarten
Jeden Sonntag
Großer Ball Anfang 4 Uhr
Liegnitz, Wiesenstraße

Franz Potstada **Hirschberg**
Außere Burgstr. 3
Reis-, Fleisch- und Wurstwaren

In Ihrem Interesse
liegt es, sich bei E u. unten stets auf die Arbeiter-Zeitung zu beziehen

Möbel
jeder Art!
Schränke für Kleider und Wäsche
Bettstellen in Holz u. Eisen
moderne Küchen und einzelne
Büfette in größter Auswahl und jeder Preislage
Auf Wunsch Teilzahlung!
P. Fleischer
Waldenburg
Weinrichstr. 15 16
Lieferung frei nach allen Orten

Kaufhaus Leopold Prager
Schweidnitz
Nur bei **Procyon** kauft
sogar Gold!

Die schönsten
Weihnachts-Geimente
zu billigen Preisen u. Riesenauswahl
Modenhause Landsberger
Schweidnitz
Innerer Ring 2, neben Rathauskeller
Beachten Sie bitte meine Schaufenster
Lagerbesuch ohne Kaufzwang

M. Neuthal
Schweidnitz, Burgstraße 2 u. 3
Herren- u. Knabenbekleidung
Bekannt billige Preise

Bettenhaus W. Sandler
Bettstellen u. Matratzen
Bettfedern, Bettwäsche
Schweidnitz, Wilhelmsplatz 11

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft nur bei

Klara Lison
Schweidnitz, Langstr. 23

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft man bei
Helene Reimann
Schweidnitz, Vorwerkstr. 24

Richard Thiel, Schweidnitz
Büttner-, Ecke Münzstrasse
Kolonial- u. Feinkostwaren
Spezialität:
Täglich frische Schotten u. Heringe
aus eigener Räucherel

Anna Friebe
Liegnitz
Mittelstraße 60
Möbellager,
Schuhwaren,
Kleidung, neu u. gebraucht
Sprech- u. Nähmaschinen
Platten, Fahrräder,
billigst
Berliner Fahrradhaus
Liegnitz, Burgstr. 41
Inserate
haben in
unserer Zeitung
guten Erfolg

Zur 4. Konferenz des N. S. B. Schlesiens

von G. Karlus

Der Rote Frontkämpferbund Gau Schlesien hält am 5. und 6. Januar in Waldenburg seine 4. Konferenz ab. Diese Konferenz muß und wird von entscheidender Bedeutung sein; nach scharfer Überprüfung der bisher geleisteten Arbeit der Gesamtorganisation für die Waffenschärfung des politischen Kampfes, um mit einer wesentlichen Steigerung der politischen Schlagkraft der Gesamtorganisation unsere Aufgaben im kommenden Jahr besser durchzuführen.

In einer Situation des brutalsten Vorstoßes der Industriellen sowie der gesamten Bourgeoisie zur verschärften wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung gegen die Arbeiterschaft; in einer Situation der aktiven Einheitsfront der Reformisten und des Reichsbanners mit der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Bewegung; in einer ansteigenden Periode des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat; in einer Periode der unmittelbar drohenden, sich täglich steigenden Kriegsgefahr, gewinnt

Die Rolle des N. S. B. als Wehr- und Schutzorganisation der Arbeiterschaft, als Kampforganisation gegen die imperialistische Kriegsgefahr

eine immer größere Bedeutung.

Die Situation, in der die Konferenz tagt, wird gekennzeichnet durch eine weitere scharfe Zuspitzung sowohl der internationalen als auch der innerpolitischen Lage. Die auf Kosten des Proletariats vorgenommene und mit Unterstützung der Reformisten durchgeführte teilweise Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befindet sich jetzt in der Auswirkung der Relativität. Während die Stabilisierung des sowjetrussischen Wirtschaftssystems in Richtung des kommunistischen Wirtschaftssystems in immer weiterer aufsteigender Linie vor sich geht, befinden wir uns in den kapitalistischen Ländern, durch das gewaltige Anwachsen der Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in einer neuen ansteigenden Krisenperiode. Die gewaltige Steigerung der Produktivität, die Verschärfung der Produktionsmöglichkeit, ist in verschärfterer Weise mit der Absatzmöglichkeit geraten. Die nun in Gefahr stehenden Profite sollen mit noch drakonischeren Maßnahmen als bisher aus der Arbeiterschaft herausgepreßt werden.

Die Trustbourgeoisie will eine Arbeiterkategorie nach der andern niederklämpfen, um auf der Basis der Niederlage den Arbeitern ihre Forderungen zu diktieren und das Programm des neudeutschen Imperialismus durchzuführen. Die Trustherren wollen mit reißender Unterstützung des bürgerlichen Staats- und Machtapparats (siehe Seeburg im Ruhrkampf) die Lebenshaltung der Arbeiter herabdrücken, um die Profitrate zu erhöhen. Sie wollen die Löhne verkürzen, um auf Kosten der Arbeiterschaft und auf Kosten des Innenmarktes (Preiserhöhung) auf dem Weltmarkt durch eine Schleuderkonkurrenz (Preissenkung) eine Steigerung der Absatzmöglichkeit zu erreichen.

Immer größere Arbeitermassen werden in diese Wirtschaftskämpfe hineingerissen. Nach dem Kampf um Rhein und Ruhr, der 213.000 Arbeiter umfaßte, stehen heute 450.000 Textilarbeiter vor der Aussperrung; werden die Kämpfe morgen vielleicht schon Millionen Arbeiter umfassen.

In diesen gewaltigen Kämpfen stehen die Trustbourgeoisie, der Staatsapparat und der Reformismus in aktiver Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft. Immer klarer scheiden sich die Fronten.

Diese sich ständig verschärfenden Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems treiben mit unerbittlicher Konsequenz zu neuen Kriegen der Imperialisten untereinander. Aber noch stärker als die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten wächst der Hauptgegensatz, der die ganze Welt in zwei Lager teilt:

Einerseits die gesamte kapitalistische Welt und andererseits die Sowjetunion, um die sich das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker der Kolonien scharfen.

Der Kampf um die Vernichtung der Sowjetmacht, um die „Erschließung Rußlands als gewaltiges Rohstoffgebiet sowie Absatzgebiet und Verleibung in ihr Ausbeutewirtschaftssystem ist eine Frage von Tod und Leben für das internationale Kapital. Dieses ist die Basis der gegenwärtig unmittelbar drohenden Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges.

Diese kriegerische „Lösung“ wird für die kapitalistische Klasse um so unaussprechlicher, je aussichtsloser ihre Versuche werden, durch die „friedliche“ Eroberung des sowjetrussischen Marktes und durch verstärkte Ausbeutung des Proletariats und der Kolonialvölker ihre Schwierigkeiten zu überwinden.

Ein neuer Weltkrieg ist unvermeidlich.

Für diese unvermeidliche Massenmächerei rüsten die imperialistischen Mächte, unter Führung Englands, bewußt, planmäßig und mit feberhafter Eile.

Daß auch die deutsche Bourgeoisie in letzter Zeit noch eindeutiger als bisher in die englisch-französische Antisowjetfront eingeschwenkt ist und dieselbe Kriegs- und Aufrüstungspolitik gegen die Sowjetunion betreibt, beweist eine Reihe von Tatsachen, wie z. B. die Bildung eines Rußlandkomitees deutscher Industrieller, zwecks wirtschaftlicher Boykottierung Rußlands. Die letzte außenpolitische Rede Stresemanns sowie die Rede des neuen Reichswehrministers Groener im Reichstag weisen ebenfalls mit aller Deutlichkeit darauf hin. Die Aufrüstungspolitik (trotz der Schranken des Versailler Vertrages) beweisen nicht nur der Panzerkreuzerbau, sondern insbesondere die Geheimrüstungen, von denen einige Tatsachen durch die kommunistische Reichstagsfraktion, unter Jahnke'schen der Bourgeoisie, an das Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden, um die Massen der Arbeiterschaft auf die Gefahr aufmerksam zu machen.

Die Verhandlungen Stresemanns in Lugano, in Verbindung mit dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ (Organ des Außenministeriums) vom 12. Dezember, beweisen mit einer Offenheit, wie es bisher noch nie der Fall war, daß die deutsche Bourgeoisie bereit ist, zu jeder Zeit den offenen Bruch mit der Sowjetunion herbeizuführen, wenn der Preis dafür seitens Englands und Frankreichs in der Beilegung oder mindestens wesentlichen Forderungen der Versailler und der Dawes-Festsetzungen gegeben wird.

Das sind die Alarmzeichen für den N. S. B. Schlesiens,

die uns nicht nur in den innerpolitischen Kämpfen, sondern besonders bei der Kriegsgefahr der kapitalistischen Mächte gegen das Vaterland des Proletariats, die Sowjetunion, vor ganz unerhörten Aufgaben stellen. In dieser einen dem N. S. B. gestellten Hauptaufgabe, als bestimmter Frontabschnitt im revolutionären Klassenkampf, haben wir die Lösung „Organisierung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg“ aus der rein propagandistischen Tätigkeit heraus zu führen.

Nur die tägliche praktische und systematische Durchführung durch jedes einzelne Mitglied des N. S. B. neben der kommunistischen Partei mit dem Ziel: „Lösung der breiten Massen der Arbeiterschaft vom bürgerlichen und reformistischen Einfluß“, schafft erst die Vor-

aussetzungen zur Durchführung der revolutionären Lösungen, der „Organisierung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg“ und nach Ausbruch desselben die „Überführung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“. Der Kampf des Proletariats für Durchführung dieser revolutionären Lösungen wird nicht vom Himmel fallen, sondern wird das Ergebnis einer ansteigenden Welle von revolutionären Massenkämpfen und einer hartnäckigen, opferreichen Vorbereitung seitens des N. S. B. an der Seite der kommunistischen Partei sein.

Auf Grund der drohenden Gefahr für die Bourgeoisie seitens der revolutionären Organisationen und der Tatsache der unmittelbar drohenden imperialistischen Kriegsgefahr steigert die Bourgeoisie mit Hilfe der sozialdemokratischen Lakaien, die im bürgerlichen Staats-

apparat sitzen, bereits die Verfolgungen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen den N. S. B. und die kommunistische Partei.

Wir stehen vor der Gefahr, in die Illegalität getrieben zu werden. Das erfordert von uns, Maßnahmen zu ergreifen, auf daß wir trotz eintretender Illegalität uns in einer wirksamen Arbeit, der Organisierung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg nicht behindern lassen.

Das erfordert von der schlesischen N. S. B.-Organisation, sich mehr als bisher dieser Grundtatsachen und der politischen Aufgaben bewußt zu werden, die wir als revolutionäre Kampforganisation zu erfüllen haben. Das erfordert, daß die schlesische N. S. B.-Organisation die sogenannte Nur-Demonstrationspolitik durchbricht und in den Vordergrund stellt eine systematische, revolutionäre und politisch bewußte, praktische Tätigkeit, um die vor uns stehenden Aufgaben auch wirklich voll und ganz erfüllen zu können.

Diese politische Aktivierung der Gesamtorganisation zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zum Kampf gegen das Reichsbanner und den sozialdemokratischen Sozialfaschismus, zur Lösung der breiten Massen vom reformistischen Einfluß muß und wird bringen die 4. Konferenz.

SPD.-Niederlage in Weißstein

Ausführlicher Bericht von der SPD-Generalsammlung

Der neue Gewerkschaftssekretär M ö h l e vollzieht einen Stieranzug

Nachdem wir gestern über das Ergebnis der Neuwahl in der größten Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes, Weißstein, kurz berichteten und auf die große Bedeutung des oppositionellen Sieges hingewiesen, lassen wir heute den ausführlichen Bericht folgen:

Am Sonntag vor Weihnachten fand die Generalversammlung der Bergarbeiter-Zahlstelle Weißstein statt. Da die Aussprache über den Jahresbericht der Ortsverwaltung bereits in einer vor drei Wochen stattgefundenen Versammlung vor sich gegangen war, konnte nach Eröffnung sofort zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten werden. Ueber den ersten Vertrauensmann, ersten Kassierer und ersten Schriftführer wurde in geheimer Wahl abgestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion gab sich redbliche Mühe, die verhasste oppositionelle Ortsverwaltung zu beseitigen. Doch vergeblich! Trotzdem die reformistische Bezirksleitung verboten hatte, die Wahl der Ortsverwaltung bereits vor drei Wochen vorzunehmen, weil sie der sozialdemokratischen Fraktion möglichst viel Zeit zur Vorbereitung der Wahl geben wollte, und trotzdem die SPD-Fraktion die lange Zeit weidlich ausgenutzt hat, war sie nicht imstande, das Vertrauen der Kameraden zu der oppositionellen Ortsverwaltung zu erschüttern. Zum ersten Vertrauensmann wurde Kamerad Klein mit 77 Stimmen wiedergewählt. Der Sozialdemokrat Paerzel erhielt nur 67 Stimmen. Zwei Stimmen wurden für den oppositionellen Kamerad Honisch abgegeben. Als erster Kassierer wurde der sozialdemokratische Kamerad Werner mit 93 Stimmen wiedergewählt. Der von der Opposition vorgeschlagene Kamerad Hösig erhielt 73 Stimmen, ein für die Schwäche der sozialdemokratischen Fraktion bemerkenswertes Ergebnis. Zum ersten Schriftführer erhielt der oppositionelle Kamerad Hösig 93 Stimmen und der sozialdemokratische Kamerad Hoffler nur 82, zwei Stimmen waren ungültig. Die Wahl der übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung wurde per Akklamation vorgenommen. Als zweiter Vertrauensmann wurde Kamerad Honisch mit 114 Stimmen gewählt. Sein sozialdemokratischer Gegenkandidat erhielt eine nur geringe Stimmenzahl. Zum zweiten Kassierer schlug die sozialdemokratische Fraktion an Stelle des Sozialdemokraten Hoffler den Sozialdemokraten Reil vor. Er erhielt 88 Stimmen, nur 7 Stimmen mehr als der oppositionelle Kandidat, der 81 Stimmen auf sich vereinen konnte. Kamerad Schulz (Opposition) wurde mit 111 Stimmen als zweiter Schriftführer wiedergewählt, ebenso die oppositionellen Revisoren Wutke und Müßig mit 105 Stimmen. Die Ortsverwaltung wird durch den von der Jugend selbst gewählten Jugendvertreter ergänzt.

Nach Beendigung der Wahl ergriff Kamerad Klein das Wort, um den Kameraden für das Vertrauen zu danken und zu versprechen, im kommenden Jahre genau so, wie in den vorhergehenden, im Interesse der Kameraden auf dem Posten zu sein.

Im zweiten Tagesordnungspunkt sprach der aus Hannover importierte Bergarbeitersekretär M ö h l e über „Wirtschafts-demokratie“. In seinem Vortrage vermied er es ängstlich, auf das eigentliche Thema einzugehen, um so breiter und länger sprach er über die Praxis der Rechtsprechung und des Arbeiterschutzes.

Die oppositionellen Funktionäre waren in der Diskussion gezwungen, den Kameraden zu sagen, daß es falsch ist, von taufenderlei Nebenächlichkeiten zu reden, sich aber um die wichtigsten Fragen zu brüden. „Wachtenswert war, daß sozialdemokratische Kameraden sich an der Aussprache nicht beteiligten. Entweder waren sie von dem Ergebnis der vorangegangenen Wahl niedergeschmettert, oder sie wußten nichts zu sagen. Von der Opposition sprachen die Kameraden Klein, Biewald und Honisch.

Klein: Gewerkschaftsdemokratie ist die neue Parole der reformistischen Gewerkschaftsführer, mit der sie die Mitglieder vom Klassenkampf abhalten wollen. Der Kampf der Bergarbeiter, der Hüttenarbeiter an der Ruhr und der Streik der Waldenburger Bergarbeiter zeigen uns, wie diese Wirtschaftsdemokratie in der Praxis aussieht. Auf dem Wege des Stimmzettels, durch Entsendung einer immer größeren Anzahl von Arbeitervertretern ins Parlament, kann der Arbeiterschaft nicht geholfen werden, denn die Unternehmer pfeifen auf Mehrheitsverhältnisse, solange sie die Betriebe besitzen und sich auf Waffen und sonstige Machtmittel des kapitalistischen Staatsapparates stützen können. Notwendig ist der brutale Kampf gegen die Diktatur der Unternehmer. Notwendig ist, auf die Schlichtungspraxis zu pfeifen und die Kämpfe im freien Spiel der Kräfte auszulagern.

Biewald zeigte ebenfalls an Hand praktischer Beispiele, wie die Unternehmer mit Hilfe des Staatsapparates und Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie jeden Kampf der Arbeiter verhindern oder ihm die Spitze abbrechen. Der Staatsapparat ist der gefälschte Führer der Unternehmer. Im kapitalistischen Deutschland kann keine Regierung gegen die Unternehmer regieren. Nicht mehr Demokratie und nicht Wirtschafts-demokratie muß die Arbeiterschaft anstreben, sondern den Kampf organisieren zum Sturz der kapitalistischen Koalitionsregierung und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Honisch: In der Nachkriegszeit häufen sich die Wirtschaftskrisen. Infolge der Rationalisierung haben wir eine Massenarbeitslosigkeit in allen Ländern. Die Arbeiter der kolonialen Länder rebellieren. Es ist an der Zeit, nicht Wirtschafts-demokratie zu predigen, sondern Kampf. Wohin die Reize der reformistischen Gewerkschaftsführer geht, zeigt der Ausspruch „Körper, man könne in Deutschland nicht von einer bürgerlichen kapitalistischen Republik sprechen. Dabei zeigen alle Lohnbewegungen, daß wir in Deutschland die brutale Kapitalisten diktatur haben. Der Ideologe der Gewerkschaftsführer muß der stärkste Kampf angefangen werden. Es ist ein Standal, daß noch Verbindlichkeitsklärung des Hungerstreiks für die Wal-

denburger Bergarbeiter die SPD-Bezirksleitung in dem Flugblatt schrieb, durch die Verbindlichkeitsklärung sei der Schiedspruch Tarifrecht und Tarifpflicht geworden. Auch der letzte Arbeiter muß begreifen, daß ein für verbindlich erklärter Schiedspruch uns vom Kampf nicht abhalten darf.

Zur Schlußwort führte der Sekretär M ö h l e einen reichlichen Stieranzug auf. Statt den Versuch zu machen, den sozialdemokratischen Standpunkt zu verteidigen, sagte er, daß es großen Mut erfordert, sich mit den Unternehmern an einen Tisch zu setzen. (1) Der Waldenburger Streik konnte zu keinem besseren Ergebnis führen, weil die Lage des Bergbaues äußerst schwierig sei. Das Flugblatt nach Abschluß des Waldenburger Streiks konnte nicht anders abgefaßt werden, weil es um die Verantwortung ging. Jeder, der einen verbindlichen Schiedspruch nicht einhält, wird mit Strafe belegt.

Zwischenruf: „Wieviel Millionen haben die Aufrührernehmer an die Arbeiter gezahlt?“

Antwort M ö h l e: „Ich habe von unserer Rechtsauffassung gesprochen.“

Die Ausführungen und Zwischenrufe der oppositionellen Kameraden, die allgemeine Zustimmung fanden, haben hoffentlich der reformistischen Bezirksleitung und auch dem Sekretär M ö h l e gezeigt, daß die Weißsteiner Bergarbeiter von der Gewerkschaftsdemokratie die Nase voll haben. Das haben sie durch ihre Abstimmung eindeutig zum Ausdruck gebracht. An alle Gewerkschaftsmitglieder richten wir die Aufforderung, ebenfalls nur oppositionelle Kollegen zu Funktionären im Verband und Betrieb zu wählen!

Ein Stratege des „Verbandsaufbaues“

Vor kurzem mußte der Vorsitzende der Ortsgruppe H a p e im Freidenkerverband, der Sozialdemokrat Paul B e r g, abgesetzt werden; obwohl er ein schneidiger Kämpfer gegen die Opposition war. Berg war nämlich auch gleichzeitig Kassierer der Ortsgruppe, und bei der Übergabe der Geschäfte stellte sich heraus, daß er eine Unberührbarkeit getrieben hatte. Aus dem Kassabuch waren ganze Reihen Blätter herausgeschnitten. Das Kassabuch ist teilweise verbrannt, und im Buch waren Radierungen vorgenommen. Außerdem fehlt eine Anzahl Mitgliedsbücher und das Aufnahmegeld der Freien Schulgesellschaft. Berg war nicht nur Vorsitzender und Kassierer der Freidenker, er war auch Vorsitzender der SPD-Fraktion mit dem Kennwort „Verbandsaufbau“. Ein schöner „Verbandsaufbau“ — eben wie die SPD. im allgemeinen die proletarischen Massenorganisationen aufbaut.

Rotes Laufband

Rund um das Fensterglas

Schon vor einigen Monaten ging die Nachricht durch die Presse, daß es amerikanischen Glasfabrikanten gelungen sei, ein für ultraviolette Strahlen durchlässiges Glas herzustellen. Ein solches Glas hat natürlich für die Einrichtung von Schulen, Krankenhäusern usw. ungeheure Bedeutung. Gelingt es doch mit seiner Hilfe, die für den menschlichen Körper so außerordentlich wichtigen Strahlen auch in nach allen Seiten geschlossene Räume zu bringen. Dadurch wird die künstliche Höhenlinsenbehandlung, die lange nicht die Wirkungen und Erfolge hat wie die Einwirkungen der Sonnenstrahlen, zu einem Zeile wenigstens, überflüssig.

E. Dorno macht nun in Heft 1 der „Strahlentherapie“ darauf aufmerksam, daß sich die Forscher viel zu einseitig mit der Herstellung von ultraviolett durchlässigem Glas befassen. Viel wichtiger sind nämlich die in den Sonnenstrahlen enthaltenen ultravioletten Strahlen, die als „Wärmestrahlen“ bekannt sind. Diese wärmenden Sonnenstrahlen bringen bis in die Tiefe des menschlichen Körpers, während die künstliche Wärme der Ofen nur auf die Oberfläche der Haut einwirkt. Bisher ist es nicht gelungen, trotz vieler Versuche, ein für diese — besonders im Winter wichtigen — Strahlen durchlässiges Glas herzustellen.

Der vererbte Leistenbruch

Daß eine ganze Reihe von Krankheiten erblich ist, wissen die Ärzte schon seit langer Zeit. Bekannt ist ja z. B. die Vererbbarkeit der Wutkrankheit, die nur die Söhne des kranken und ganze Geschlechter aussterben ließ, und der Plattfüße bei einigen Völkern. Hier handelt es sich, ebenso wie beim Leistenbruch, eigentlich nicht um eine Krankheit im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern um eine Missbildung. So entsteht der Leistenbruch dadurch, daß in der Leistenenge die dort vorhandenen Sehnenzüge nicht fest genug miteinander verwachsen.

In Heft 3 des „Chirurgen“ vom 5. Dezember 1928 weist nun der Assistent am Krankenhaus Friedrichshain in Berlin, Birkenfeld, nach, daß auch die Leistenbrüche erblich ist, und zwar in der überwiegenden Mehrzahl auf Männer. Frauen leiden viel seltener an einer vererbten Schlaffheit der Bänder, die zum Leistenbruch führen kann. Das hängt wahrscheinlich mit der besonderen Festigkeit ihres Beckenbodensystems, das zur Geburt benötigt wird, zusammen.

Der Nachweis der Vererbbarkeit des Leistenbruchs hat insbesondere auch praktische Bedeutung, als es Aufgabe einer zweckentsprechenden Berufsberatung sein müßte, Kinder von Leistenbruch leidenden Eltern in Berufe zu überführen, in denen ihr geschwächtes Bandsystem keinen so starken Anstrengungen ausgesetzt ist, daß es auch bei ihnen zum Leistenbruch kommt.

MENSCH UND

TECHNISCHE BEWERTUNG

Radioaktivität

Es gibt kaum noch ein "radioaktiv" nennt fertigen sucht. In der Physik seitdem entdeckt, in dem die Radioaktivität wurde. Da guckten man die Radioaktivität säure-Stabfläschchen mit dem gleichen ebenso bekannte Substanzen von Kohlensäure in Wasser gelöst das mal.

Was ist denn das? hundert Jahre lang Mineral, der Pechblende eine Reihe merkwürdiger Eigenschaften eine photographische Platte in der Dunkelheit Stelle des Lichtes, Papier und andere Materialien mählich zerstört. Die Erscheinung grüne Blätter, die die Untersuchung zeigte, dass die Substanz sendet, eine Erscheinung, die den folgenden Jahren in mehreren Entdeckungen entdeckt. "aktiv" waren.

Zuerst stand ein einigermaßen rationales Anfang des Jahres Anschauungen von uns darüber in und hatten gefassten Teilchen, die Atome sind. Vielmehr besteht aus einem und verschiedenen den Kern ähnlich. Verschiedenheit denen Anzahl der Atomkern im 8 Elektronen, bei sogar 88.

Die Radiumsorten — bestehen atomen, die mit Kilometersekunde geht dabei in über, das wieder bleibt schließlich wie Blei verhält. Mitteln der Zerlegungen ist, eines Elementes.

Diese Atome, die man bedenkt, 209 Kalorien Nitroglycerin aber in nicht weniger werden. Aber beim Radiumbarkeit illusorisch sehr teuer. dargestellt, aus lassen sich vielleicht ist dementsprechend.

Verwendung natürlich nicht bekämpfung soll.

In diesem die kürzlich eine Metalle werden schwärzen also. Diese Erscheinung bei Metallen wie Voraussage über verfrüht, aber Entdeckung viel erstmal, daß radioaktiven Stoffe.

Der Kampf

den Keim Wissenschaftler in umwälzender auswirken kann "wolle" unzutreffend Naturprodukt.

Vor einigen Chemiker in Pflanze, deren hilt Fasern, die der groben England gebracht menen Versuche in jedem Klima Anbaukosten kommt, daß der Pergament, Baumwolle. Der Vergleich mit Pflanze äußerst Spinnereien und über gelübert und Färben sind noch vorteilhafter echtes Baumwollens aus dem neuen Festigkeit wie gewöhnliche Baumwolle den einen besonderen großer Bedeutung staltungen erlangen gewöhnliche Baumwolle richtige Anbau Möglichkeit, die Seide, Wolle, ihre Fähigkeit entsprechende

Oberschlesien Sozialdemokraten und Zentrum gegen Mietenerhöhungen

Herbsttagung in Bentzen

Der Antrag hatte sich unter anderem mit der Erhöhung der Mieten in der Stadt Hindenburg beschäftigt. Der Vorlage wurde entschieden, daß die Stadt Hindenburg den beim Bau der Stadt auf eine Entschädigung in Höhe von 600 000 Mark bei Eingemeindung von Castellengo Anspruch hat.

Die in der Landwirtschaft bestehende Kreisabteilung wurde durch eine Kreisabteilung festgelegt. Die Kreisabteilung hatte der Kreis 60 000 Mark in Form von Darlehen zur Verfügung. Dafür müssen die Betroffenen von kommunistischer Seite die „Dilke“ protestieren. Die Kreisabteilung soll die Erstattung des Darlehens nur in Frage kommen. Staatliche Beihilfen zugreifen.

Die Kreisabteilung von Zuschlägen zur Grundsteuer wird die Zustimmung der Kreisabteilung zur Erhebung einer Kreissteuer erhalten 50 Prozent dieser Zuschläge.

Die Kreisabteilung hat die in der Landwirtschaft bestehende Kreisabteilung festgelegt. Die Kreisabteilung hatte der Kreis 60 000 Mark in Form von Darlehen zur Verfügung.

Die Kreisabteilung hat die in der Landwirtschaft bestehende Kreisabteilung festgelegt. Die Kreisabteilung hatte der Kreis 60 000 Mark in Form von Darlehen zur Verfügung. Die Kreisabteilung soll die Erstattung des Darlehens nur in Frage kommen. Staatliche Beihilfen zugreifen.

gebührender Weise die Stellungnahme dieser „Vollvertreter“, die ihr „sozialer“ Herz für die proletarischen Mieter zeigen. Es würden bei einer fühlbaren Herabsetzung der Mieten nach Meinung dieser Leute die Proleten zu sehr werden, weil sie sich dafür mehr Brot kaufen könnten.

In einem Antrage wurde die Erhöhung der Entschädigungen für die Kreisabteilung geordnet bei Eingemeindung, entstanden durch Lohnausfall, behandelt. Das Zentrum wandte sich gegen die Erhöhung der Entschädigungsfähigkeit. Diese Herren, die meistens ein ansehnliches Gehalt beziehen, haben gerade „Verantwortung“, sich dagegen zu wenden. Was will man damit erreichen? Die Arbeitervertreter, die in den Betrieben stehen, sollen gehindert werden an der Ausübung ihrer Funktionen, damit die Herrschaften möglichst unter sich sein können. Denn dann kann man viel ungeörter die arbeitserfindliche Politik betreiben.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde entgegen dem Willen des Landrats ein kleiner Beamter in eine höhere Besoldungsgruppe einrangiert. Gegen Erhöhungen der Gehälter bei der oberen Bürokratie wendet sich der Landrat nicht, weil ihm hierbei auch was abfällt.

Im Zuchthaus lungenkrank geworden Hindenburg Wohlfahrtsamt lehnt Unterstützung ab

Der ehemalige Strafgefangene Josef M. schildert in einem Schreiben seine elende Lage. Er, der im Zuchthaus Groß-Strehlitz eine zweijährige Strafe verbüßte, verließ die Anstalt als offener Lungenkranke. Als M. die Strafe antrat, war er völlig gesund. Einige Monate hindurch wurde er durch das Wohlfahrtsamt der Stadt Hindenburg unterstützt, jetzt steht er völlig mittellos da. Jetzt versagt man ihm jede gelbliche Unterstützung. Der zum drittenmal gestellte Antrag fiel unter den Tisch. Jetzt steht, daß der Stadtarzt Dr. Kanitz M. nur für leichte Arbeiten fähig hält. Trotzdem hat M. versucht, Schichtarbeiten zu verrichten, mußte sie wegen seiner Krankheit aufgeben. Scheinbar stütze sich das Wohlfahrtsamt auf das ärztliche Gutachten, das bescheinigt, daß M. leichte Arbeiten verrichten könne. Halbwegs gesunde Leute liegen zu Tausenden auf der Straße und können keine Arbeit kriegen. M., der lungenkrank ist, soll nach Meinung dieser „sozialen“ Stelle in Arbeit gehen. Die Strafverwaltungsbehörde lehnt auch jede Hilfe diesem armen Menschen gegenüber ab mit der Begründung, sie sei nicht zuständig. Zum Teufel, wer soll denn nun in Frage kommen? Ist das die Fürsorge für Lungenkranke? Soll M., getrieben von Not, wieder den Weg ins Zuchthaus gehen? Oder glaubt man, daß M. sowieso nicht lange machen werde und auch jede Hilfe zwecklos sei?

Auch ehemalige Strafgefangene, und hier noch gar ein Lungenkranke, haben Anspruch auf kommunale Hilfe. Wir fordern dies!

Oppeln

Magistrat und Parteien zur Unterstützung der Erwerbslosen

Die außerordentlich Magistratsitzung am Sonnabend voriger Woche, die auf Antrag des kommunistischen Stadtrats M. und R. einberufen worden war, lehnte nach kurzer Beratung die geforderte Erhöhung der Wirtschaftsbefehle für die Erwerbslosen ab. Man begründete die Ablehnung damit, daß die Stadt Oppeln mehr als die anderen für die Unterstützungsempfänger zu Weihnachten getan hätte. Natürlich trifft das nicht zu, denn es erhielten ein lediger Erwerbsloser in Oppeln 3 Mark, ein verheirateter 6 Mark und für jedes Kind 1 Mark. Diese außerordentlich niedrigen Sätze lassen sich wahrhaftig nicht unterbinden.

Der Oberbürgermeister Dr. Berger entpuppt sich immer mehr als ausgesprochener Arbeiterfeind und will sogar alle städtischen Ar-

beiter, die sich eventuell unter die Erwerbslosen gemischt haben sollten und mit als Zuhörer in der Stadtverordnetenversammlung waren, sofort entlassen. Demnach gelten bei ihm die Arbeiter, welche der Stadt Hunderttausende von Mark jedes Jahr erschaffen, als Bürger zweiter Klasse, denen er das Recht, sich um die Tätigkeit der Stadtverordneten zu kümmern, rauben will.

Die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Parteien traten nach der Magistratsitzung zu einer Besprechung zusammen, um noch einmal über eine von der kommunistischen Fraktion beantragte Erhöhung der einmaligen Unterstützung an die Erwerbslosen zu beraten. Die Begründung gab Genosse G. L. R. Dr. B. O. R. und der Oberbürgermeister sprachen gegen den Antrag. Doppelt gebe das meiste und sei an der Höhe seiner Unterstützungsfähigkeit. Rechtsanwalt G. L. R. (Zentrum) meinte, er habe keine Vollmacht, irgendeine Erklärung abzugeben. G. L. R. (SPD) redet davon, es müßte ein Weg gefunden werden, um den Erwerbslosen so schnell die einmalige Zulage zu gewähren, ohne sich in bestimmter Form für den Antrag der Kommunisten auszusprechen.

Der Stadtverordnetenvorsteher sagte die Aussprache dahingehend zusammen, daß sich keine Mehrheit für den kommunistischen Antrag ergeben habe und schlug vor, diese Frage noch einmal auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Das Aufstehen der letzten Sitzung durch den Stadtverordnetenvorsteher geschah im vollen Einverständnis mit den Parteien, außer den Kommunisten. Man wollte sich vor einer klaren Stellungnahme noch vor dem „Fest der Liebe“ befinden, was durch die Kommunisten bereitet worden ist. Sie mußten Farbe bekennen. Die Arbeitlosen haben ganz offen feststellen können, wer ihre Feinde sind.

Briefkasten

Preußag-Kumpel. Leider eignete sich Dein zweites Schicht zur Veröffentlichung nicht.

„Eulenspiegel“, 2. Jahrgang

Trop Staatsanwälte, Richter, Pfaffen, die das letzte Best des „Eulenspiegels“ im alten Jahre beschlagnahmten, erschein die Silber-Nummer des neuen Jahrgangs noch schlagender, getreu dem Wahlspruch:

„Zum Sarg der Reaktion die Nägel liefert euch der „Eulenspiegel“!

Aus dem Inhalt der Januar-Nummer: Rudolf Schlichter: „Der Gotteslästerer“; Käthe Kollwitz: „Pflüger“ und „128 des neuen Strafgesetzes“ mit Dichtungen von Bertold Lasker-Schüler und Arno Holz; Heinrich Müller: „Winterfreuden“; Erich Weinert und Karl Holz: „Illustrierter Rückblick auf das Jahr 1928“; Slang: „Silberbäumel durch die Republik“; Maria Palmer: „Kleiner katholischer Pfaffen-Spiegel“; Charles Girard: „Das Reichskabinett bei der Kartenspielerin“; Guerin: „Am Neujahrsmorgen“; Weisfcher: „Fauler Hauber“. — Beiträge von: Kurt Berth, Karl Schnog, Havelod, Oskar Maria Graf und andere.

Arbeiter-Zaschentalender 1929

(Internationaler Arbeiter-Verlag, Preis 90 Pfg.)

Der Arbeiter-Zaschentalender für das Jahr 1929 hat einen anderen Charakter als sein Vorgänger. Auch in ihm lebt der proletarische Geist einer großen revolutionären Bewegung. Aber in Ausmachung und inhaltlicher Anordnung ist er schwer mit seinem vorjährigen Bruder zu vergleichen.

In dieglamem, lederartigem Einband wirkt er wirklich wie ein Taschenkalender. Es fehlen diesmal die langen Artikel, die den Kalender in den letzten Jahren zu stark belasteten.

Geschicht ausgewählte Zitate aus Marx'chen und Lenin'schen Schriften sprechen über Zweck und Ziel der kommunistischen Partei, sprechen über die Aufgaben der Gewerkschaften.

Ganz besonders willkommen werden allen Genossen die Streifzüge in die Sozialgesetzgebung sein. Ein besonders guter Gedanke war, Musterformulare für Antragstellung auf Unterstützung abzurufen. Ebenso werden am Hand einer Reihe von Beispielen aus der Praxis der Arbeitsgerichte die wichtigsten Schritte besprochen und angegeben.

Gut ist auch das Adressenmaterial der Partei, der Gewerkschaften, der Arbeitersekretariate usw. zusammengestellt. Ein ausgezeichnete Gedanke war auch die Einführung einer Abteilung „Freiwilliger und Engagierten“.

Alles in allem: der Taschenkalender hat sich sehr zu seinen Gunsten verändert. Er ist wirklich wert, in der Tasche des Arbeiters mit herumgetragen zu werden. Er ist den Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes unserer Zeit auf beste angepaßt. Möge er eine Waffe in der Hand jedes Klassenbewußten Arbeiters sein.

Erhältlich in der Arbeiterbuchhandlung Hindenburg, Schlegelplatz 12.

gehört Dir

... Marguerite ...

... das Gebot bin ich nicht, mein ...

... „Meine Sünden ...

... „Es muß uns zum ...

... aus dem ganzen Wesen ent ...

... die Würdigung eines höheren ...

... aber Tag hat mit wenigem ...

... da ist. Und vor allem nim ...

... Bedürfnisse befriedigen, in ...

... wiederkehrt, vergiß nicht, ihn ...

... Es gibt zuwenig Liebe und ...

... schwebende Wesen verschwinden ...

... überlebenden Menschen, die Ver ...

... daß dich durch den Sohn nicht ...

... nur für den Heiligen Geist! Gott ...

... zu lieben. Ein Ideal ... er ...

... nach zwei Monate Chateau ...

... er über ...

... Ein alter Herr ...

... mußte sie sich retten, durch Aus ...

... sie bemüht, nur nach an die Zu ...

... wurde, wendete sie sich an die ...

... die sie umgebenden Flüssen, an ...

... die, gleich ihr, es sich hatten ...

... und zu verheben.

... daß nicht verlorengegangen ...

... nicht Dplatz, recht zu leben, gut zu ...

... an das, was die Frucht eines ...

... nicht vergesslich sein! Beten hier, ...

... Geist einzubringen ...

... Brief mit Glückstrahlen und mit ...

... Sie dankte dem Episkopal ...

... die sie durchzumachen hatte.

Sie nahm das morgendliche Trainieren auf dem Fahrrad wieder auf, und schon nach drei Tagen spürte sie jeden Abend die Wohlthat ihrer gefunden Müdigkeit. Mit Morgengrauen auf, fuhr sie auf der Mauerstraße den Bergen zu. Ihre Gipfel zeichneten sich im reinen Himmel klar ab mit ihren dunklen Pinien, den Kastanienbäumen von hellem Smaragd, dem sanfteren Grün der Korkeichen, die man hätte für frischangestrichen halten können. Sie schien eine neue Lust zu atmen, so klar war der Himmel. Bei der Heimkehr war ihr die Arbeit nicht mehr zuwider. Und am Sonntag, als ihre Mutter sie mahnte, es sei Zeit, sich für die Kirche anzukleiden, weigerte sie sich kategorisch:

„Ich will den Abbe Voitel nicht wieder sprechen.“

Insgesamt war sie ihm böse: hatte er nicht, statt Wasser, Del ins Feuer gegossen? ... Indem er ihr Jesus als der anbetungswürdigen Gatten darstellte, hatte er sie betraute verführt, in ihrer Verirrung den Gottmenschen zum geliebten Liebhaber umzugestalten ... Ein Genuß, dessen sie sich, seit sie den Brief ihres Onkels erhalten hatte, schämte, wie eines Satirells.

„Wie“, entrüstete sich Frau Arelli, „du hattest doch versprochen.“

„Ich habe gar nichts versprochen. Ausgenommen Franz, daß ich ihn zur Regatta von Saint Tropez begleite.“

„Komm zuerst mit in die Messe.“

„Geh du für mich!“

Und sie lief lachend davon.

IV.

Epi hat ihr Gleichgewicht wiedergefunden. Sie hat gewählt: Franz, der Ernst gemacht hat, hat Konstantin endgültig verdrängt. Sie glaubt sich geliebt, und ob er sie nun heiratet oder nicht, sie wird ihm gehören. Sie gedenkt jetzt des Fischers mit Härtlichkeit. Die kleine blaue Blume, so glaubt sie, ist auch in dem Herzen erblüht, nach dem das ihre verlangt.

Im Kartoffelfeld vor dem Hause tönt ihre frische Stimme harmlos und heiter:

Da Tourin à Mounalé
La Lingère marche-t-a-pé
Amor, amor, amor,
La rose est oim bel flor.

Blötzlich erschallt der Arm eines Streites aus dem Familienzimmer ... „Schau, Vater ist heimgelommen, ohne daß ich ihn gesehen habe!“

Sie hört die schrillen Bortworte ihrer Mutter. „Kaupe, wo hast du wieder mal Wein herbeikommen, um dich zu besaufen, daß du mit leerem Karren heimkommst?“ Ein demütiges Gehammel

antwortet in diesem Maß. Man meint fast, es sei ein Fliegensummen, das die bitteren Vorwürfe unterbricht:

„Ou-ou-su-ou ...“

„Häts! abschlagen sollen! Du weißt doch, daß du immer gleich voll bist!“

„Ou-ou-su-ou ...“

„Was? Du hast wieder mal bezahlt? Das ist doch zu stark! Ludwig hat ganz recht! Entmündigen sollte man dich!“

„Ou-ou-su-ou ...“

„Schweig, du Lump! Du kostest mehr als du einbringst! Deine Kartoffeln? Die kannst du dir am Arsch hängen! Die bringen mehr Fliegen und Würmer ins Haus als Geld!“

Die Alte erscheint, schlägt die Tür zu, soßt den noch angeführten Esel am Bügel, läßt das Wägelchen eine halbe Wendung machen und ruft: „Paß auf, daß dein Vater nicht der Kellerschlüssel findet. Ich fahre zum Bahnhof, den Rest Heu holen. Sag Ludwig Bescheid, wenn er unterdessen heimkommt. Er braucht nicht mit der Karre zurückzukommen ...“ Das Fuhrwerk war noch nicht am Ende des Weges angelangt, als sich die Tür leise öffnete.

Der Trunkenbold kam zum Vorschein. Epi, die Kartoffeln ausbuddelte, fing an zu singen: „Soll dich deine Frau nicht ärgern ... Heirate nicht ... Heirate nicht!“ Sie hielt inne, um ihren Vater anzusehen.

„Geh ein. Mittagsschlafchen halten, Vater!“

„Marlus Vitrol erwartet mich. Er hat mir was zu verkaufen.“

„Es ist zu heiß, ich rufe dich, wenn die Sonne nicht mehr so stark brennt.“

Er tat so, als gehorche er, war aber entschlossen, ungelesen durch den Ausgang zum Bierwäldchen zu entweichen.

„Armer Vater, so verloschen, so schwach! Wie schade, daß er nicht wie ich einen guten Onkel gehabt hat, um ihn zu leiten ...“

Gorgenvoll und schweigend arbeitet sie weiter. „Man ist doch nie zufrieden! Seht, wo ich wieder zuhig bin, wo ich durch meine Bemühungen wieder gesund bin und wieder lustig, seht, wie Franz mich liebt, muß ich mich um Vater grämen? Ach, wenn ich ihn doch vom Trunt heller könnte! Aber zuerst müßte ich ihn von Wasser heilen! Sobald der Pate mit eine Stellung verschafft, nehme ich Vater zu mir. Er soll wenigstens ein glückliches Alter genießen.“

Freidenkerwahlen ungültig

Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung nichtig erklärt

Vor dem Landgericht I in Berlin fand vorige Woche die Klage der Opposition im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung gegen die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung, die eine unerhörte Terrorisierung der oppositionellen Mitglieder und zum größten Teil deren Ausschluß aus dem Verband bedeuten, zur Verhandlung. Obwohl der Verbandsvorstand kein Mittel untersucht ließ, die Opposition in der schmutzigsten Weise zu infamieren und die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung als zu Recht bestehend verteidigte, fällt das Landgericht folgendes Urteil:

Sämtliche Wahlen und Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung vom 11. bis 16. Juli 1923 sind als nichtig erklärt.

Bei den Wahlen selbst wurde die oppositionelle Minderheit völlig ausgeschaltet und auf Vorschlag des Verbandsvorstandes nur Sozialdemokraten gewählt.

Alle diese Beschlüsse sind durch den Gerichtsbeschuß des Landgerichts I aufgehoben. Damit sind zugleich die vom Verbandsvorstand geforderten und durch die Generalversammlung bestätigten Ausschüsse der oppositionellen Mitglieder als ungültig erklärt. Das bedeutet, daß alle ausgeschlossenen wieder in den Besitz ihrer alten organisatorischen Rechte gelangen.

Der Opposition im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung erwächst jetzt die Aufgabe, die Vorbereitung und Durchführung einer neuen Generalversammlung mit ordnungsgemäßer

Wahl der Delegierten zu erzwingen und durch bestmögliche Massenmobilisierung die Voraussetzung für die Eroberung der Führung des Freidenkerverbandes durch die Opposition zu schaffen. Nur auf diesem Wege wird der Verband seine Aufgabe, Träger eines marxistischen Kulturprogramms zu sein und den Kampf gegen die Kulturreaktion zu führen, erfüllen können.

Es lebe die Einheit des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung!

Nieder mit den sozialdemokratischen Spaltungsprovokateuren!

Ungarische Weihnachts-Amnestie

Aus Budapest wird gemeldet, daß der Justizminister Pesthy zu Weihnachten eine Amnestieverordnung erlassen will. Auf die vorwichtige Frage eines bürgerlichen Journalisten, ob die verurteilten Kommunisten auch unter die Amnestie fallen, antwortete der Justizminister, daß man nicht daran denke, „Räuber und Mörder“ zu amnestieren.

Dabei bitten wir zu beachten, daß unter „Räuber und Mörder“ nicht etwa die raubenden und mordenden „Erwachenden Ungarn“ verstanden werden, sondern die wegen ihrer Ueberzeugung verurteilten Revolutionäre.

Aus aller Welt

Neue Erdhöhe in Ungarn

U. Sofia, 27. Dezember. Am Heiligen Abend wurden in der Gegend von Sitpan neue starke Erdstöße verspürt, die von einem unterirdischen Rollen begleitet waren. Viele Häuser zeigten Risse, auch sind Ramine eingestürzt. Die Bevölkerung der Gegend wurde von heftiger Panik erfaßt und hält sich trotz der großen Kälte und des vielen Schnees im Freien auf.

Beim Einbruch eingeschlagen

U. Greiz, 22. Dezember. Das nördliche Vogtland wird schon seit Anfang des Jahres von einem Einbrecher heimgesucht, der es vor allem auf Kleinhändlerische Anwesen abgesehen hat. Im benachbarten Gumbrecht gelang es endlich, den Dieb festzunehmen. Der Einbrecher hatte bei einem Gutbesitzer einen Einbruch verübt, war aber dabei eingeschlagen. Als der Besitzer des Anwesens am Morgen das Zimmer betreten wollte, fand er es verschlossen und die Fenster eingeschlagen. Der Einbrecher selbst war aber über seiner schweren Arbeit eingeschlagen und wurde erst durch das Geräusch aufgeschreckt. Es gelang ihm, durch das Fenster zu entfliehen, doch wurde er bald eingeholt und festgenommen. Es handelt sich um den stechrischen Einbrecher Ebert aus Röhrenbach, auf dessen Konto über 100 Einbrüche stehen.

Südpolischer Byrd erreicht die Giszone

U. New York, 27. Dezember. Wie die New Yorker „Times“ melden, teilte der Südpolische Byrd dem amerikanischen Flottenamt mit, daß er die amerikanische Flagge einige hundert Meilen südlicher aufgestellt habe, als je zuvor. Die nächste menschliche Ansiedlung liegt etwa 2400 Meilen von der Expedition entfernt. Er habe die Giszone erreicht und Eisvögel gesichtet, die höher als Schiffsmasten seien.

Vorbereitung zum bevorstehenden Nordpolflug

Die sowjetische Expedition der „Aeroartik“ hielt eine Sitzung ab, in der über verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung des bevorstehenden Nordpolfluges des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ beraten wurde. Zur Orientierung des Luftschiffes, das auch Gebietsstelle der Sowjetunion überfliegen wird, soll in den arktischen Wetterwarten und Funkstationen der Sowjetunion ein regelmäßiger Wetter- und Nachrichtendienst eingerichtet werden.

Ein Polizeiwachmeister schlägt seinen Sohn nieder

U. Berlin, 22. Dezember. Wie der „Lokalanzeiger“ aus Kassel meldet, hat in der Nacht vom Sonntag auf den Montag ein Polizeiwachmeister Rauh von der Schutzpolizei seinen eigenen 20-jährigen Sohn, der sich mit gleichgestimmten Freunden zu einem Boden- und Keller-

räuber ausgebildet hatte, festgenommen. Rauh legte seinem Sohn Handschellen an, die der junge Mann indessen auf der Straße abwarf, um sich während auf seinen Vater zu werfen und ihn niederzuschlagen. Der Hauptwachmeister aber zog seinen Dienstrevolver und feuerte zwei Schüsse ab, von denen der eine den Sohn in die Brust traf, so daß er schwer verletzt zusammenbrach.

Zwei Tote bei einem Zusammenstoß zwischen einem belgischen Rettungsboot und einem Dampfer bei Ostende. — U. Brüssel, 26. Dezember. Am zweiten Weihnachtstag ist in der Nähe von Ostende ein belgisches Rettungsboot, das einem in Seenot befindlichen Dampfer Hilfe bringen wollte, mit dem in Seenot befindlichen Schiff zusammengestoßen und gesunken. Von der vierköpfigen Mannschaft des Rettungsbootes sind zwei Mann ertrunken. Die Nationalität des Dampfers, der sich nach dem Unfall entfernte, konnte nicht festgestellt werden.

Schwere Stürme und Ueberschwemmungen in Belgien. — U. Brüssel, 27. Dezember. In der belgischen Küste wütete am Mittwoch ein schwerer Sturm. In der Gegend von Termontbe, die im vorigen Monat überflutet wurde, gab ein zwei Kilometer langer provisorischer Scheldebamm den Fluten nach. Wärdere sind damit beschäftigt, den Schaden auszubessern. Etwa 3000 Quadratkilometer stehen seit einem Monat unter Wasser.

Schwere Explosion in einem kalifornischen Filmatelier. — U. New York, 27. Dezember. In einem Filmatelier in Universal-City (Kalifornien) entzündete sich ein Filmstreifen von 2000 Fuß Länge, wodurch eine schwere Explosion verursacht wurde, die das Dach des Hauses in die Luft stiegen ließ. Die Filmschauspieler, die in den Nebenräumen arbeiteten, kamen mit dem Schrecken davon.

Die ersten Dinosaurier in Asien gefunden. U. Berlin, 20. Dezember. Nach einem Bericht Sven Hedin aus Urumtschi (Sichuan) an das Berliner Tageblatt, entdeckte der chinesische Geologe der Expedition südlich von Santai Ueberbleibsel von Dinosauriern aus der ältesten Jurassischen Zeit. Diese Entdeckung bezeugt Sven Hedin deshalb als sehr bedeutungsvoll, weil sie eine Lücke in der Kenntnis der geologischen Entwicklung des asiatischen Kontinents vor Millionen von Jahren ausfüllt.

500 000 Mark Franken für 13 Jahre Ehebruch. U. Paris, 20. Dezember. Ein Verkäufer Kaufmann hatte in seiner ehelichen Wohnung neben seiner Frau noch ein Fräulein unterhalten, die heute bereits über 40 Jahre alt ist. Die Gattin des Kaufmanns, der die Untreue ihres Mannes aufsehend zu lange dauerte, erhob die Feststellungsklage, die zur Verurteilung des Ehebrüchigen führte. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 500 000 Franken.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, d. 22. 12. bis Sonnabend, d. 29. 12. täglich 20.15 Uhr
Die Dreigroschenoper von Bert Brecht Musik von Kurt Weill
Montag, d. 24. 12. Geschlossen
Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend, 15.30 Uhr
Zu keinen Preisen!
Fips und Stips auf der Weltreise

Thalia-Theater

Von Sonnabend, d. 22. 12. bis Sonnabend, d. 29. 12. täglich 20.15 Uhr
Zum 1. Male
Einen Jax will er sich machen.
Poste mit Gesang von Johann Reitron
Montag, d. 24. 12. Geschlossen
Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend 15.30 Uhr
Zu keinen Preisen
Rumpelstilzchen (Hummer-Bummel)

Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Abendkonzert-Vorstellung Serie E 9
Schwanda, der Indischhändler

Kaufhaus Goldnes Zepher

Breslau, Klosterstraße 47
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Strümpfe
Crikotagen — Herren-Artikel
Leder — Schuhe — Bedarfs-Artikel
Lederhandlung
Max Wallasch, Frankfurter Str. 122

Quabis-Brot

macht Wangen rot
Schwarzbrot
Schwarzbrot

Möblierte und unmoblierte Zimmer
für alleinstehende Ehepaare ohne und mit Kindern sowie
Schlafstellen zur kostenlosen Vermittlung gesucht.
Angebote mit Preisangabe an
Fürsorge für Wohnungsbeschaffung
Magazinstraße 1-3.

Möbel

Küchen, komplett, 7-teilig
Schränke, poliert, 2-türig
Ausziehtische, polierte Stühle
Preisw. Schlaf-, Herd- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Anlege-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinstmöbel
Blener & Dührig
Süß- und Möbel / ca. detail, ca. gros
Mathiasstr. 107 u. Weinbergswald 18/20

Wandleibhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21
Bekleidung d. Anzüge, Wäsche
und Schmuckstücke

Molkerei Hermann Walter

Breslau, Gavigstraße 30
Milch — Butter — Eier — Käse

Fleisch- und Wurstwaren

Richard Krusch
Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49
Mathiasstraße 166, Ostlauer Str. 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Brennholz

Schwarten u. Säumlänge
gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse

Direkt aus der Fabrik

unser berühmter alter
Breslauer 35° p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandverschnitt 2.80
1a 38° p. per Liter M. 2.80
Jamaica-Rum-Verschnitt 2.80
38° p. per Liter M. 2.80
Blutroter Süßwein 1.25
kräftig u. süß, per Ltr. M. 1.25
Sämtliche Liköre und Weine zu
unübertroffenen Preisen

Herzberg & Co.

Göppersstraße 48, Blücherplatz 17/18,
Wigandstraße 3, Klosterstraße 64,
Leibnizstraße 10, Selenstraße 17

Lebweisse elegante

Frad — Gebett Betten
und Rock-Anzüge
Herm. Monhaupt
Rathstraße 11
Telefon 57082
früher Albrechtstraße

Sprechapparat und -Platten

speziell
Rot-Front-Mikrofon-Mische
Proletarische Lieder und
sämtliche neuesten Schlager
Georg Grenlich, Hummerel 52
neuerne Teilabteilungen

Lederhandlung

Simon Sachs
Hirsberg 1, Riesengebg.
Täglich
frischer Leder-Ausschnitt

Gustav Künzel

Kaufung a. d. Katsbach
Kolonial- und Gemischtwaren

Oskar Dietrich, Schmiedeberg

Niederstra. Nachfolger
Futtermittel, Kolonialwaren

„Dr. Selbt“ - Radio - Anlagen

Netzanschlußgeräte, Lautsprecher
Anoden-Tracken-Satelliten

Elektro-ingenieur

Max Jaekel + W. Altwasser
z. Zt. Hotel „Villa Nova“
Telephon 867

Heiz- und Wärme-Apparate

Akkumulatort-Ladung u. Reparatur
Magnet- und Zündlicht-Anlagen
sowie deren Reparatur
Taschenlampen-Batt. zu 0,45 u. 0,50 RM.

A. R. Strauss

Begrüßungs-Anstalt „Pietät“
Schweidnitz, Außere Kirchstraße 7
Fernsprecher 112
Särge: Leichenwäsche
Leichenwagen u. Träger
Überführungs-Auto

Severing hat's geschafft

Die Unternehmer-Presse ist zufrieden

Daß Severing seinen Schiedspruch vornehmlich im Interesse der Unternehmer fällen würde, war nach dem bekannten Vorgehen zu erwarten. Sein Nichterkenntnis hatte die „Blinde“ Vertrauen der Unternehmer und ihrer Presse, die ja wußten, was gespielt wurde. Jetzt, nachdem Severings Spruch öffentlich bekannt ist, atmet die gesamte bürgerliche Presse noch einmal ordentlich auf: Severing hat's geschafft! Deshalb spendet sie ihm nochmals Lob, und besonders die bürgerlich-demokratische Presse anerkennt ihn als „Retter der Staatsautorität“. So erklärt das „Berliner Tageblatt“:

„Die Deffentlichkeit nimmt mit Anerkennung für Severing zur Kenntnis, daß mit der bedingungslosen Annahme seines Spruches die in Mitteldeutschland gezogene Autorität des Staates wiederhergestellt wird!“

Die „Morgenpost“ stellt sich vor Freude auf den Kopf und riefelt: „Der Staat blieb Sieger! — Freiwillig haben sich die Eisenherren an der Ruhr unterworfen (?!), freiwillig binden sie sich an eine Vertragsdauer, die den Arbeitsfrieden auf fast zwei Jahre — eine ungewöhnlich lange Zeit (!) — sichert. Freiwillig verpflichten sie sich auch, Kündigungsbefehlen dem Partner mindestens einen Monat vorher mitzuteilen. Da zweimonatige Kündigungsfrist vereinbart ist, wird man sich also schon drei Monate vor dem gefährlichen Termin über alles in Ruhe unterhalten können.“

Jeder Arbeiter wird insbesondere nach dem Schiedspruch Severings den ganzen Schmelz, den die bürgerliche und SPD-Presse mit der Frage der Staatsautorität getrieben hat und jetzt wieder treibt, erkennen. Nur die wirtschaftliche und politische Macht, die ihre Vertretung in der Koalitionsregierung hat und faktisch die „Staatsautorität“ darstellt, war bei der Entscheidung Severings maßgebend und hat natürlich einen Sieg errungen. Nämlich, den Unternehmerinteressen ist in weitgehendem Maße Rechnung getragen und gegen die Arbeiterschaft entschieden worden. Das kommt vornehmlich auch in dem Jubel der bürgerlichen Presse über die lange Laufdauer des Tarifvertrags zum Ausdruck. Wir zitieren schon diesbezüglich die „Morgenpost“. Die „Vossische Zeitung“ schreibt noch deutlicher:

„Die Hauptfrage bleibt, der Arbeitsfrieden ist für lange Zeit gesichert, die Eisenwirtschaft ist wieder im Gang, und einer der unheilvollsten Konflikte in der deutschen Industrie ist endgültig beigelegt.“ (!)

Hier kommt deutlich die Beschleibung zum Ausdruck, daß Severing durch seinen Spruch die Hungerlöhne der Ruhrarbeiter auf Jahre hinaus festgelegt hat.

Die Unternehmerpresse hofft dazu, daß Severing bei seiner Tätigkeit so viel Erfahrungen gesammelt hat, daß er sich in der Koalitionsregierung dafür einsetzen wird, daß das Schlichtungswesen umgestaltet, d. h. noch reaktionärer im Sinne der Unternehmer verändert wird. Demgemäß schreibt die volksparteiliche „VZ“:

„Unverkennbar ist im übrigen die Einstellung des Ministers, der einer geschlichen Veränderung des Schlichtungswesens keineswegs unsympathisch gegenüberzustehen scheint.“ (!)

Die obigen Zitate sind nur ein paar Beispiele. Die schlesische und ober-schlesische bürgerliche Presse ist ebenfalls mit dem Schiedspruch zufrieden. Die Arbeiter können daraus erkennen, was es mit dem Beschrei der SPD-Presse, daß Severing den Forderungen der Arbeiterschaft weitgehend Rechnung getragen hat, auf sich hat. Der Severing'sche Schiedspruch ist nur geeignet, die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen den Reformismus, den besten Verbündeten der Bourgeoisie, vorwärtszutreiben.

Bauarbeiter protestieren gegen Unterfütterungsraub

Der Schandstreik gegen die Saisonarbeiter, der auf Initiative der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, des Arbeitsministers Wiffell und der SPD-Fraktion im Reichstag durchgeführt wurde, hat unter der Arbeiterschaft Empörung hervorgerufen. In allen Orten des Reiches protestieren die Arbeiter auf das entsetzteste gegen den Unterfütterungsraub.

In Chemnitz protestierten die Bauarbeiter in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung und forderten die volle Unterfütterung für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit. Im Bezirk Erzgebirge-Bohland fand eine Reihe öffentlicher Versammlungen statt, die einmütig gegen den Unterfütterungsraub durch die Koalitionsregierung Verwahrung einlegten.

In Leipzig hat sich die Protestaktion auf alle Betriebe ausgedehnt und führte zu Arbeitsniederlegungen, indem die Bauarbeiter von Zutritt auf dem Marktplatz eine Demonstrationsversammlung abhielten, an der 1000 Bauarbeiter teilnahmen. Überall wurden Resolutionen an die „Arbeiterzeitung“ und Protesttelegramme an die Reichstagsfraktion der SPD und SPD angenommen. Die „Leipziger Volkszeitung“, das „linke“ Organ, lehnte die Veröffentlichung der Resolutionen ab und verwies die Bauarbeiter an die Gewerkschaft.

Die baugewerblichen Verbände von Halle sandten ein Protesttelegramm an den Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, in welchem energig gegen den Raub an Unterfütterungen an den Bauarbeiter protestiert wird.

In allen Kundgebungen wurde der Gewerkschaftsbürokratie das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, da sie nicht das geringste zur Beseitigung dieser Ausnahmeverordnung getan habe.

Bauarbeiter, verstärkt die Protestwelle gegen die Mischgeschäften der Reichsanstalt und die Koalitionspolitik der SPD-Minister! Keine Gewerkschaftsversammlung, keine Bankette, die nicht zu dem Raub an Unterfütterungen an den Saisonarbeitern Stellung genommen hat. Verstärkt die auferparlamentarische Aktion gegen die Traubbourgeoisie und ihre Lakaien bis zur Beseitigung der Schandbestimmungen.

Polizeibeamte, die Opfer militärischer Spielerei

Vor wenigen Tagen wurde der Oberwachmeister Ströhm an in Göttha bei einer Handgranatübung tödlich verletzt. Ein Kollege des Getöteten schreibt in einem Bruderorgan in Göttha, dem „Thüringer Volksblatt“, über die Ursachen an dem Unglück. Er teilt mit, daß die Thüringer Landespolizei regelmäßige Handgranatübungen abhält. Diese Handgranaten sind altes Kriegsmaterial, also 10-15 Jahre alt und das Anzeigefähigste, was es gibt. Sie dürfen nicht ausgezählt werden, sondern müssen sofort nach dem Abzug fortgeworfen werden. Diesmal erfolgte das Kommando zum Handgranatenwerfen an einem frostigen Dezembertage, so daß den Beamten beim Ueben die Hände vor Kälte beif waren. Nur so erklärt sich das Unglück. Die Kollegen des Toten sind über ihre vorgewiesenen Stellen empört. Die Frau des toten

Kollegen stand kurz vor der Niederkunft. Die Beerdigungsfelder, die mit militärischem Pomp vor sich ging, war für sie eine Qual. Sie durfte ihren Mann nicht einmal mehr sehen, da er plötzlich zerfiel und entstelt war. Um die Witwe kümmert sich die Behörde nicht. Die Waise ist so dürrig, daß die Kollegen eine Sammlung veranstalteten, um ihr zu helfen. Die Beamten fordern, daß endlich Schluß gemacht wird mit militärischen Spielereien.

Nach dem Schiedspruch — Eisenpreis-erhöhung

Schon vor einigen Tagen teilte die „Deutsche Zeitung“ mit, daß die Eisenindustriellen ja nachdem, wie Severings Schiedspruch ausfallen würde, die Eisenpreise erhöhen wollten. Jetzt hat Severing seinen Schiedspruch gefällt. Trotzdem er fast restlos im Interesse der Unternehmer liegt, erklärt die schweizerische Presse und die sie imitierende süddeutsche Telegraphen-Union, daß die geringe Lohnerhöhung für die Zeilohnarbeiter in Severings Schiedspruch trage. Dieses plumpe Manöver läuft in erster Linie darauf hinaus, der Deffentlichkeit die Notwendigkeit einer neuen Eisenpreiserhöhung plausibel zu machen. Die „Vossische Zeitung“ berichtet darüber: „Es hat jedoch den Anschein, als trage man sich in Arbeitgeberkreisen bereits mit dem Gedanken, die Mehrbelastung, die durch den Zustand hervorgerufen wurde, durch eine teilweise Eisenpreiserhöhung abzuwälzen.“

Nach anderen Pressemitteilungen will der Arbeitgeberverband der Eisenindustriellen Nordwest in den nächsten Tagen zum Schiedspruch Stellung nehmen, und gleichzeitig die Entscheidung über die Eisenpreiserhöhung treffen. — Es ist klar, diese Eisenpreiserhöhung, die in ihrer Auswirkung zu einer neuen Massenbelastung führen muß, wird den Unternehmern an der Ruhr nicht nur einen „Ausgleich“ für die jetzt festgelegte geringe Lohnhöhung bringen, sondern darüber hinaus ihnen noch Millionen Mehrgewinn sichern. Nach dem bisherigen kann niemand daran zweifeln, daß die Koalitionsregierung der Eisenpreiserhöhung ihre Zustimmung geben wird.

Gekler fordert

„Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet.“

Die deutsche Bourgeoisie hat mit großer Fähigkeit ihre Wehrmacht ausgebaut und hat dabei zwar die Fesseln des Versailler Vertrages berückichtigt, es aber doch verstanden, über den Rahmen des Vertrages hinaus die Wehrmacht, legal und illegal, auszubauen. Das kann an Dutzenden von Beispielen illustriert werden. Bisher geschah das unter dem Deckmantel der Forderung nach Abrüstung der anderen Staaten, nachdem der Versailler Vertrag für Deutschland bestimmte militärische Grenzen zog. Stresemann wurde nicht müde, im Völkerverband, dieser Abrüstungsgesellschaft zur Ausplünderung der kleinen Nationen, die Abrüstung der anderen imperialistischen Räuber zu erlangen. Jetzt geht die Bourgeoisie in einem Schritt weiter und verlangt „Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet“.

Reichswehrminister a. D. Gekler, der bekanntlich über die großen Unterstellungen in der Wehrmacht gestolpert ist, hat in München vor dem Jungadambühnen Club über den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht gesprochen. Nach einem Bericht der „Berliner Vorkriegszeitung“ ging er den außen- und innenpolitischen Wurzeln der Entwicklung der deutschen Wehrmacht nach, kritisierte die Einstellung der verschiedenen Mächte zu den Abrüstungsdebatten und betonte zu der innenpolitischen Frage, eine Regierung, die sich auf das Meer verlassen wolle, dürfe nicht ländig vom Abbau des Heeres reden und jede Heeresausgabe bekämpfen... Deutschland könne nur immer wieder Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet verlangen.

Das ist deutlich! Diese Forderung nach „Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet“ entspricht durchaus dem gegenwärtigen Stärkeverhältnis der deutschen Bourgeoisie zu den anderen imperialistischen Staaten, und wenn die Arbeiterschaft das nicht verhindert, wird in absehbarer Zeit die deutsche Bourgeoisie eine Ausführung betreiben, wie dies in anderen imperialistischen Ländern heute schon geschieht.

Diese Entwicklung fördert die SPD. Der nächste Parteitag soll sich mit der Wehrfrage beschäftigen, und es ist heute schon klar: die Koalitionsminister werden ein aktives Wehrprogramm beschließen, und theoretisch das rechtfertigen, was sie heute praktisch tun.

4500 Mark pro Pfaffen, 1.50 Mark pro Erwerbslosen

Im Thüringer Landtag lagen vor einigen Tagen Anträge der kommunistischen Fraktion vor, die verlangten, daß erstens sämtlichen Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe von 25 Mark bis zum 15. Dezember ausbezahlt ist, und außerdem ein Antrag, die Krifenfürsorge auf 30 Wochen zu verlängern.

In der Begründung der Anträge wurde seitens der kommunistischen Fraktion festgestellt, daß es in Thüringer Landesteilen gibt, in denen 25 Prozent der Arbeiterschaft seit neun Monaten arbeitslos sind. Wo eine Verfügung für die Arbeiter günstig ist, wird sie nicht angewendet, dagegen aber ungünstige Bestimmungen sofort verfügt. Seit Juli hat sich in Thüringen die Erwerbslosenzahl verdoppelt. Das Gesetz gibt in solchen Fällen die Möglichkeit, die Erwerbslosenunterstützung auf 30 Wochen zu verlängern. Davon wurde kein Gebrauch gemacht.

Für 67 000 Erwerbslose sind 100 000 Mark eingelegt, d. h. 1.50 Mark für den Mann. Zu gleicher Zeit aber will die Regierung 3,6 Millionen für die Inflationsentschädigung von 800 Pfarrern hergeben, jeder Pfarrer soll mindestens 4500 Mark Aufwertungsgehalt bekommen.

Die Sozialdemokraten zeigen auch hier, daß sie für die Not der Erwerbslosen nicht das geringste Verständnis aufbringen. So verteidigte a. D. der Abgeordnete Lutz die Unterfütterung der Bedürftigen bei der Unterfütterung von Erwerbslosen und die Forderung der Rückzahlung. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Kommunisten über die Ausdehnung der Krifenfürsorge abgelehnt, ebenso der Antrag auf die Winterbeihilfe.

Wie es, Bernard Shaw in Ungarn ergehen würde

Bernard Shaw hat jüngst anlässlich der Jahnjubiläumfeier der tschechoslowakischen Republik auch einige, übrigens ziemlich zahme, kritische Bemerkungen über das gegenrevolutionäre Regime in Ungarn fallen lassen. Die ungarische Regierungspresse war darüber maßlos erbittert und richtet seither eine unaufhörliche Schimpfkanonade gegen den Dichter. Zuerst verurteilten die Londoner Emigranten der Behlender-Regierung Bernard Shaw durch „aufklärende“ Zuschriften unzulässig. Da diese Versuche mißlingen, will jetzt das führende und vornehmste Organ der Regierung, der „Pester Lloyd“, beweisen, daß Bernard Shaw ein ganz gemeiner — kommunistischer — Oberregierungsrat Tolnai schrieb in dieser Zeitung:

„Bernard Shaw hat abscheuliche Dinge über Ungarn behauptet. Es war eine vergebliche Mühe, mit ihm zu diskutieren... Seine ganze Ueberredungskunst und sein Geschick bestehen eben darin, die Dinge völlig zu verdrängen... Als die ganze geistige Menschheit vor den bolschewistischen Greueln erschauerte, wurde Bernard Shaw zum Kommunisten und verteidigt ganz offen und unverhohlen die gemeinsten Untaten Moskaus. In Ungarn oder in verschiedenen anderen Ländern hätte man ihn wahrscheinlich hinter Schloß und Riegel gesteckt, und die Gesellschaft hätte ihn konfiszieren.“

In der Tat sind in Ungarn weit weniger Kritiker des Terrorregimes eingekerkert und halb tot geprügelt worden. Die tschechoslowakische

formationen der Univeritätsstudenten haben nun gegen Bernard Shaw den strengsten Boykott verhängt. Seine Werke dürfen nicht mehr in Theatern vorgeführt und nicht einmal in den Schaufenstern der Buchhandlungen ausgestellt werden. Es ist zu erwarten, daß die politische Polizei bald in den Gewerkschaftsbürokraten überfallartige Hausdurchsuchungen vornehmen wird, um die „kommunistischen Geheimschriften“ Bernard Shaws zu konfiszieren und auf den Scheiterhaufen zu werfen.

Neuer Anschlag auf die RWZ.

Von O. S.

Nach der Einstellung einer Reihe von kommunistischen Blättern bietet die Bourgeoisie alles auf, um durch ihren Staatsapparat und durch sächsische Methoden die RWZ materiell noch schärfer zu treffen. Es ist beabsichtigt,

die Par-Druckerei in Prag lahmzulegen,

und zwar durch ein Gerichtsverfahren gegen den Genossen, auf dessen Name die Konzeption läuft, um diese zu liquidieren und die Druckerei stillzulegen. Gestern wurde die erste beratige Anlage verhandelt, und der betreffende Genosse, auf dessen Namen die Konzeption lautete, wurde zu 15 Tagen Arrest verurteilt, weil er angeblich die Pflichten hinsichtlich der Vorlegung aller Druckschriften bei der Zensur nicht erfüllt. Dies ist natürlich nur ein Vorwand. Wegen den betreffenden Genossen liegen jedoch noch mehrere solcher Anlagen vor, und wie die Praxis schon seither bewies, wird er bei diesen Prozessen sicher verurteilt werden. Laut dem Befehl kann aber das Gericht, wenn der Inhaber irgendeiner Druckerei oder der Konzeption dreimal wegen Nichterfüllung seiner Pflichten über der Konzeption dreimal wegen Nichterfüllung seiner Pflichten verurteilt ist, diesem die Konzeption entziehen. In einem solchen Fall darf ein betätigter Inhaber einer Druckerei seinen Betrieb nicht mehr weiterführen und die Druckerei kann, falls niemand anderes für einen solchen Betrieb die Konzeption erwirbt, geschlossen werden. Es ist selbstverständlich, daß bei der Parteidruckerei niemand die Konzeption erhalten kann, weil, falls sich jemand um diese Konzeption bemühen sollte, das Gewerbeamt ihm das Recht zur Konzeption nicht erteilen wird. Die Behörden wollen jetzt erreichen, daß der einzige Genosse, welcher die Konzeption hat, derselben beraubt wird.

Kriegsvorbereite der Tschechoslowakei

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch weist gegenwärtig zu einem politischen Besuch in Paris. Er hatte nicht nur eingehende Aussprachen mit dem Innenminister Tardieu, sondern auch mit Marshall Foch. Foch ist der militärische Leiter der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Wir haben vor wenigen Tagen berichtet, daß das amtliche Organ des tschechischen Kriegsministeriums eine Kampagne eröffnele für die Notwendigkeit der Einbeziehung der Tschechoslowakei in die militärische Front gegen die Sowjetunion.

In der Ausschussung des tschechoslowakischen Parlaments kam es am 20. Dezember zu stürmischen Auseinandersetzungen, als der Genosse Stern für den Klub der kommunistischen Abgeordneten kategorisch verlangte, ein Vertreter der Regierung möge zu den bekannten Artikeln in dem Organ des Kriegsministeriums „Vece“ Stellung nehmen. Der Vorsitzende des Ausschusses, der tschechische Sozialdemokrat Tomasek, wollte dem Genossen Stern das Wort nicht erteilen. Auch der Sozialdemokrat Dr. Gzedj vermehrte sich gegen das Auftreten des Genossen Stern. Die tschechischen Sozialdemokraten stimmten gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen den Antrag des Genossen Stern, ebenso wie gegen einen Antrag Gzedj, der forderte, daß Benesch über die letzten Waffenschmuggelaffären nach Ungarn berichtet. Die sozialdemokratischen Führer haben sich hier wieder als Helfer der Bourgeoisie bei ihren Kriegsvorbereitungen entlarvt.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Dezember nahm der kommunistische Abgeordnete Jilek das Wort und enthüllte in einer großen Rede die antibolschewistischen Feldzugspläne der tschechoslowakischen Bourgeoisie.

Vom Gewerkschaftstongreß der USGA.

Moskau. Die hiesige Presse bringt jetzt das Schlußwort des Genossen Tomski auf dem VIII. Gewerkschaftstongreß der Sowjetunion nach den Debatten zu seinem Referat. Genosse Tomski geht u. a. auf die Ausführungen Traumaels, des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des norwegischen Gewerkschaftsrates, ein. Bekanntlich hat Traumael erklärt, der norwegische Gewerkschaftsrat werde nur dann ein Bündnis mit den Gewerkschaften der Sowjetunion schließen, falls diese die Zusammenarbeit der norwegischen Gewerkschaften mit den der Amsterdamer Internationale angeschlossenen dänischen und schwedischen Gewerkschaften nicht fördern sollte. „Ich glaube“, erklärte Genosse Tomski, „daß die norwegischen Arbeiter ein Bündnis mit der Arbeiterschaft der Sowjetunion wünschen und sich bei der Entscheidung durch andere Erwägungen werden leiten lassen als Traumael.“ Unter stürmischem Beifall erklärte Genosse Tomski, daß die Politik des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion keine Zuspitzung, sondern eine Klassenpolitik war.

Die Textilarbeiter protestieren

Leipzig. Am Montag voriger Woche fand hier eine Textilarbeiter-versammlung statt, die zur Lage in der Textilindustrie Stellung nahm. Nach ausgiebiger Diskussion wurde eine Protestresolution gegen die Verbindlichkeitsklärung des sächsischen Textilschiedspruches angenommen.

Chemnitz. Am vorletzten Sonntag fand hier eine Textilarbeiterkonferenz statt, die von allen Chemnitzer Textilbetrieben besucht wurde. Einstimmig wurde eine Entschließung gefaßt, die die gesamte sächsische Textilarbeiterchaft aufrief, trotz der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches den Kampf für die Forderungen der Gewerkschaftsopposition aufzunehmen. Eine öffentliche Textilarbeiter-Sundversammlung in Chemnitz, die von guter Kampfstimmung getragen war, nahm einstimmig eine Resolution an, die sich gegen die verräterische Handlungsweise der Reformisten wendet und die Textilarbeiter auffordert, betriebweise den Kampf aufzunehmen. Die Monatsversammlung des Textilarbeiterverbandes Dresden faßte eine Resolution, in der auf das schärfste gegen die Annahme des Schiedspruches durch den Textilarbeiterverband protestiert wird.

Die am 18. Dezember in Elberfeld stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften sind gescheitert. Unter allen Umständen wollen die Textilarbeiter einen Lohnabzug von 8 1/2 Prozent durchsetzen. Am Donnerstag, dem 20. Dezember, finden die Verhandlungen vor der Schlichtungskammer in Elberfeld statt. Es dürfte zweifellos vom Schlichter ein genau so arbeitereindlicher und reaktionärer Schiedspruch wie die bisher in den Textilbetrieben gefällten, auch in Elberfeld für die Wuppertaler Textilarbeiter herauskommen. In Frage kommen etwa 55 000 Arbeiter. Die Forderungen der Arbeiter betragen 15 Prozent.

Die Militärpolitik der Kommunisten

Von K. Schmidt

I. Sozialdemokratische „Wehrdebatten“ und ihr Hintergrund.

Gegenwärtig finden wir in den sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften eine rege Diskussion über die „Wehrfrage“. Der im Frühjahr stattfindende Parteitag der SPD. soll ein „Wehrprogramm“ schaffen, eine besondere Kommission leistet die nötigen „Vorbereitungen“ usw. Diese merkwürdige Geschäftigkeit findet eine sehr einfache Erklärung: Wenn Könige bauen, haben die Kärner zu tun. Die Bourgeoisie rüstet zu einem neuen imperialistischen Krieg. Die Sozialdemokratie aber hat die Aufgabe, die notwendigen ideologischen Voraussetzungen zu schaffen, die Rüstungspolitik theoretisch zu begründen, das Proletariat in die neue Massenmobilisierung einzulassen.

Die Bourgeoisie hat aus der revolutionären Zerlegung der Armeen im letzten imperialistischen Kriege gelernt. Sie ist in fast allen imperialistischen Ländern dabei, einen neuen Typus der Armeen zu schaffen: den Typus des Söldnerheeres aus ausgewählten, verlässlichen Elementen, das als Kadre und Detachment dient und durch eine neue, bisher unerhörte Militarisation der Massen, auch der Frauen und der Jugend, ergänzt wird. Der erste Teil dieser Militärreform ist leicht zu lösen; er war in England schon vor dem Weltkrieg vorhanden, ist in Deutschland durch den Versaillesvertrag „aufgezwungen“ und in Frankreich durch das Gesetz über die Kadres vom Jahre 1927 geschaffen worden. Viel schwieriger ist es, die Militarisation der breiten, vorwiegend proletarischen Massen durchzuführen. Dies vermag die Bourgeoisie nicht ohne Hilfe der Sozialdemokratie. Der Sozialdemokrat Paul Boncour hat diese Arbeit für den französischen Imperialismus mit den berichtigten Militärgesetzen begonnen. Die deutsche Sozialdemokratie tut für den neuen deutschen Imperialismus durch ihre Reichsbannerpolitik das Gleiche. Die Dedung und Durchführung der Aufrüstung des deutschen Imperialismus und speziell der neuen Militarisation der proletarischen Massen — das ist die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Koalition. Die reaktionäre „Berliner Börsen-Zeitung“ spricht dies mit voller Offenheit aus:

Zur Aufstellung und Durchführung dieses Programms d. h. der imperialistischen Aufrüstung, R. S.) gehört Mut. Ihn anzubringen, auch gegen Widerstände von unten, sollte denen nicht schwer fallen, die das System der parlamentarischen Demokratie nach oben getragen haben in die Spätphase verantwortungsvoller und verantwortungsbewusster Arbeit am Staat. Sewering hat kürzlich im Reichstag das Wort gesprochen: „Es schadet nichts, wenn Männer, die im öffentlichen Leben haben, eine Art Initiative entwickeln.“ Hier ist eine Gelegenheit dazu.“

(„Berliner Börsen-Zeitung“ vom 5. Dezember 1928.)

In der Panzerkreuzeraffäre hat die Sozialdemokratie anfangs recht ungeschickt manövriert und eine schwere Schlappe davongetragen. Große Teile ihrer Mitgliedschaft haben rebelliert. Nun soll durch ein „Wehrprogramm“ die Unterstützung der imperialistischen Rüstungspolitik besser, „theoretisch“ verkleidet und gerechtfertigt, es soll die „wissenschaftliche“, „sozialistische“ Plattform für den neuen Militarismus, für den kommenden Krieg geschaffen werden.

Dies ist die Ursache der großen Artikel in der sozialdemokratischen Presse über das „Wehrproblem“. Gerade die „Linken“, wie Paul Levi, Max Adler, Bielig usw., machen dabei den größten Lärm und wenden die raffiniertesten Methoden zur Täuschung der Massen an. Wir werden dazu noch Beispiele anführen.

Diese „mehrpolitische“ Phrasendrecherei der Sozialdemokratie erscheint in einem besonderen Licht, wenn man beachtet, daß die Rüstungen und Militärreformen aller imperialistischen Staaten schon heute vor allem einen neuen Typus des Krieges ins Auge fassen: den konterrevolutionären Klassenkrieg gegen den „asiatischen Bolschewismus“, gegen die Sowjetunion, einen Krieg, der von vornherein mit dem offenen Bürgerkrieg gegen das „eigene“ revolutionäre Proletariat verbunden sein wird. Es ist klar: Die ideologische Vorbereitung dieses Krieges ist eine Aufgabe, die am besten die Sozialdemokratie lösen kann.

Wenn wir Kommunisten gegenwärtig ebenfalls die Militärfrage vor den Massen anzustellen — und das müssen wir tun — so hat dies einen ganz und gar anderen Sinn als die gegenwärtige militärpolitische Geschäftigkeit der SPD. Wir wollen dabei nicht nur die sozialdemokratischen Manöver entlarven, sondern zugleich, anknüpfend an die Maßnahmen der imperialistischen Militärpolitik, unser revolutionäres Militärprogramm in die Massen tragen.

Der VI. Weltkongreß der Komintern hat uns dies zur Pflicht gemacht und in seinen Kriegserkenntnissen (besonders im 3. Abschnitt) eine Anleitung und theoretische Grundlage für diese Arbeit gegeben.

II. Gegen die Vaterlandsverteidigung — nicht bloß mit Worten!

Die „Wehrpolitik“ aller Sozialdemokraten — auch der „Linken“ — unterscheidet sich nur durch Schattierungen und die angewandten Parolen, höchstens durch die vorgeschlagenen Mittel, von der Wehrpolitik der bürgerlichen Parteien. Ihr Grundgedanke und ihr Zweck ist derselbe: die „Verteidigung des Vaterlandes“, die — solange der Kapitalismus herrscht — nur eine Verteidigung der Bourgeoisie, der Ausbeutung und Unterdrückung ist. Die Rechten, wie Staupfer, Sewering, Höfmann, legen dies offen. Die „Linken“ aber machen die Frage von der „Rechtlichkeit im Parlament abhängig, oder sie reden von einer „revolutionären“ Vaterlandsverteidigung in einem imperialistischen Krieg. So schreibt z. B. Paul Levi:

„Das Bestehen kapitalistischer Regierungen an der Spitze eines im seine Freiheit kämpfenden Volkes hemmt die Hochentwicklung der Volkskraft. Erst die Beilegung dieser Regierung nimmt der Wehrkraft der breiten Massen die letzten Fesseln. Der revolutionäre Krieg, welcher den Sturz der kapitalistischen Regierung bringt, erhebt den Willen und die Kraft eines Volkes zu keiner höchsten Höhe.“

(„Der Klassenkampf“ Nr. 23 S. 707.)

Was soll dieses Gefasel von einem „revolutionären Krieg“ und „im die Freiheit kämpfenden Volk“ im gegenwärtigen imperialistischen Deutschland? Es ist klar: auch dieser „Linke“ steht auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung, die gegenwärtig nichts anderes als eine Verteidigung des Imperialismus sein kann.

Die „Wehrpolitik“ der Kommunisten in den imperialistischen Ländern unterscheidet sich von allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Wehrprogrammen nicht bloß durch den Grad ihres „Radikalismus“, sondern grundsätzlich; sie ist deren genaues Gegenteil. Ihr Ziel ist nicht die Landesverteidigung, auch nicht in den „demokratischen“ und „revolutionären“ Formen. Sie verneint diese Landesverteidigung, solange die Bourgeoisie herrscht, sie tritt konsequent für die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg ein, und zwar nicht nur platonisch. Ihr Ziel ist die Bewaffnung des Proletariats, der gewaltsame Sturz und die Entwaffnung der Bourgeoisie. Die kommunistische Wehrpolitik ist international. Die Kommunisten aller imperialistischen Länder verfolgen dieselbe Politik. Ihre zentrale internationale Aufgabe ist gegenwärtig die Verteidigung der Sowjetunion und im Kriegsfall deren Sieg über die kapitalistischen Segner.

III. Nicht „Demokratisierung“, sondern Sprengung!

Die Hauptforderung des sozialdemokratischen „Wehrprogramms“ ist die sogenannte Demokratisierung der Reichswehr. „Unser Kampf geht nicht gegen, sondern um die Reichswehr“ — so lautet das Schlagwort der Hilferding, Sewering usw. Aber auch die „Linken“ vertreten diese Forderung der „Demokratisierung“ — wenn auch mit etwas anderen Worten. So schreibt der Austromarxist Max Adler (im „Klassenkampf“ Nr. 23, S. 710), daß es nötig sei, diese Forderung „insbesondere zum Angelpunkt jeder Koalitionspolitik zu machen“. Wo ist hier ein Unterschied zwischen „rechts“ und „links“? Wenn er die Formel des Heidelberger Programms: „Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik“ für „illusorisch“ erklärt, und an ihre Stelle setzt: „Nur eine sozialistische antimilitaristische Aufrüstung (nebenbei: nicht in, sondern nur außerhalb der Armeen! R. S.)... wird und muß schon die Querschnitte erfassen, aus denen die Wehrmacht im Klassenstaate sich immer wieder ergänzt, und wird somit die Vorbedingung einer Umgestaltung derselben (der Wehrmacht, R. S.) von innen heraus schaffen“ — so ist das im Wesen das Gleiche: nämlich Umgestaltung der Wehrmacht „im Klassenstaate“, d. h. bei Erhaltung und Verteidigung des Klassenstaates.

Die Kommunisten stellen diesen reformistischen Auffassungen die Lehre des Marxismus gegenüber: die Armee ist nichts anderes als ein Teil des Staats, des „geschäftsführenden Ausschusses“ der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats. Wie auch die demokratischste bürgerliche Republik ein Unterdrückungsapparat ist, so ist auch die demokratischste bürgerliche Armee (auch die allgemeine Volksmiliz) eine Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Friedrich Engels hat — im Gegensatz zu diesem „linken“ Max Adler — nicht von der „Umwandlung“ der bürgerlichen Armee gesprochen, sondern von ihrer „Sprengung von innen heraus“, er hat dem Proletariat nicht die Aufgabe gestellt, „den Wehrapparat (von der Bourgeoisie, R. S.) zu übernehmen und nötigenfalls auszubauen“ (Max Adler), sondern ihn zu zerstören. Dies war die grundlegende Lehre, die Marx aus der Pariser Kommune zog und die die russische Revolution praktisch auf größter Stufenleiter befolgt hat. Auf ihrem Boden steht auch die Militärpolitik der Kommunisten.

Das heißt aber keineswegs, daß wir auf alle demokratischen Teilforderungen verzichten. Im Gegenteil, wir stellen eine ganze Reihe solcher Forderungen auf: politische Rechte für die Soldaten, Recht auf gewerkschaftliche Organisation usw.; aber ihr Ziel ist ein ganz anderes! Darüber sagen die Thesen des VI. Weltkongresses:

„Die demokratischen Teilforderungen, auf die das Proletariat keineswegs verzichtet, gewinnen einen ganz anderen Charakter als zur Zeit der demokratischen Revolution, ihr Ziel ist nicht die Demokratisierung der Armee (bzw. Miliz), sondern ihre Zerlegung.“

Unter diesen Teilforderungen zur Mobilisierung der Massen zählen die Thesen des VI. Weltkongresses noch auf:

„Auflösung der Söldnerheere, Kader und Keratruppen. Entwaffnung und Auflösung der Gendarmen, Polizei und anderer spezieller Bürgerkriegstruppen. Entwaffnung und Auflösung der kapitalistischen Verbände.“

Aber ist „Auflösung der Reichswehr“ nicht auch die Lösung einiger „linken“ Sozialdemokraten? Richtig: der pazifistische Flügel der „Linken“ vertritt diese Idee als Konkretisierung der illusionären Forderung der Abrüstung. Wir aber verbinden sie mit den Forderungen: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats.

Im übrigen handelt es sich nicht nur um Worte, sondern um Taten. In ihren phrasenreichen Reden haben einige der „linken“ Führer in letzter Zeit sogar mit der Bewaffnung des Proletariats gespielt. Aber keiner hat den Punkt berührt, auf den es gegenwärtig praktisch ankommt: das Zerbrechen des bürgerlichen Staatsapparates, die revolutionäre Arbeit in den Armeen.

IV. Gegen die Forderung der Volksmiliz

Die militärpolitische Forderung der II. Internationale war: Auflösung der stehenden Heere, Volksmiliz. Gerade im Namen dieser Tradition von Bebel und Jaurès haben die französischen Sozialdemokraten die Armee reform entworfen und bewilligt. In Deutschland hat die offizielle Sozialdemokratie bis jetzt im allgemeinen diese Parole abgelehnt, weil sie der deutschen Bourgeoisie vorläufig noch nicht paßt. Aber einige „linke“ Sozialdemokraten haben dennoch diese Forderung als „Erneuerung der alten revolutionären Parole“ aufgestellt und es ist sehr wahrscheinlich, daß die SPD. zu gegebener Zeit dieselbe demagogisch verwenden wird, wie ihre französische „Brüderpartei“. Es ist daher unsere Pflicht, die Forderung der Miliz in aller Schärfe zu bekämpfen. Die Kriegsthesen des VI. Weltkongresses sagen über diese Milizlösung:

Die Forderung der Volksmiliz, die der Epoche der Bildung der Nationalstaaten in Europa entsprach, befähigt in Verbindung

mit der Forderung der Auflösung der stehenden Heere noch eine revolutionäre Bedeutung, solange der Zersetzungs- und Abwärtstrend eine reaktionäre Drohung für Europa bildet (bis zur Jahrhundertwende). Mit dem Heranreifen des Imperialismus wird diese Lösung unzulänglich und schließlich zu einer chauvinistischen Parole (Hyndman, 1912).“

Auch die Miliz ist eine Form der Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat, sie muß genau so bekämpft werden, wie die stehenden Heere.

Prüfen wir nun die Lage im heutigen Deutschland! Man könnte mit „revolutionären“ Argumenten kommen: das deutsche Proletariat kennt nicht mehr den Gebrauch der Waffen, wie will es eine Revolution machen? Daher müssen wir „für die allgemeine Wehrpflicht in Form der Miliz“ (Heinrich Brandler in seinem Entwurf zu einem Aktionsprogramm, „Kommunistische Internationale“ 1927, Heft 2) eintreten. Auch würde unsere revolutionäre Arbeit leichter sein als im Söldnerheer. Darauf lagen die Thesen des 6. Weltkongresses:

„Die demokratische Miliz, die allgemeine Wehrpflicht, die militärische Jugendberziehung, alles einmal Forderungen der revolutionären Demokratie, sind heute reaktionäre Maßregeln zur Unterdrückung der Massen, zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges, sie müssen aufs Schärfste bekämpft werden. Dies gilt auch in jenen Ländern, in denen die Bourgeoisie zu Söldnerheeren übergegangen und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft ist (z. B. Deutschland). Obwohl die allgemeine Wehrpflicht die revolutionäre Arbeit erleichtert und die Arbeiter im Waffengebrauch üben würde, können die Kommunisten in einem imperialistischen Lande sie nicht fordern, sie müssen sie ebenso bekämpfen, wie das System der Söldnerheere.“

Im übrigen ist es sicher, daß die deutschen Imperialisten — und mit ihnen die deutsche Sozialdemokratie — sehr bald wieder die allgemeine Wehrpflicht (vielleicht eben in der Form der Miliz) zu ihrem Programm machen werden (natürlich bei Aufrechterhaltung der Reichswehr, als Reserve). Die Forderung der Miliz im gegenwärtigen Deutschland aufstellen, heißt daher, in die Fußstapfen der Sozialchauvinisten treten.

Die Kommunisten kämpfen gegen Miliz und allgemeine Wehrpflicht. Aber wie? Etwa wie die Pazifisten unter den „linken“ Sozialdemokraten, die sofortige Abrüstung fordern? Nein. Wir stellen der imperialistischen Massenmobilisierung die Lösung der Bewaffnung des Proletariats entgegen. Wir treten — wie Lenin sagt — nicht für eine bürgerliche, sondern für eine proletarische Miliz, eine Klassenmiliz der Werktätigen unter der Führung des Proletariats ein.

Wie ist aber diese Lösung „proletarische Miliz“ (oder „Werttätigenmiliz“) zu verstehen? Ist dies ein Ersatz für die alte Lösung der Volksmiliz, eine demokratische „Etappe“ auf dem Wege zur Bewaffnung des Proletariats? Darüber sagen die Thesen:

„Die Parole der proletarischen Miliz (Werttätigenmiliz, Arbeiter- und Bauernmiliz) ist für die imperialistischen Länder nur eine andere Form der Parole der Bewaffnung des Proletariats und entspricht einem notwendigen Durchgangsstadium der Militärpolitik der proletarischen Revolution in der Periode vor der Schaffung der Roten Armee. In nicht unmittelbar revolutionärer Situation bezieht sie sich bloß propagandistische Bedeutung. Doch kann sie auch dann im Kampfe gegen den Faschismus aktuell werden.“

V. Die Bewaffnung des Proletariats.

Es wäre also auch grundfalsch, die Milizforderung der alten II. Internationale nur durch das Wort „Werttätigenmiliz“ zu ersetzen. Von der Regierung Hindenburgs und Müllers die proletarische Miliz, also die Bewaffnung des Proletariats, fordern — wäre zweifellos lächerlich. Daher sagen die Thesen mit Recht:

„In jedem Falle aber ist die Lösung der proletarischen Miliz oder Werttätigenmiliz ein Appell an die proletarischen Massen selbst und nicht eine Forderung an die bürgerliche Regierung. Daher ist es nur in Ausnahmefällen richtig (z. B. sozialdemokratische Regierung in Ländern oder Gemeinden, sozialdemokratische Mehrheiten im Parlament und in den Massen), ihre Schaffung als Forderung an die Regierungen oder Parlamente zu richten. Die Aufstellung solcher Forderungen unter diesen Bedingungen ist aber nur ein Mittel zur Entlarvung der sozialdemokratischen Parteien.“

Die unbedingt klare Stellung dieser Frage ist deshalb unerlässlich, weil die Sozialdemokratie — wie im Ruhrkampf im Mai 1923 und in Wien nach dem Aufstand im Juli 1927 — in revolutionären Situationen zur Schaffung von gelben „Arbeiterwehren“ aus ausgefuchten, unklaren oder bestochenen Arbeiterelementen gegen das Proletariat übergehen wird. Schon heute sehen wir eine Tendenz, sogar die kommende imperialistische Aufrüstung mit ähnlichen, schamlos verlogenen Parolen zu decken. So forderte z. B. der sozialdemokratische Volksbeauftragte Schöningher kürzlich die Schaffung einer „proletarischen Armee“ in Deutschland durch den imperialistischen — Wehrminister Groener!

Es ist unsere Aufgabe, schon heute gegen derartige konterrevolutionäre Manöver einen scharfen Kampf zu führen.

Die Bewaffnung des Proletariats kann nur das Werk der proletarischen Massen selbst sein unter Führung der kommunistischen Partei. Sie ist die unerlässliche Voraussetzung der proletarischen Revolution und wird in der ersten Phase die Form von proletarischen Milizen, Arbeiterwehren, Roten Garden annehmen. Erst nach dem Sieg der Revolution wird die Organisation einer regulären Roten Armee möglich sein.

Dies sind einige Hauptfragen der Militärpolitik der Kommunisten. Es ist die Aufgabe der Partei, in den kommenden Wochen und Monaten an Hand der Kriegsthesen des VI. Weltkongresses eine wirklich gründliche innere Schulung und eine breite Massenpropaganda, vor allem in den Gewerkschaften und den Betrieben, durchzuführen. Ueberall muß die Frage der Kriegsgefahr gestellt und die sozialimperialistische Wehrpolitik der Sozialdemokratie gebrandmarkt werden. Besonders die schteinrevolutionären Phrasen der „Linken“ müssen wir entlarven, indem wir die praktischen Aufgaben des Faschismus* und der antimilitaristischen Arbeit in den Vordergrund stellen.

* Faschismus ist die Überwindung der Landesverteidigung und das Einsetzen für Niederlage der eigenen Regierung.

1) Diese Thesen sind in Nr. 130, 2. H. 1928, S. 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Nach dem „Fest“

Die Feiertage sind wieder vorbei. Für viele waren sie nichts anderes als die üblichen Tage der Not und des Hungers...

Am Montagnachmittag spielten sich in der Innenstadt recht turbulente Szenen ab. Auf dem Pläherplatz prallte man sich um den „Weihnachtsbaum“.

Nach der grimmigen Nöte der Vorweihnachtstage brachte der gestrige Nachmittag Tauwetter. Wir sind also, wenn auch nicht vom Regen, so doch vom Frost in die Traufe gekommen.

Der Explosionswagen war als schadhast gemeldet

Die Untersuchung der Straßenbahnwagenexplosion vom Sonnabend hat ergeben, daß der Führer des Wagens denselben am gleichen Tage einige Zeit vor dem Unglück als schadhast gemeldet hatte.

Wenn die Straßenbahnverwaltung in amtlichen Erklärungen bereits wenige Minuten nach dem Unglück mitteilen ließ, daselbe wäre auf eine „Verteilung unglücklicher Zufälle“ zurückzuführen...

Alle Wahrscheinlichkeit nach wird diese grobe Nachlässigkeit der Stadt Breslau eine hübsche Stange Geld kosten...

Einstellung der Oderschiffahrt

Strenger Frost seit Beginn der Berichtswache hat die Oderschiffahrt zur Einstellung des Betriebes gezwungen. Bereits am 19. d. M. konnte wegen starken Eisgangs kein Fahrzeug mehr den für den Hafen verlassen.

Der Verkehr auf dem Ober-Sprea-Kanal ist offiziell mit dem 22. Dezember geschlossen. Auf der Strecke Berlin - Dammberg findet noch Bewegung statt.

Die „Weihnachtsfreude“ der ausgesteuerten Erwerbslosen

14 Stunden auf die Unterstützung gewartet und dann doch keine bekommen

Die durch die Weisliche Verordnung über die Verlängerung der Ansuchenstellung um 13 Wochen begünstigten Erwerbslosen wurden nun Mitte Dezember erneut ausgesteuert.

Gegen die unerhörte Behandlung der ausgesteuerten Erwerbslosen durch das Wohlfahrtsamt und dessen Angestellte muß scharfer Protest erhoben werden.

Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung die Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 85 Prozent beschlossen.

Wir wir nun erfahren, liegt die Zustimmung des Ministers zu der Erhöhung der Steuer bereits vor.

Unter der wertvollen Bewältigung herrscht über die Neuberechnung der Mieten größte Unklarheit. Wir wollen deshalb an Hand eines Beispiels die Errechnung der neuen Mieten demonstrieren.

„Neue Berechnungsmethoden des Wohlfahrtsamtes?“ Zu diesem Artikel aus Nummer 270 der „A. B.“ schreibt das Wohlfahrtsamt: Die Kreisstelle hat offenbar richtig gehandelt.

Keine Vollzeitsunde in der Silvesternacht. Der Polizeipräsident hat für den Ortspolizeibereich Breslau die Vollzeitsunde in der Nacht zum 1. Januar 1929 aufgehoben.

Ermäßigte Preise für Eisenbahnbenutzung. Nach einem Abkommen der Eisenbahnverwaltung mit den Pächtern der Eisenbahnen sind nachstehende Sonderpreise für die Benutzung der Eisenbahnen durch Schüler und Schülerinnen in Kraft getreten.

Die Straßenbahnlinie 2 (Südpart-Oberort) ist zunächst bis zur Rosenthaler Brücke (Treibnitzer Straße, Ecke Liebigstraße) verlängert worden.

Das 25-Stunden-Rennen in der Jahrhunderthalle endete mit dem Siege der französischen Mannschaft Rahnaud-Doyen (44 Punkte).

Wettbüro. „Seine Privatsekretärin.“ Ein wirklich lustiger, amerikanischer Film mit guten Einfallen und sehr brotlichen Szenen.

Wohlfahrtsamt. Zu den Ausführungen der Restroschen Poste „Einen Zug will er sich machen“ im Thalia-Theater erhalten die Mitglieder der Abteilungen I bis XIV und XVIII bis XXXV der Stammgemeinde in der Geschäftsstelle Gastkarten zum Einheitspreise von 1,70 Mark.

Mittelschlesien

Brieg. Das Urteil im Unterschlagungsprozess. Der Prozess Schöndelber und Genossen wurde nach sechstägiger Verhandlung zu Ende geführt.

Dhlau. Mit einer Entführungsgeschichte warteten zwei löbliche Burgen, ein Sattler- und ein Fleischerlehrling auf der heißen Polizeiwache auf.

Schwitz. In der letzten Erwerbslosenversammlung wurde folgende Entschliessung angenommen: Die heute versammelten Erwerbslosen von Schwitz protestieren gegen das neue Gesetz betreffs Sonderfürsorge der erwerbslosen Saisonarbeiter.

wurden für 160 Prozent Grundvermögenssteuer 6 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete erhoben.

Will ein Mieter jetzt die Grundvermögenssteuer im Umfange von 160 Prozent zahlen, so muß er sich als erstes vom Hauswirt den Wert des Grundstücks mitteilen lassen.

Wir fordern alle unsere Leser auf, keinesfalls den Grundvermögenssteuereinschlag im neuen Jahre in der bisherigen Weise berechnen zu lassen.

Im übrigen möchten wir noch darauf hinweisen, daß die Mieten nachgeschlag für die neun Monate seit 1. April in drei Raten geschehen kann.

Arbetersport

Fußball

Sturm I Siegnitz - F. S. B. I Breslau 3:2
Sturm II Siegnitz - F. S. B. II Breslau 3:2

Sportvereinigung 1897. Am Sonnabend fand bei Drauer, Gabelstraße, die für die Schillerabteilung veranstaltete Weihnachtsfeier in gut proletarischer Weise statt.

Breslauer Fußballgesellschaftsspiele für den 30. Dezember
14.00: Hertha I - 1921 I, Gräßchen, Kronig
11.00: Hertha II - 1921 II, Gräßchen, Klapper

Für den 1. Januar
12.30: VfL I - F. S. B. I, Gandaub, Engel
12.30: VfL II - F. S. B. II, Gandaub, Berndt

Fußballpartei. Schiedsrichtervereinigung. Die nächste Sitzung ist am 7. Januar.

Schlesierfahrt nach Nürnberg

Das 2. Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Juli 1929 findet in Nürnberg statt. Auch in Schlesien zeigt sich das Interesse für das 2. Bundesfest in öfteren Anfragen.

Table with 4 columns: Destination, Single fare, Youth fare, Youth fare (approximate). Rows include Gletwitz bis Nürnberg, Oppeln bis Nürnberg, etc.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau
- Stadtrat 3 (West), Freitag 19 Uhr in den Subersustalien, Friedrich-Schiller-Strasse, General-Mitgliederversammlung, Bericht vom Bezirks-Parteitag.

Waldenburger Bergland

Arbeiterkorrespondenten!

„Genossen, druckt bitte alles in der Donnerstag-Nummer ab. Ich hätte noch ein paar Sachen, aber die wollen wir fürs nächste Mal lassen. Die Zeitungen verkaufen sich durch diese Artikel viel besser.“

So schreibt ein Arbeiterkorrespondent an die Redaktion. Genossen in den Betrieben, schreibt Berichte! Schreibt besonders eifrig während der Werbepause! Sammelt schon jetzt Material! Unterstützt durch eure Arbeit die bevorstehende

Werbe'ampagne!

Wenn hoher Besuch kommt...

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)
Wenn Amanullah oder Hindenburg oder irgendein Oberpfaffe kommt, wird das Geld der Steuerzahler durch Empfänger verpulvert. Wenn die Aktionäre, Verwaltungen, oder Aufsichtsrat den Pütt beschlagen, wird tagelang Dred aufgeräumt, Gerümpel verfrachtet und überatmosphärisches Personal muß an seine Stunde verbusten. Die Verschönerungsanstrenger müssen Schandflechte befeigen. Und wenn der hohe Rat infolge der vorgefundenen Ordnung dem Direktor und Betriebsführer schmungeln die Hand reicht und sich in seine Pelze hüllt, durchs Rehentor abfaßt, geht alles seinen alten Gang weiter. Die auf eine halbe Stunde freigelassenen 500 PS-Pumpen heulen wieder, die Spannung fällt, die Saugzüge schmeißen wieder Flugasche und Dred im Grubenhof herum, Dred und Gerümpel können sich wieder aufhäufen. Es geht den alten Schenbrun weiter. Der Aufsichtsrat der „Niedag“ hat es nicht für notwendig gefunden, sich bei seinem Kollegen, Aufsichtsratsmitglied des Betriebsrats, vorzustellen und eventuellen Wünschen zu erklunden, obwohl einer unter ihnen der Parteigenosse des Betriebsrats ist. — Man möchte eben so in den Kapitalismus hinein und ist dabei befreundet, seinen Kollegen, z. B. Jakob Goldmidt, v. Bethusy-Duc usw., in nichts zurückzusetzen! Es genügt, wenn man den Mann der Arbeit jährlich einmal in einer zehn Minuten dauernden Sitzung als „Herr Kollege“ die Bilanz lesen läßt, ihm gnädig die Fetthand reicht, eine Zigarette anbietet und verabschiedet, nicht ohne „glückliche Fahrt“ zu wünschen. — Auch ein „Erfolg“! Ein Stück Wirtschaftsdemokratie. O Fronte des Schicksals! Die Kumpels haben, oft rein instinktartig, diesen Schwinbel von Wirtschaftsdemokratie durchschaut. Sie wissen, daß es keine Demokratie gibt dort, wo Kapitalisten die Produktionsmittel in den Händen haben. An solchen Phrasen können sich nur die betrunkenen, die politische Säuglinge sind, oder diejenigen, bei denen die soziale Frage gelöst ist. Der Prolet weiß es, daß diese Herren nicht ihre Nase dorthin stecken, wo sie den „Blubb“ im Pöbel des Todes für ihre Antenne, Kieselgehälter und Profite kauen lassen. Der Prolet wird sich nicht immer durch Phrasen vom Klassenkampf abhalten lassen, sondern er wird kämpfen mit der revolutionären Partei, um die Enteierner zu enteignen!

Oppositionelle DRS-Ortsverwaltung in Schwidnitz einstimmig wiedergewählt

In der vor Weihnachten stattgefundenen Generalversammlung der DRS-Schwidnitz gab zunächst der Genosse Hirsch einen ausführlichen Geschäftsbericht. Aus ihm war zu ersehen, daß die Tätigkeit der Ortsverwaltung eine reichhaltige war. Es konnte ein ganzer Teil Verbesserungen für die Schwidnitzer Metallarbeiter durchgeführt werden. Nicht weniger als 200 neue Mitglieder

konnten festgestellt werden. Alle Redner zum Geschäftsbericht sprachen sich anerkennend für die geleistete Tätigkeit der Ortsverwaltung aus. In den Wahlen wurden die Kollegen Gruenli, Grosied und G. H. er gewählt. Als Vorschläge gewünscht wurden, erscholl von allen Seiten der Ruf „Wiederwahl“. Dies bewies wohl am besten die Einstellung der Mitgliedschaft gegenüber der bisherigen Ortsverwaltung. Trotzdem die Genossenschaft wohl vorher Anstrengungen gemacht hatte, eine andere Ortsverwaltung zu wählen, mußten sie

Stadtverordnetenversammlung in Schweidnitz

Genosse Hirsch erhält zwei Ordnungsrufe

Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor Weihnachten in Schweidnitz nahm folgenden Verlauf: Da die meisten Tagesordnungspunkte weniger von Wichtigkeit waren, sollen in dem Bericht nur die besonders wichtigen Vorgänge wiedergegeben werden. Es sei darauf hingewiesen, daß die kommunistische Fraktion des öfteren Beschwerden gegen den Schwidnitzer-Dezernenten Stadtrat Franke vorgebracht hatte, auch wurde schon seit längerer Zeit verlangt, daß sich die Schwidnitzer-Deputation mit den Mängeln beschäftigen sollte. Der Dezernent hat es aber verstanden, die Sitzung immer und immer wieder zurückzuschieben. Nach einem Beschluß der vorletzten Stadtverordnetenversammlung mußte aber bis zur diesmahligen Sitzung ein Sitzungsprotokoll erstellt werden. Als nun der Genosse Heller in der betreffenden Sitzung die Mängel geäußerte, fand es der Stadtrat Franke für notwendig, die Sitzung zu verlegen. Als der Bericht von der betreffenden Sitzung bei der Stadtverordnetenversammlung gegeben wurde, protestierte der Genosse Heller gegen das Verhalten des Dezernenten, wobei der Genosse Hirsch ebenfalls einige Bemerkungen machen ließ. Sofort erteilte ihm der deutchnationale Stadtverordnetenvorsteher hintereinander zwei Ordnungsrufe. Der Magistrat sowie der Stadtverordnetenvorsteher waren durch das Erscheinen der Gewerkschaften veranlaßt worden. Am Nachmittag desselben Tages hatte eine Gewerkschaftenversammlung stattgefunden, in der man stürmisch gegen das Weihnachtsangebot an die Gewerkschaften von Seiten des Magistrats protestierte. Denn die Gewerkschaften protestierten während der Stadtverordnetenversammlung vor dem Sitzungssaal und ab. Man wollte dem Genossen Hirsch so wie im vorigen Jahre drei Ordnungsrufe erteilen, damit er keine Gelegenheit habe, für die Interessen der Armen zu sprechen. Da sich der Genosse Hirsch gegen den Hinauswurf widersetzt hätte, würde man die Sitzung aufheben und erklären können, die Kommunisten hätten die Zahlung von Beihilfe verweigert. Dieser Gesellen haben wir den Herrschaften nicht getan.

Es lagen drei Anträge für Weihnachtsbeihilfen vor, und zwar von der SPD-Fraktion, von der SPD und vom Magistrat. Das Schönste dabei war, daß der Antrag der SPD niedriger war, als der des Magistrats. Der Antrag der SPD ging dahin, eine Unterstützung zu gewähren wie im Vorjahre, also jedem Unterhaltungsberechtigten 7 Mark zu bewilligen; der Antrag des Magistrats forderte, für alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, ausgesetzte Gewerkschaften sowie für linderreiche Gewerkschaften, für Ledige 8 Mark, für Verheiratete 10 Mark, und für jedes Kind 2 Mark zu bewilligen. Der Antrag der kommunistischen Fraktion lautete: Für alle Gewerkschaften eine Unterstützung von 20 Mark, für die Frau und jedes Kind 5 Mark, für alle ausgesetzten Gewerkschaften sowie für alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger eine Beihilfe von 30 Mark, für jede Frau und für jedes Kind 5 Mark. Es war der SPD-Fraktion unangenehm, als Genosse Hirsch erklärte, daß sie gar keine Ahnung von der Lage der Arbeiter hatten; denn nach dem 1. Oktober 1927 erhalte der größte Teil der Gewerkschaften nur 28 Wochen Unterstützung, da nur ein Teil der Gruppen Krisenunterstützung erhält, wogegen vor dem 1. Oktober 1927 es 39 bzw. 52 Wochen Unterstützung gegeben habe. Weiter hätte die SPD wohl die Erhöhung

leben, daß sie zum Teil von ihren eigenen Genossen im Stich gelassen wurde, da ein großer Teil ihrer Freunde gar nicht erschienen war, da wahrscheinlich auch diese Kollegen an der Tätigkeit der Verwaltung nicht teilnehmen konnten. Einstimmig in die Ortsverwaltung wiedergewählt wurden die Kollegen Hirsch als Angelegter, Kollege Hirsch als 2. Bevollmächtigter, Kollege Schenker als Schriftführer, als Beisitzer die Kollegen Heller, Grellich, Kollegin Gellrich, und neu hinzugewählt der Kollege Gehrlich.

Der Kollege Hirsch dankte für das Vertrauen der Mitgliedschaft und versprach, daß die neue Ortsverwaltung alles daran setzen werde, den Verband noch mehr als bisher vorwärtszubringen, und wünschte weiter das gute Zusammenarbeiten zwischen Ortsverwaltung, den Funktionären und der Mitgliedschaft.

Während der Ausführungen des Genossen Hirsch waren die Gewerkschaften bis zur Türe des Stadtverordnetensitzungssaales vorgezogen. Bei der Abstimmung beantragte der Genosse Hirsch eine einstimmige Abstimmung. Für den Antrag stimmten die fünf Sozialdemokraten und die fünf Kommunisten, trotzdem noch kurz vorher der radikalste Sozialdemokrat Großmann den Kommunisten erklärt hatte, sie hätten eben mehr Verständnis für die finanzielle Lage des Magistrats, als die Kommunisten. Dagegen stimmten alle Bürgerlichen. Wir veröffentlichen hiermit die Namen derjenigen Geschäftsleute, die dagegen gestimmt haben und es wahrscheinlich nicht notwendig haben, auf die Großen der Arbeitslosen angewiesen zu sein: Kaufmann Gätner, Kaufmann Bartel, Großkaufmann Gohmann, Schnapskellner Gohner, Drudereibesitzer Reisse, Holzwarenfabrikanten Sauer und Urban, Fleischermeister Döbke, der demokratische Fabrikdirektor Schöber, die Wohlfahrtspflegerin Fr. v. Grote. Weiter stimmten noch dagegen der Sanitätsrat Dr. Herzog, die Rechtsanwältin Fustling und Lehmann, Lehrer Hoffmann, Dfensekretär Klose, die Frauen v. Lucobon und Schöpe und der Arbeiter Kleinert. Es wird notwendig sein, daß sich die Arbeiterklasse diese Herrschaften merkt!

Nachdem wurde über die Erhöhung der Beihilfe diskutiert. In der vorigen Sitzung hatte schon die SPD die Erhöhung der Beihilfe um 50 Prozent verlangt. Hier sorgte die SPD dafür, daß der Antrag abgelehnt wurde, sie empfahl, daß der Magistrat und der Fürsorgebeirat wohlwollend prüfen, ob die Sätze nicht zu erhöhen seien. Diesmal brachte die SPD selbst einen Antrag ein, wonach die Sätze der Leistung entsprechend erhöht werden sollten. Der Genosse Hirsch kritisierte den Magistrat in scharfer Weise, indem er darauf hinwies, daß man einen monatlichen Zuschlag für ein Kind eines Ausgesetzten von 11 Mark zahle, für einen Vollzeithandwerker aber 12 Mark Futterkosten im Monat bewilligt habe. Die Proletarierkinder seien also weniger wert als Vollzeithunde. Als Genosse Hirsch diese Feststellung machte, haben die Bürgerlichen ziemlich verärgert auf ihren Plätzen. Ausgesetzte Gewerkschaften erhalten die „horrende“ Unterstützung für Ledige bei Eltern: 5 Mark wöchentlich, für Alleinlebende mit eigenem Haushalt 8 Mark, für ein Ehepaar 12 Mark und für jedes Kind 11 Mark im Monat. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Beihilfe zu erhöhen. Der Bürgermeister erklärte aber schon im voraus, daß der Magistrat diesen Beschluß nicht durchzuführen würde, da man sich an die bisherigen Beihilfe halten müsse. Des weiteren wurde für die Gemeindefürsorge beschlossen, für die Ledigen 10 Mark und für die Verheirateten 20 Mark als Weihnachtsbeihilfe anzuzahlen. Angeblickt soll dies die letzte Weihnachtsbeihilfe sein.

Niederschlesien

Görlitz

Der Herr Gauleiter will sich nicht b'ameren!

Am heutigen Abend wurden Verhandlungen vorgenommen, und bei der Bezahlung dieser Arbeiten stehen sich in der Anstaltung des gültigen Tarifes Arbeiter und Unternehmer in gegenseitiger Meinung gegenüber. Um diesem Uebelstande abzuhelfen und eventuell Klarheit zu schaffen, ersuchte die Belegschaft dieser Arbeitsstelle um Besichtigung und Begutachtung durch den Gauleiter — Bezugsung, „Herrn“ Gauleiter — des Zentralverbandes der Zimmerer. Einen ganzen Monat wartete die Belegschaft schon auf das Kommen des Herrn Gauleiters, bisher zwar immer vergeblich, aber nun endlich sollte es doch werden. Denn zur Generalversammlung mußte der „Herr“ Gauleiter ja bestimmt anwesend sein, und sicher würde er dann doch eine Stunde seiner kostbaren Zeit für die Erleuchtung des strittigen Punktes übrig haben. Der Mensch denkt, doch der Herr Gauleiter — lenkt! Wohin? Nach der Versammlung, bloß nicht nach der nassen Baustelle!

Wie sich so eine Versammlung abwickelt, das braucht man ja nicht erst weiter zu erläutern; denn das ist ja gewöhnlich immer dasselbe. Jetzt kommen die „Wiedertwachen“, dann ein Referat und dann Punkt Verschiedenes.

Zuerst kamen also die „vorchristlichen“ Wiedertwachen, und dann hielt der Referent, Gauleiter Köhler, einen Vortrag über die Verschlechterung der Saisonarbeiter durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Er erklärte ganz richtig, daß die Verschlechterung eine bedeutende sei. Wir stehen sogar auf dem Standpunkt, daß sich diese Verschlechterung in den kommenden Zeiten praktisch so auswirken wird, daß die Zimmerer, Maurer usw. niemals mehr in den Genuss der Gewerkschaftenunterstützung kommen können, und daß die Möglichkeit, sie jemals zu erlangen, die gleiche ist, wie bei den Ferien — nämlich — nie! Der Referent erklärte den Anwesenden, daß die Verschlechterung leicht noch eine schlimmere hätte sein können (?). Denn dies nicht der Fall ist, so ist dies lediglich ein Verdienst der „Gauen“ vom Zentrum, und das sollten die freigewerkschaftlichen Arbeiter dem Zentrum niemals vergessen! Im Anschluß hieran hielt dann der Herr Gauleiter noch einen kleinen „moralischen Vortrag“ für eventuelle „Nachtische“, denn er erklärte, daß der soziale Fortschritt nur mit Verhandlungen und Kompromissen erreicht werden kann. Wir sind hier wieder einmal, wie nur zu oft, mit Ihnen nicht der gleichen Meinung und berufen uns dabei auf kompetentere Leute wie Sie, Herr Köhler; nämlich auf — Bebel, Engels und Marx. In den Streit beim „Diabell“ behauptete er, wegen nur einem Mann nichts unternehmen zu können, obwohl es sich in dem strittigen Punkte ja nicht nur um einen Mann, sondern um die prinzipielle Frage handelt, wie der Tarif auszulegen sei. Weiterhin, daß er als „Gauleiter“ der Unternehmung der Unternehmer gegenüber, zunächst aber dagegen nicht auftritt. Nach dieser Redelegung ist es freilich niemals möglich, in den Genuss der strittigen Arbeiterunterstützung zu kommen; denn die Bestimmungen sind so formuliert und sind auch die folgenden Auslegungen: Wenn ein Zimmerer 10 an die Kasse im Wasser steht, hat er keinen Anspruch auf die Zulage, wenn der Unternehmer ihm ein Paar Wasserpiepfel überreicht; denn obwohl ihm das Wasser in diesem Falle bis an die Kasse reicht, reicht es ihm nicht bis an die Kasse. So paradox der Satz auch klingen mag, er ist richtig; denn in diesem Falle bleiben die Piepfel in der Kasse. Ebenso könnten die Unternehmer behaupten, daß der Arbeiter nicht den Anspruch auf die Zulage hat, wenn ihm das Wasser bis an den Hals reicht, denn das

wäre die Schuld des Arbeiters. Wenn er die Arbeit im Kopftande ausgeführt hätte, dann wären die Knöchel eben trocken geblieben. Herr Gauleiter, würden Sie es wagen, in diesem Falle einer anderen Auslegung beizupflichten, oder hätten Sie dann auch noch Angst, sich zu b'ameren?

Im übrigen sind wir Ihnen dankbar für die Anregung, sich in einer politischen Partei für die wirtschaftlichen Fragen zu schulen, und für Ihr Bekenntnis, daß es außer der „alleinbestimmenden“ SPD auch noch andere Arbeiterparteien gibt. Arbeiter, stärkt die Opposition in den Gewerkschaften und tretet deshalb ein in die SPD! Werbet Leier der „Arbeiter-Zeitung“!

Schnefudentag

Ein Arbeiter schreibt uns: Die Firma Lanfziger Holzindustrie Witzig u. Co., Dampfsägemühl in Rothwasser, Kreis Görlitz, arbeitet (Kollegen) gegen seit Frühjahr) zehn Stunden täglich! Und „Verbandskollegen“ machen das leider mit. Trotz dieser Arbeitszeit werden Leute entlassen. Das Gewerbe-Aufsichtsammt in Görlitz scheint nicht durchzugreifen, sonst hätte es auf meine Anzeige hin sofort eingreifen müssen. Was sind das für Zustände? Wann werden sie abgestellt werden?

Grünberg

Die gelbe Gewerkschaft ist deutchnational! Bei der Firma Jankle, Lackfabrik, hier selbst, findet am 5. Januar die Betriebsratswahl statt. Es liegen zwei Listen aus, die eine ist freigewerkschaftlich, die andere „christlich“. Die christliche Liste hat folgende Betriebsräte aufgestellt: 1. Beria Fiedler, Weberin, 2. Gwold Gorn, Garnausgeber, 3. Borarbeiter Leugner, Reikerei, 4. Tiche, Weberin, 5. Hulda Scheibner, Knosterin, 6. Richard Knyler, Arbeiter, 7. Friesel, Saalfaktor, und die entsprechenden Ersatzräte. Wir wollen einmal diese christlichen Angehörigen unter die Lupe nehmen. Frau Fiedler und ihr Mann sind deutchnationale Kuratpatronen. Der letztere hat wenig praktische Betriebskenntnisse und ist dazu noch und herablassend. Borarbeiter 2. ist Katholik, während der Segner der weltlichen Schule, Befürworter des Konfessions, nach oben beugen, und nach unten treten. Frau 3. jagte auf eine Frage wegen des geringen Lohnes folgenden: „Die Leute sollen mehr arbeiten, dann wird auch mehr verdient“. Von den anderen drei wollen wir ganz schweigen. Die christliche Gewerkschaft ist angeblich „neutral“. Wie neutral diese Politik ist, zeigt ihre eigene Zeitung. In der christlichen Rundschau vom Oktober, Seite 20, steht folgendes: „36 Jahre deutchnationaler Handlungsgesellschaftenverband. Neben dem Ringen des Standes um soziale Einstufungen ist der werkschütterliche Wille der 340.000 im DRS zusammengeschlossenen Kaufmannsgehilfen, ein Vaterland bauen zu helfen, dem auch der arme Volksgenosse freudig zu dienen bereit ist.“ Sowie dieser geistige Ertrag aus diesem politisch „neutralen“ christlichen Verbandsproleten, wählt nicht die christliche Liste, sondern die freigewerkschaftliche!

Bayreuth

Erloschen eines Schwapparates. — Ein Leser. In Mittel-Bizian erlosch am Sonnabendmorgen in der Werkstatt des Schmiedemeisters Bärsch plötzlich ein unvollständiger Apparat der Schwapparates. Durch den unglücklichen Zufall und unglückliche Schicksale wurde dem 17-jährigen Lehrling Konrad die Schwapparates erloschen, so daß der junge Mensch unglücklich ist.

Liegnitz

Blutshande und Unglück mit der Tochter!
Der jetzt 32-jährige Bauarbeiter Karl Herrmann berging sich über ein Jahr lang in schwerer Weise an seiner eigenen, noch nicht 14-jährigen Tochter, indem er dauernd unflüchtige Handlungen an ihr vornahm und Blutshande mit ihr beging. Nach Angaben des Kindes soll er sie zur Duldung dieser schweren Verirrungen durch Bedrohung mit Schlägen gezwungen haben! Der Mann, der sich seit 15. September in Untersuchungshaft befindet, ist seit dieser Zeit böllig zusammengebrochen und hat alle Beschuldigungen zugegeben. Da die Tochter und deren Mutter die Aussagen verweigerten, konnte das Gericht nur auf Grund des eigenen Geständnisses des Angeklagten zur Verurteilung kommen und erkannte wegen Blutshande und Unglück mit der eigenen Tochter auf eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und fünf Jahre Ehrverlust. Ein sehr hartes Urteil.

Aus dem Riesengebirge

Klagen aus der Papierfabrik Jannowitz.
Große Empörung herrscht unter der Belegschaft der Papierfabrik Jannowitz. Es hat sich in diesem Jahre folgendes zugetragen: Die „Vollzeitung für das Riesengebirge“, das SPD-Organ, schrieb vor dem 1. Mai dauernd: „Arbeiter, heraus aus den Betrieben am 1. Mai!“ Die Fabrikarbeiter wurden sich in ihrer Mitgliedschaftsversammlung einig, den 1. Mai zu feiern. Das paktete der Betriebsleitung nicht, und als die Belegschaft am 2. Mai zur Arbeit kam, wurde sie nicht mehr in die Fabrik hineingelassen. Es hieß sofort, daß alle die Fabrikabteilung bekommen würden, was auch per Post geschah. So rüchte sich die Betriebsleitung. Die Büroangestellten mußten Tag und Nacht arbeiten, um Papiere und Lohn für die Slaven fertig zu machen. Von der Belegschaft wurde eine Betriebsratsversammlung einberufen und beschlossen, die Arbeit nur zu den alten Bedingungen aufzunehmen. Die Verhandlungen mit den Aktionären wurden inzwischen in Breslau geführt. Der Ortsgruppenleiter des Fabrikarbeiterverbandes, P. H. Hirschberg, predigte „Ruhe und Besonnenheit“ und „abwarten“. Selber gab es einige Kollegen, die am 1. Mai gearbeitet haben und während der achtstündigen Aussperrung Notstandsarbeiten verrichteten. Nach den Verhandlungen gab in einer Versammlung der Ortsgruppenleiter bekannt, daß der Streik beigelegt und zu den alten Bedingungen wieder anzufangen sei. Nur durch die Einigkeit der Ausgesperrten wurde dieses Resultat erzielt.

Nun hat die Betriebsleitung einen neuen und ganz raffinierten Vorstoß gegen einen Teil der Arbeiter unternommen. Sie hat achtzig Mann am 13. Dezember gekündigt. Als Grund gibt die Betriebsleitung Arbeitsmangel an. Der wirkliche Grund soll aber, so erzählen die Arbeiter, der Urlaub sein. Sie sollen nämlich schon jetzt die Urlaub für nächste Jahr nehmen, weil eine Dampfmaschine umgebaut werden soll. Bisher war es immer so, daß bei Umbauten die betreffenden Arbeiter weiter beschäftigt wurden. Einigen Arbeitern, die dieses Jahr ihren Urlaub schon gemacht hatten und von dem Urlaub fürs nächste Jahr einige Tage zu wichtigen Angelegenheiten haben wollten, gab man zur Antwort, dies wäre die Zeit der Urlaub. Aber jetzt, da die Betriebsleitung „er“ Karlsruher betreibt, da ist alles in Ordnung. Die Kollegen legen sich das nicht so ohne weiteres gefallen. Sie machen auf. Und die Betriebsleitung, wenn die Kündigungen. Sie paktet das zusammen, Herr Betriebsleiter, wenn Sie Leute einstellen und die anderen entlassen?

Werkstätige abonnieren die „Arbeiter-Zeitung“!

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 29. Dezember 1928
10. Jahrg, Nummer 302

Bestellungspreis: Inland mit Ausnahme der Gegend um Berlin 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,50 Mk., unter Einschluß 3,00 Mk. Ausland: Die schweizerische Milimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 6 Pf. Weltweite Preis: Die schweizerische Milimeterzeile ober deren Raum im Wert 70 Pf. — Inhalt der Anzeigenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründer von Bernhard Schöndorfer (Marz 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 500 89. Post-Expedition: Breslau 54, Poststraße 11, Telefon 500 89. Filial-Expeditionen: Breslau 12, Wladimir Straße 12, Telefon 500 89. Filial-Expeditionen: Glatz 19, Wilhelmstraße 29, Telefon 500 89. Filial-Expeditionen: Bielefeld 2384, Gellertstraße 2-4, Telefon 500 89. Filial-Expeditionen: Berlin, Potsdamer Platz 10, Telefon 500 89.

Gestörte Landtagsferien!

Heute Beratung des kommunistischen Misstrauensantrags KPD. und Bürgerliche sabotieren — Verfassungsbruch geplant

(Eig. Bericht.) Berlin, 28. Dezember.

Zur Beratung des kommunistischen Misstrauensantrages gegen die Regierung Braun wegen des geheimen Abhandels in der London-Lordstraße findet heute eine Tagung des Preussischen Landtags statt. Wie die bürgerliche Presse schon jetzt berichtet, wird der Landtag beschuldigt sein, weil eine große Anzahl von Mitgliedern, darunter auch Sozialdemokraten, Urlaubsgesuche eingereicht hat, um die Beratung des kommunistischen Misstrauensantrages zu sabotieren. Die namentliche Abstimmung über den Misstrauensantrag findet am 2. Januar statt.

In bürgerlichen Kreisen besteht die Absicht, die unliebsame Stärkung der Ferien durch die Kommunisten zum Anlaß einer Verfassungsrevision zu machen. Es ist beabsichtigt, aus der Verfassung die Bestimmungen über die Frist der Erledigung von Misstrauensanträgen herauszunehmen. Man will damit ermöglichen, daß die Regierungsmehrheit in die Lage versetzt wird, Misstrauensanträge der Opposition und damit der Sturz der Regierung so lange hinauszuschieben, als es der Mehrheit paßt.

Sozialdemokratisches Wehrprogramm

Ein offenes Bekenntnis zur Aufrüstung

(Eig. Bericht.) Berlin, 27. Dezember.

Wie die demokratische Presse erzählt, wird im Laufe des morgigen Tages das sozialdemokratische Wehrprogramm veröffentlicht. Nach Mitteilungen des „Berliner Tageblattes“ ist das Kernstück dieses Programms, daß die Sozialdemokratie bei dem gegenwärtigen Kriegerstande die Notwendigkeit einer Wehrmacht und der Landesverteidigung für das Deutsche Reich unbedingt anerkennt.

Das sozialdemokratische Wehrprogramm fordert ferner die Veranschaulichung der Reichswehr und ihres Nachwuchses; in diesem Zusammenhang werden auch Personalveränderungen vorgeschlagen. Bei der grundsätzlichen Stellenanahme der Sozialdemokratie zur Aufrüstung und Landesverteidigung bedeutet diese Forderung nichts anderes, als

die Aufnahme von Reichsbanner-Mitgliedern in die Reichswehr

und die Erklärung des Reichsbanners als Rekrutierungsorganisation für den neudeutschen Imperialismus. So will die Sozialdemokratie nicht nur ideologisch und politisch, sondern auch militärisch den Krieg vorbereiten und dem Moloch Imperialismus erneut Kanonenfutter liefern. Zugleich ist das Wehrprogramm ein Bekenntnis zur Vorbereitung und Durchführung des Antisowjetkrieges.

Der Betrug an der Stadt Waldenburg

Waldenburg, 28. Dezember. Vier Mitglieder der in der bekannten Obligationssache eingetragenen Untersuchungskommission in Berlin, um sich über den Stand der Dinge zu informieren. Ueber das vorläufige Ergebnis meldet die Telegraphen-Union u. a.:

In der Stadtverordnetenversammlung hatte Oberbürgermeister Nieker erklärt, daß sich die Stadt Waldenburg von der Firma Röhle deren Ansprüche gegenüber dem Feuerverband in Höhe von 764 000 Mark als Sicherheit habe abtreten lassen. Die Waldenburger Vertreter sollten über die Eröffnungen, die ihnen hier in Berlin gemacht wurde, förmlich ein Urteil gesprochen sein, insbesondere darüber, daß der von der Firma Röhle als Sicherheit eingeräumte Schadenersatzanspruch gegenüber dem Feuerverband von diesem als überhöht nicht bestehend bezeichnet werde, so daß Waldenburg zurzeit auch nicht eine tatsächliche Sicherung für seine Millionenforderung besitze.

Werftarbeiter beschließen:

Weiterkämpfen auch bei Verbindlichkeitsklärung

Am 22. Dezember fand eine Rieserversammlung der streikenden Werftarbeiter bei Sagenfeld in Hamburg statt. Die Versammlung war vom besten Kampfeifer getragen und beschloß, den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums abzulehnen, weil er die Hauptforderungen der Werftarbeiter, 120 Mark Spitzenlohn, 45-Stunden-Woche, achtstündige Arbeitszeit und freien Sonnabendnachmittag, nicht erfüllt, weil er eine zu lange Laufzeit hat, weil er keine Erhöhung des Reallohnes bringt.

Ferner protestierte die Versammlung gegen den Raub des Demonstrationsrechts durch den sozialdemokratischen Polizeikommissar, und sprach der KPD. für ihr großzügiges Solidaritätswort den Dank der kämpfenden Werftarbeiter aus.

Eine am Sonnabend, dem 22. Dezember, stattgefundene Streit-

versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Werftarbeiter in Bremen haben lehnte den Schiedspruch mit 2002 gegen 77 bei einer ungünstigen Stimme ab.

Die am 23. Dezember in Bremen tagende Versammlung der Vertrauensleute der Werftarbeiter des DMB. nahm eine Entschließung an, die der Lohnverhandlungskommission deshalb das Vertrauen aussprach, weil sie den Schiedspruch abgelehnt hat. Ein Antrag der Opposition, der sich für den weiteren Kampf um die aufgestellten Forderungen einsetzte, wurde nicht zur Abstimmung gebracht. Die Sitzung bewies aber, daß unter den Arbeitern und auch dem größten Teil der Vertrauensleute der Wille zu weiterem Kampf vorhanden ist. Andererseits, daß die reformistischen Führer den Kampf abwürgen wollen.

Am 27. Dezember. In einer am heutigen Donnerstag in Kiel abgehaltenen Werftarbeiterversammlung wurde der Schiedspruch im Werftarbeiterstreik von 90,1 vom Hundert der abgegebenen Stimmen abgelehnt.

Am 27. Dezember. In der heute im Numunder Sporthaus abgehaltenen Werftarbeiterversammlung wurde die Abstimmung über den Schiedspruch im Werftarbeiterstreik vorgenommen. Bei 1388 abgegebenen Stimmen wurden 1276 Stimmen für Ablehnung, 94 Stimmen für Annahme und 18 ungültige Stimmen abgegeben.

Volksmacht „Neuigkeiten“

Breslau, den 28. Dezember.

Die „Volksmacht“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Nummer auf der zweiten Seite einen Artikel zum Offenen Brief des Gfki, den sie mit der „kessenden“ Bemerkung einseitig, daß die kommunistische Presse diesen Brief erst am Sonnabend veröffentlicht wird. (Siehe auch Breslau!) Von derselben Aktualität und Bedeutung wie die Nachricht von dem „bevorstehenden“ Brief des Gfki, den Thälmann unter dem Kopffleiss hätte, ist die Mitteilung des genannten Blattes, daß Genosse Bucharin „La Tigeste“ sei und die Genossin Clara Zetkin beabsichtige, sich zur Unterstützung der Brandler-Fraktion nach Deutschland zu begeben. Stammt das erstgenannte Material aus dem „Vorwärts“ vom Freitagabend, so ist die zweite „aktuelle“ Nachricht noch älteren Kalibers. Sie wurde von der Hausen-Fraktion bereits auf dem Bezirksparteitag als Gerücht kolportiert und nahm von der Reichsfraktionsleitung der Rechte ihren Weg in den ultralinken „Volkswillen“. Von dort hat sie die „Volksmacht“ bezogen. Nun, die Quelle der Nachricht kennzeichnet ihren Wert und ihre Glaubwürdigkeit. Wir können uns auf die Feststellung beschränken, daß Ultralinken und Rechte bei der Fabrikation dieser Meldung sich wieder einmal zusammengefunden haben im törichtesten Glauben, damit das Vertrauen der Massen zur Kommintern erschüttern zu können.

Derartige „neueste Meldungen aus Moskau“, bezogen von der Nachrichtenagentur Urbahn-Schalheimer-Hausen, sind in den letzten Wochen duhndfach in Breslau und in der Provinz verbreitet worden. Vorige Woche raunten sich die „Rundigen“ zu, der Offene Brief würde Uebererfahrungen für die Parteiführung bringen. Man stürzte von einer Kalkulation des Genossen Thälmann, von einem bevorstehenden Bloß zwischen Parteiführung und Versöhnern usw. Und was brachte der Offene Brief? Die Bestätigung der Richtigkeit der Linie der Parteiführung und einen Keulenschlag für die rechte Fraktion. Nachdem die letzten Gossungen, wie Seifenblasen platzen, sind die neuen Gerüchte, welche die „Volksmacht“ ihren Lesern als Neuigkeiten serviert, die letzten Strohhalm für Ultralinken und Rechte.

Wie in Sowjetrußland gewählt wird

Gegen Pfaffen und Kulaken — Offensive der Dorfpartei Frauen und Jugend — Sozialistische Nationalisierung

Moskau, 26. Dezember.

Um die sozialistische Umgestaltung der gesamten Industrie und der Landwirtschaft der Sowjetunion zu sichern, bemüht sich die proletarische Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die Aktivität der werktätigen Massen zu heben und immer breitere Schichten der Arbeiter und werktätigen Bauern zur direkten Mitarbeit und Leitung des Staates und des Wirtschaftslebens des Landes heranzuziehen.

Die Entfaltung einer schonungslosen Selbstkritik der Staats- und Wirtschaftsorgane, bei einer gleichzeitigen Förderung der kulturellen Entwicklung der Arbeiter- und Bauernmassen ist die sicherste Gewähr für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion.

Gegenwärtig werden einige wichtige Kampagnen in der Sowjetunion durchgeführt, an denen man sehr auf die militärische, die proletarische Demokratie in ihrer Praxis sehen kann.

Die Sowjetwahlen werden durch eine Kampagne von „Ehrenschrittsberichten der bisherigen Sowjetdeputierten“ vorbereitet. Von dem höchsten Organ des Sowjetstaates, dem Zentral-Exekutivkomitee der Sowjets, bis zu dem untersten Dorfsowjet wird den Wählermassen über die Arbeit in der verflochtenen Periode Rechenschaft abgelegt.

Die Erfolge der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Hebung des Wohlstandes der Arbeiter und Bauern, auf dem Gebiete der Entwicklung der sozialistischen Elemente der Volkswirtschaft veranlassen die Kulaken und Kap-Gewinnler zu aktiverem Widerstand. Sie versuchen mit den verschiedensten Mitteln, bei den gegenwärtigen Wahlen einen Einfluß auf die Sowjetorgane zu gewinnen. Mancherorts betreiben die Kulaken ihr Vieh und ihre Maschinen, ändern so ihr ökonomisches Gesicht, werden „Mittelbauern“ und erlangen so das Wahlrecht. In anderen Dörfern treten sie sogar offen auf und verlangen die Hineinnahme ihrer Leute in die Wahlkommissionen. In einigen Orten, besonders dort, wo die Dorfpartei eine feste Organisation und sich ihrer Rechte bewußte Organisation bilden, versuchen die Kulaken, den Bloß zwischen der Dorfpartei und den Mittelbauern zu zerbrechen, indem sie die Mittelbauern gegen die Dorfpartei, als einer „wirtschaftlich unfähigen“ Schicht, heben. Dort, wo die Religion noch einen bedeutenden Einfluß besitzt, wirken die Kulaken gemeinsam mit den Pfaffen und organisieren zu gleicher Zeit mit den Reichsversammlungen der Dorfsowjets Kirchengottesdienste, um so die noch an der Kirche hängenden Dorfpartei von dem Besuch der Versammlungen abzuhalten.

Aber die Sowjetöffentlichkeit auf dem Dorf und in der Stadt begegnet diesen Machenschaften der Pfaffen und Kulaken mit einer verstärkten Aktivität. Die Dorfpartei heben aktiv den Wahlkommissionen, die Nichtwahlberechtigten festzustellen. Sie achten genau, daß sich die Kulaken nicht in die Sowjetorgane einschleichen können. Sie erscheinen geschlossen, teils sogar in feierlicher Kleidung, mit revolutionären Liedern und unter rotem Banner zu den Wahlversammlungen, unterwerfen dort die Arbeiten ihrer bisherigen Dorfpartei-belegierten einer schonungslosen, aber sachlichen Kritik. Jedem Versuch, ihre Kritik zu sowjetfeindlichen Zwecken auszunutzen, treten sie energig entgegen.

Zur Unterstützung der Dorfpartei in ihrem Kampfe gegen die Kulaken rufen die Gewerkschaften und die Sowjetpresse die Arbeiter der städtischen Betriebe auf, Delegationen in die Dörfer zur aktiven Mitarbeit bei der Durchführung der Berichts- und Wahlkampagne zu entsenden.

Die Belegschaften der Betriebe von Moskau, Penzance, Kiew, Miass, Smolensk, Rostow am Don u. a. m. haben beschlossen, jezt bis 15 Mann starke Delegationen in die umliegenden Dörfer für die ganze Dauer der Wahlperiode — von Mitte Dezember bis Mitte Januar — zu entsenden. Um die Mittel für diese Delegationen aufzubringen, beschließen die Belegschaften, Ueberstunden zu machen.

Um sich gegenseitig bei der Arbeit anzuspornen, um eine hundertprozentige Wahlbeteiligung zu erzielen, werden öffentliche Wettbewerbe in der Presse veranstaltet. In Smolensk sind im Verlauf von 14 Tagen 35 000 Arbeiter, Bauern, Dorfpartei- und Jugendarbeiter durch den Wettbewerb erfasst worden. Der der lokalen Zeitung sind über tausend praktische Vorschläge eingegangen, die alle der einen Zweck verfolgen — hundertprozentige Wahlbeteiligung.

Um auch den Frauen die reifliche Beteiligung an den Berichts- und Wahlversammlungen zu ermöglichen, werden von den

Auftakt zum Reparationschacher

Hermann Müller formuliert den Preis für Deutschlands Beteiligung an der Antisowjetfront

Infolge der Einigung der Reparationsmächte und der deutschen Regierung über die Einigung des Sachverständigenausschusses zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage sind die Reparationsverhandlungen endlich ins Laufen gekommen. Am Montag hatte der Doyen des diplomatischen Korps in Washington, der englische Botschafter, im Namen Deutschlands und der Allierten-Regierungen deren Wunsch nach einer amerikanischen Beteiligung an der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz übermitteln. Die amerikanische Antwort lautet zum mindesten folgendermaßen:

„Wenn die sechs Regierungen wünschen, daß amerikanische Sachverständige als Mitglieder im Sachverständigenausschuß mitarbeiten, haben die Vereinigten Staaten nichts dagegen einzuwenden, sofern die Auswahl und Ernennung dieser Sachverständigen durch diese sechs Regierungen erfolgt.“

Damit bringt der Dollarimperialismus zum Ausdruck, daß er bei der Neugruppierung der Mächte in Europa, die sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richtet, dabei sein will. Den Standpunkt des deutschen Imperialismus zur Reparationsfrage formuliert der Panzerkreuzer-Kanzler Hermann Müller in einem Artikel, der von dem Sozialdemokratischen Pressebienst unter der Überschrift „Das Jahr 1929“ verbreitet wird. Müller fordert noch einmal die Räumung des Rheinlandes und die endgültige Festlegung der deutschen Reparationslasten nur nach Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit. Das ist der Preis, den die deutsche Bourgeoisie für ihr festes und endgültiges Einschwenken in die imperialistische Kriegsfront gegen die Sowjetunion fordert. Das sind die Forderungen, die in dem belannt und alarmierenden Artikel in der „Kölnischen Zeitung“: „Kopperei und Kupperei“, klar und eindeutig als der Preis für die Durchführung der antirussischen Pläne Chamberlains bezeichnet wurden. Daß es der Sozialdemokrat Müller ist, der diese Forderungen formuliert, bringt rein äußerlich die Tatsache zum Ausdruck, daß es die sozialdemokratischen Führer sind, die die Einigung und das Bündnis mit den imperialistischen Westmächten gegen die

Sowjetunion am schärfsten fordern, und daß sie es sind, die aus einem fanatischen Haß gegen das Land des sozialistischen Aufbaues an der Spitze der Kriegstreiber marschieren.

Müller benutzte zur gleichen Zeit die Gelegenheit, der deutschen Bourgeoisie zum 2ten Male die Ergebenheit und Untertänigkeit der sozialdemokratischen Führer zu versichern. Er unterstreicht in dem SPD-Pressebienst-Artikel noch einmal seine Rede, die er am 12. Dezember bei den bürgerlichen Pressevertretern gehalten hatte und die selbst von einigen „linken“ SPD-Blättern und dem „linken“ Aufhäuser als alldeutsch bezeichnet wurde.zynisch erklärt er, „von der Rede, die ich am 12. Dezember gehalten habe, darf ich aber sagen, daß sie ebensogut von jedem sozialdemokratischen Parteiführer gehalten werden konnte“. Es sei seine Aufgabe, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Die kapitalistischen Parteien wissen auch diese Arbeit Müllers und der übrigen sozialdemokratischen Führer zu schätzen. Sie druden deshalb große Teile des Müllerschen Artikels mit großer Zufriedenheit ab.

Für die Arbeiterheit ergeben sich aus diesen Dingen folgende Lehren: Die kommenden Reparationsverhandlungen stehen im Zeichen von zwei Tatsachen:

1. Im Zeichen der Bildung der imperialistischen Einheitsfront zur Niederschlagung der Sowjetunion.

2. Im Zeichen noch größerer Massenverleumdung und Volksaufklärung im Interesse der deutschen und ausländischen Arbeiter.

Die Koalitionspolitik ist das Mittel, mit dem die deutschen Imperialisten in der gegenwärtigen Situation ihre Kriegs- und Ausbeutungspolitik durchführen. Der Kampf gegen den imperialistischen Schacher, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegszustellungen, gegen die Koalitionsregierung, den Reformismus und seine arbeitgeberverräterische Politik steht im neuen Jahre noch schärfer als im Jahre 1928 auf der Tagesordnung.

manifischen Jugend für die Tage dieser Versammlungen Kinderkrippen eingerichtet.

Die Arbeiter lassen Bestellungen, am Samstag die Arbeit ruhen zu lassen, um so geschlossen an der Wahl teilzunehmen. Um dem Betrieb keinen Verlust zu verursachen, werden die Arbeiter an einem nächstfolgenden gesetzlichen Ruhetage arbeiten.

Das Volkskommissariat für Bildung erließ an die Schüler der Werkschulen ein Schreiben, in dem sie aufgefordert werden, den Wahlkommissionen bei der Heranziehung der Dorfparmen, der des Lebens und Schreibens noch untüchtigen Arbeiter und der werktätigen Frauen zu helfen. Der Volkskommissar, Genosse Lunatscharski, gibt in diesem Schreiben den Schülern konkrete Vorschläge, wie sie diese Arbeit am besten organisieren können.

So wird der Arbeiter des proletarischen Staates schon in der Schule zur aktiven Teilnahme am politischen und Staatsleben erzogen.

Günstigere Lage für Amanullah

U. London, 27. Dezember. Die verschiedenen aus Afghanistan vorliegenden Berichte stimmen darin überein, daß eine wesentliche Entspannung der Lage eingetreten ist. Sie hat ihren Grund in erster Linie in der Tatsache, daß der inzwischen eingetretene Winter die Bewegungen auf beiden Seiten naturgemäß schon jetzt behindert und bald ganz unmöglich machen wird. Für Amanullah ist diese Entwicklung günstig.

Durch englisch-indische Flugzeuge sind weitere 28 Frauen von Kabul nach Peshawar gebracht worden. Unter ihnen befinden sich auch einige deutsche Damen. Es sind ferner Vorkehrungen getroffen worden, auch die übrigen in Kabul befindlichen ausländischen Frauen und Kinder nachzubringen, von wo sie nach Kalkutta und Bombay befördert und unter die Obhut der zuständigen Konsuln gestellt werden sollen.

Attentat auf einen Polizeibibel

Belgrad, 27. Dezember.

Am 25. Dezember wurde im größten Kaffeehaus von Agram von einem Unbekannten, der sich hinter einem Vorhang versteckt gehalten hatte, ein Revolverattentat gegen den Agenten der Polizeidirektion, Alfred Grauer, verübt. Grauer wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Ruter der allgemeinen Panik gelang es dem Attentäter, zu entfliehen. Die Polizei hat sofort eine Unteruchung eingeleitet, aber noch keine Spur gefunden.

Man vermutet, daß der Anschlag von der Organisation jugendlicher extremer Kroaten der sogenannten Franz-Partei organisiert worden ist. Die Polizei hat bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Das Attentat hat sicherlich politischen Charakter. Grauer war früher Agent der österreichisch-ungarischen Militärpolizei und jetzt Spitzel und Propagandist der Belgrader Regierung. Er bespitzelte vor allem den ermordeten Führer der kroatischen Bauernpartei Raditsch auch auf seinen Auslandsreisen und verschaffte der Polizei Dokumente, die größtenteils gefälscht waren, und die bewiesen sollten, daß Raditsch und die kroatische Bauernpartei eine Aktion gegen den jugoslawischen Staat planten.

Konflikt i. Chemischer Transportgewerbe

U. Chemnitz, 27. Dezember. Im Chemnitzer Transport- und Verkehrsgewerbe hatten die Arbeitgeber den Manteltarif zum 31. Januar 1929 gekündigt. Der neue Manteltarif soll auf drei und der neue Lohn auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer lehnten diese Vorschläge ab und nahmen eine Niederlegung der Arbeit in Aussicht.

Sozialdemokratische Abgeordnete als Spitzel

Die kommunistische Fraktion brachte folgenden Antrag im Thüringer Landtag ein, der ein großes Licht auf die Spitzelmethode der SPD wirft. Ein Kommentar dazu ist wohl überflüssig.

Als heute, den 20. Dezember, gegen 17 Uhr nachmittags, ein kommunistischer Landtagsabgeordneter telephonisch eine Depesche aufgab, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Kieß bemerkt, wie er neben der Telephonzelle am Tisch sitzend das Telephonat ablauschte und notierte. Es liegt der dringende Verdacht vor, daß dieser Parlamentsspitzel das abgelesene Telephonat der sozialdemokratischen Presse weitergeleitet hat.

Derartige Verhältnisse im Thüringer Landtag sind nur infolge der mangelhaften technischen Einrichtungen möglich und sind unhaltbar. Die kommunistische Landtagsfraktion beantragt daher:

1. Die Unteruchung dieses Falles durch den Kassenrat und
2. die Einrichtung von schärferen Telephonzellen, um in Zukunft derartige Spitzeleien des Abgeordneten Kieß unmöglich zu machen.

Reichsbahnlohnabkommen nicht gekündigt

nicht gekündigt

U. Berlin, 26. Dezember. In den letzten Tagen haben beim Einheitsverband der Eisenbahner, der großen Organisation der deutschen Eisenbahner, Verhandlungen darüber stattgefunden, ob das bis zum 31. Dezember laufende Lohnabkommen gekündigt werden solle oder nicht. Der Beirat des Verbandes, der sich aus Vertretern aller deutschen Ortsgruppen zusammensetzt, ist nach langen Erörterungen zu der Überzeugung gekommen, daß aus tatsächlichen Gründen eine Kündigung des Abkommens zurzeit nicht empfehlenswert sei, und hat dem Vorstand empfohlen, entsprechende Schritte erst später, zu einem gelegeneren Zeitpunkt, zu unternehmen.

Die reformistischen Führer des Einheitsverbandes wissen, was sie den „Genossen“ in der Koalitionsregierung schuldig sind. Um den „Wirtschaftsfrieden“ zu wahren, lassen sie einfach die Nichtkündigung des Lohnabkommens beschließen und verzetteln damit die Eisenbahner und unteren Beamten zum Hungerdasein auf lange Sicht. Der Beschluß des Verbandesberates muß den schärfsten Protest aller Verbandskollegen hervorrufen. Die Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs sind gestiegen und im weiteren Steigen begriffen, die Reichsbahn wirft große Ueberhöfe ab — damit ist die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Lohnerhöhung gegeben. Eisenbahner, organisiert den Kampf!

Eine freie Fraktionsfrage

Unter der Überschrift „Ein echter Arbeiter“ formuliert die Leipziger Volkszeitung ein verurteilendes Pamphlet der Leipziger Arbeiterfraktion. Die Leipziger Volkszeitung drückt einen von dieser Gruppe verbreiteten Handzettel über ein angeblich von dem Genossen Rudolf Kemmer im „Dresdner Anzeiger“ veröffentlichtes „Schwarzbuch“ nach. Dieser Handzettel wurde in dem Leipziger Betrieb verbreitet und im Bezirk an die Ortsgruppen geschickt. Der Genosse Kemmer stellt hierzu in der Dresdener „Arbeiterstimme“ fest: „Daß ich ein Infamat über die Arbeit meines Landes

weber im „Dresdner Anzeiger“ aufgegeben noch dort je bezahlt habe.“ Bereits vor langer Zeit wurde in der kommunistischen Landtagsfraktion, in der Dresdener Bezirksleitung und vor den Dresdener Funktionären der Partei festgestellt, daß Genosse Kemmer im „Dresdner Anzeiger“ nicht inseriert hat. Damals haben die Brandler, Deute Böttcher und Sieberach keine Einwendungen dagegen erhoben.

Stahlhelm-Ueberfall auf NSB-Kameraden

Anlässlich eines Jagdballes in Spiegelhagen bei Berleberg (Märk) wurde eine große Fresserei und Sauferei von den Stahlhelmern veranstaltet. Eine Horde von 20 bis 30 besessenen Stahlhelmern griffen nachts auf der Dorfstraße und pöbelte einen Knecht, der in Spiegelhagen in Stellung ist und dem NSB in Berleberg angehört, an, schlug ihn mit einem offenen Messer und drang, als sich der Kamerad vor der Uebermacht flüchtete, in seine Stube ein, mit einem Beil und Knüppeln bewaffnet. Nur mit Mühe konnte sich der Kamerad retten. Der Gendarm Störbed wollte am nächsten Tage nicht etwa die Stahlhelmer, sondern unseren Kameraden verhaften. Nur das energische Auftreten des Kameraden und des Bauern, bei dem er arbeitet, verhinderten das. Die Stahlhelmer äußerten in ihrer Wut: „Dich kommunistenhund müßte man totschlagen! Mit Hundens aus dem Dorfe hegen, und die Gelegenheit wird sich noch einmal bieten, um dich um die Ecke zu bringen.“

Ein Bunterfran eingestürzt

U. Brunsbüttelkoog, 27. Dezember. Am Donnerstagsvormittag wurde der große, auf der Nordseite des Kaiser-Wilhelm-Kanals befindliche Bunterfran der Bunker-Depot G. m. b. H. durch eine gewaltige Sturmflut während des Betriebes von der Verankerung gerissen und stürzte, nachdem er am Ende der Schienen Widerstand gefunden hatte, in sich zusammen. Die Eisenkonstruktion, die sich tief in das Erdreich einbohrte, ist vollständig verbogen und zerbricht. Zahlreiche Fernsprech- und sonstige elektrische Leitungen wurden von dem stürzenden Fran zerstört. Ein Arbeiter trug bei dem Unfall leichte Verletzungen davon.

Ein Häufertompler in Rassel in Flammen

Bier Feuerwehrlente verletzt

U. Rassel, 27. Dezember. In Geisleben, eine Stunde von Heiligenstadt entfernt, brach am zweiten Weihnachtstage in dem Gehöft des Landwirts Knoche ein Feuer aus, das in der mit großen Stroh- und Futtervorräten gefüllten Scheune reiche Nahrung fand, und sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Im Augenblick stand ein ganzer Häufertompler in Flammen. Das Großvieh konnte mit knapper Not gerettet werden. Zahlreiche Kleinvieh ist in den Flammen umgekommen. Bier Feuerwehrlente wurden bei den schwierigen Löscharbeiten verletzt und mußten in ärztliche Behandlung genommen werden. Der Schaden wird auf 100 000 Mark geschätzt. Als Entstehungsursache wird Kurzschluß angenommen.

Eisregen über Wien

Ueber 90 Personen verletzt

U. Wien, 27. Dezember. Mittwoch nachmittags ging über Wien ein Eisregen nieder, der die Bürgersteige mit ziemlich glatter Kruste überzog. Die unmittelbare Folge davon war, daß Passanten in Massen stürzten und sich teils schwere Knochenbrüche und sonstige Verletzungen zuzogen. Von 17 Uhr bis spät nachts waren die Wagen der Rettungsgesellschaft in fortwährender Fahrt begriffen und die Unfallstationen sowie die Krankenhäuser füllten sich mit Verunglückten. Ueber 90 Personen mußten zum Teil mit schweren Verletzungen in ärztlicher Behandlung bleiben, während eine noch größere Menge noch erster Hilfeleistung entlassen werden konnte.

Stahlhelmkrolche gegen Reibauern und Landarbeiter

In Leichenborn (Brandenburg) hat der Stahlhelmkrolch Otto Pöll einen 60jährigen Reibauern ohne irgendeinen Anlaß verprügelt. Der Bauern hat seine eigene Mutter mit dem Erzieher bedroht, nur durch das Dazwischentreten einiger Nachbarn konnte die stöhnende Frau gerettet werden. Die republikanische Polizei lehnt ein Einschreiten gegen diesen Bauern ab. Der Stahlhelmer Grunbald jr. aus Renhof (Brandenburg) schlug den bei seinem Vater beschäftigten jungen Landarbeiter Kals mit

einer Eisenkette über den Kopf, so daß Kals mit drei Laffenden Kopfwunden zusammenbrach. Auch hier lehnte die Polizei die Weiterverfolgung der erstatteten Anzeige ab.

Es wird notwendig sein, daß die hiesigen Arbeiter und Kleinbauern sich im Roten Frontkämpferbund zusammenschließen, das wirkt bekannlich in solchen Fällen „ernüchternd“ auf die Stahlhelmkrolche.

30 Fischer durch einen Erdbruch verschüttet

U. Nowo, 27. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, stürzte infolge eines starken Erdbebens die Halbinsel Uja in der Krim ins Meer. Durch den Erdbruch wurden zwei Fischerboote mit etwa 30 Mann Besatzung verschüttet. Der Erdbruch ging so schnell vor sich, daß die Fischer nicht mehr gerettet werden konnten.

Am Freitag Attentatsprozess in Warschau

U. Warschau, 27. Dezember. Am Freitag beginnt hier der Prozess gegen den jungen russischen Emigranten Georg Boychilechowitsch wegen des Attentats auf den russischen Handelsvertreter Sijarewitsch.

Eisenbahnunglück in Rumänien

U. Bukarest, 27. Dezember. Der am Mittwochabend von Bularest nach Temeswar abgegangene D-Zug stieß bei Buzinesti, in der Nähe von Berciorova mit einem Gegenzug zusammen. Die beiden Lokomotiven und zwei Wagen wurden vollständig zertrümmert. Ein Weichensteller und mehrere Personen sollen getötet worden sein.

Kleine Nachrichten

200 Menschenopfer während der Weihnachtstage in Amerika. — U. London, 27. Dezember. Während der Weihnachtstage sind in den Vereinigten Staaten nach Berichten aus New York zweihundert Personen ums Leben gekommen. Mehr als die Hälfte von ihnen verlor bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Bierzehn sind durch den Genuß von vergiftetem Whisky ums Leben gekommen, während dreißig das Opfer von Christbaumbränden wurden. Ein kleiner Rest verteilte sich auf verschiedene Zwischenfälle. Drei Personen sind beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Eisenbahnunglück in Mexiko. — U. London, 27. Dezember. Der Gouverneur des mexikanischen Staates Chihuahua und neunzehn andere führende Mitglieder der Provinz wurden bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Jimaga verletzt. Die Lokomotive des Zuges stürzte in den Abgrund, wobei der Lokomotivführer und der Heizer um Leben kamen.

Flugzeugzusammenstoß. — U. London, 27. Dezember. Wie das Luftministerium bekanntgibt, sind bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Flugzeugen südwestlich von Chartum drei Militärflieger getötet worden. Der Pilot der einen Maschine, ein Fliegeroffizier, und sein Begleiter, ein Hauptmann, wurden bei dem Absturz sofort getötet. Der einzige Insasse der zweiten Maschine starb bald an seinen Verletzungen.

Ein Milchwagen vom Eisenbahnzug überfahren. — U. Leipzig, 27. Dezember. Beim Ueberqueren der Gleise wurde der Milchwagen des Rittergutes Neutaubenheim von dem Personenzug Waldheim-Kochitz, nahe der Station Döhlen, erfasst. Die Pferde wurden auf der Stelle getötet und der Wagen vollständig zertrümmert. Die Führerin des Wagens wurde mit schweren inneren und äußeren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Eisenbahnunfall in Saarbrücken. — U. Saarbrücken, den 27. Dezember. Der von Saargemünd kommende Nachtpersonenzug stieß im hiesigen Hauptbahnhof auf einen die Gleise versperrenden Baggon auf. Außer Materialschaden erlitten zwei Personen Verletzungen im Gesicht bzw. Beinbruch.

Die Folgen des Glattsees in München: viele Verletzte. — U. 27. Dezember: Wie sich erst jetzt herausstellt, sind bei der gefährlichen Glattseebildung am Abend des ersten Weihnachtstages in München so viele Personen verunglückt, daß allein 62 Verunglückte in den Krankenhäusern untergebracht werden mußten. Davon allein 46 bei der Chirurgischen Klinik.

Heftige Erdstöße in England. — U. London, 27. Dezember. In den niedriggelegenen Teilen der Grafschaft Wiltshire wurden in der Nacht zum Donnerstag drei ziemlich starke Erdstöße verzeichnet. In den Bezirken Lanchilleth und Aberbery wurden die Häuser stark erschüttert und zahlreiche Bewohner stürzten in Nachtschleibern auf die Straße, da sie glaubten, daß sich in einer der benachbarten Kohlengruben eine Explosion ereignet habe. Einige der Bewohner erklärten, daß sie ähnliche Empfindungen bei der großen Bergbauplosion in Ginn bei der zahlreiche Menschen ums Leben kamen, gehabt hätten.

Oberschlesien

Die reformistischen Führer gegen mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit

Zu der Hüttenarbeiterbewegung wird uns vom ober-schlesischen Parteisekretariat geschrieben:

Der gigantische Kampf der Metallarbeiter an Rhein und Ruhr ist von den reformistischen Führern verraten worden. Der „kleine Metallarbeiter“, der Vorkriegsreformist Sebering hat als Vertrauensmann der Regierung und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie einen Schiedsspruch gefällt, der nur im Interesse der Kapitalisten liegt.

Inzwischen rückt auch in Oberschlesien der Termin für den Ablauf des Tarifes für die Metallindustrie heran. Die Kollegen in Oberschlesien werden bekannterweise am schlechtesten bezahlt. Schon im Frühjahr dieses Jahres haben die Gewerkschaftsführer wohl die Forderung von 15 Pfg. Lohnzulage pro Stunde erhoben, dann jedoch fallen lassen. Diesmal sind sie viel bescheidener. Sie fordern diesmal nur eine Zulage von 6 Pfg. die Stunde. Sie sind sich darüber klar, daß auch die 6 Pfg. nicht bewilligt werden. Die Forderung von 8 Pfg. ist geradezu eine Verhöhnung der Metallarbeiterkollegen. Die Forderung für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände wird täglich größer, die Tarife der Reichsbahngesellschaft für Personen und Güter sind erhöht worden. Die Lebenshaltung also unmen-schlich und katastrophal.

Trotzdem über die Forderung der Reformisten von 6 Pfg. die Mitglieder nicht befragt wurden, ist die vollkommen ungenügende Forderung eingereicht. Am vergangenen Sonntag hat der D.M.W. seine Funktionäre zusammengerufen, um mit ihnen über die Lage zu diskutieren, oder besser gesagt, sie von der Notwendigkeit des Verrats zu überzeugen.

Das Referat hielt der neugebadene Arbeitsamtsdirektor Rarger. Kein Wort von Kampf oder den Vorbereitungen dafür. Kein Wort von dem Elend und der Not der Kollegen. Einen langen Saum von der „Not“ der Donnerstags, Ballestreim und Co. Den Kampf von vornherein aufzugeben, gegen die Opposition während hegen, miesmachen und die „Armut“ der Kapitalisten begründen, das war Rargers Linie.

Die Kollegen brachten die am Schluß abgedruckte Entschlie-ßung ein, die nach einer wütenden Debatte von Rarger abgelehnt wurde. Die Kollegen der Metallindustrie haben die erste Lehre und Erfahrung hinter sich. Sie müssen jetzt erst recht im Sinne der Entschlie-ßung handeln und den Kampf organisieren.

„Die heute in Hindenburg tagende Funktionärskonferenz des D.M.W. nimmt zu der Lage in der Metallindustrie Stellung und stellt insbesondere mit Rücksicht auf die Fälligkeit des Tarifes folgendes fest: Die drei Arbeitnehmerorganisationen der Metallarbeiter haben den Tarifvertrag gekündigt und begehrt die Lohnerrhöhung eine solche von 6 Pfg. die Stunde beantragt.“

Die letzte Lohnerrhöhung fand im Frühjahr dieses Jahres statt und wurde abgeschlossen ohne einen positiven Erfolg. Inzwischen sind die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ungeheuer gestiegen, die Miete ist erhöht worden und die Tarife der Eisenbahn für

Personen- und Güterverkehr wurden gestiegen. Das Lebens-niveau des Arbeiters ist also um ein weiteres Maß herab-gedrückt.

Unerwartet ist die Konjunktur in der Metallbranche nach wie vor gut.

Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist die von den Arbeitnehmerorganisationen aufgestellte Forderung von sechs Pfennig Stundenzulage vollkommen unzureichend. Hinzu kommt der Umstand, daß die Arbeitskollegen besonders in der ober-schlesischen Metallindustrie bei langer Arbeitszeit und unter den schlimmsten Aus-wirkungen der Rationalisierung und des Affordverfahrens unmen-schlich ausgebeutet werden.

Die Funktionärskonferenz fordert deshalb die Leitung des Ver-bandes auf, konkrete und im Interesse der Kollegen liegende Forde-rungen, sowohl was die Arbeitszeit als auch den Lohn betrifft, ein-zureichen. Die Funktionäre schlagen deshalb vor und beschließen:

1. Eine Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pfg.
2. Die 48stündige Arbeitswoche bei dreigeteilter Schicht.
3. Befreiung der Arbeiter.
4. Erhöhung der Sozialzulagen von 10 auf 20 Pfg.
5. Streikung der Gruppe C und D.
6. 14-tägiger Urlaub für alle Arbeiter.
7. Unentgeltliche Lieferung von Deputatkohle und 120 Zentner pro Jahr.
8. Wöchentliche Auszahlung des Lohnes.

Unter Zugrundelegung der Erfahrungen des Kampfes der Hütten-arbeiter im Ruhrgebiet, wonach die Unternehmer selbst die bescheiden-sten Forderungen der Arbeiter abgelehnt und mit der brutalen Aus-spernung beantwortet haben, beauftragt die Funktionärskonferenz die Bezirksleitung des D.M.W., sofort alle Maßnahmen zu treffen, um die genannten Forderungen durch den Kampf der ober-schlesischen Me-tallarbeiter durchzusetzen.

Von der Bezirksleitung des D.M.W. sind zu diesem Zwecke Be-legschafts- und Gewerkschaftsversammlungen abzuhalten, um alle Ar-beiter zu informieren, sie für die Forderungen zu mobilisieren, und so den Kampf auf breiter Basis vorzubereiten.

In den Belegschaftsversammlungen sind Streikkomitees zu wählen, die die Aufgabe haben, die gewerkschaftlich noch nicht organi-sierten Kollegen in die Front einzureihen und sie dem D.M.W. zu-zuführen.

In öffentlichen Versammlungen sind die übrigen Arbeiter und besonders die Erwerbslosen aufzuklären und zur Solidarität an-zujaheln.

Die Konferenz erwartet von der Bezirksleitung des Verbandes, daß sie diese Maßnahmen sofort in Angriff nimmt. Die Funktionär-konferenz fordert die ober-schlesischen Metallarbeiter auf, sich hinter diese Forderungen zu stellen und entsprechend den hier genannten Maßnahmen schon jetzt an die Vorbereitung des Kampfes zu gehen.“

die Klüßigen, ihren Nächsten zu lieben. Da glaubt der männliche Teil dieses Ehepaars, wenn er schon den Nächsten lieben soll, dann soll es seine Tochter sein. Er verlangt von seiner Tochter, daß sie mit ihm schlaf. Da sie dieses Angebot ihres Vaters ablehnt, ist der lebende Vater sehr erzürnt und läßt sie daraufhin zu Hause nicht schlafen. Draußen in der größten Kälte wartet das arme Mädchen, bis ihr Vater sich zur Ruhe begeben hat, um dann in aller Heimlichkeit sich schlafen zu legen. Vor einigen Tagen wurde die Tochter gezwungen, zur Polizei zu gehen, um Hilfe zu suchen. Dort hatte man nur eine sehr kurze Bemerkung übrig, und die lautete: „Wenn Ihr Vater an Ihnen noch nichts getan hat, so können wir nicht eingreifen.“ Mit dieser bescheidenen Auskunft ging das Mädchen heim. Durch die fortgesetzten Nachstellungen des Vaters ist das Mädchen gezwungen, im Saal zu schlafen. Dieser „lebende“ Vater ist auch Mitglied des katholischen Männervereins und besucht weiter die Kirche.

Vielleicht kümmert sich die Behörde um diesen Fall, ehe ein Sexualverbrechen geschieht.

Beuthen

Dienst bei der Stadterwaltung. Am 31. d. M. bleiben die Büros und Kassen der städtischen Verwaltung mit Ausnahme der Stadtkasse und der Klassen, die Sonnabenddienst (8-18 Uhr) hat, entsprechend der für den Dienst bei den Staatsbehörden getroffenen Regelung geschlossen.

Neustadt

„Gut, die bösen Kommunisten.“ So manches fromme Spieker-berg hat sich schon verschiedene Bahnvorstellungen über Kommunisten und den Kommunismus gemacht. Zu einer solchen frommen Spieker-seele gehört auch der Kaufmann Jakob Schneider, Meister Straße. Gehen da einige Genossen der SPD und des KPD für die Weis-nachhilfe der KPD, sammeln und kommen auch zu unserem Freund Jakob und bitten ihn höflich, etwas zu spenden. Der o. weh. Darsch läßt er die Genossen an: „Was wollt ihr verfluchten Kommunisten. Ihr wollt eine Kommunistenregierung und wollt uns alle tödigen. Für euch gebe ich nichts.“ Wir wählten ein gutes Mittel gegen der-artige Bahnvorstellungen. Wenn man die Elemente der KPD er des Kommunismus gelesen hat, wird man schon gefasster um den Kopf!

Oppeln

Zweiterlei Maß

Zu der am 1. Feiertag abgehaltenen Berichterstattung über die Mosauer Spartakiade war es notwendig, die Veranstaltung beim Volkspräsidium anzuzeigen. Das Volkspräsidium schickte nun am Sonnabend einen Beamten in unsere Geschäftsstelle, der uns schonen vorbereiten sollte, daß die ganze Veranstaltung schließlich ver-boten wird, wenn wir nicht eine beachtliche Zwillingenmusik (Ueber-tragung einer Grammophonplatte) weglassen. Angeblich sollte das auf Anweisung des Oberpräsidenten Dr. Proße geschehen. Eine alte Verfügung mußte herhalten, wonach in öffentliche Musikaufführungen an diesem Tage verboten sind. Auf unseren Protest wurde uns „groß-zügig“ (!) auf eigene Verantwortung jedoch die Uebertragung gestattet.

Die Reichswehr gibt am 1. Feiertag Konzert!

Was ist denn das? Große Plakate kündigten in der Handwerks-kammer für den 1. Feiertag ein großes Konzert an. Natürlich spielt die Reichswehr und macht einen nationalistischen Rummel. Wir da-gegen klären die Arbeiter auf und spielen revolutionäre Lieder. Das paßt natürlich nicht dem Herrn Zentrumspräsidenten, weil er weiß, je mehr Aufklärung, desto kürzer seine Herrschaft. Darum versucht man, uns brutal zu verbieten.

Ein Zentrumshehl

Zum Gaudium befindet sich in der Zentrumsfraktion der Herr Schubert. Dieser Herr kam zur Spionage am Donnerstag mit einiger Verpöpfung in die aufgelassene Stadtdirektorenwohnung. Die Doppelner Protesten kennen diese Hiebe des Zentrums genau, sie wissen, daß er es für sich schon bis zu einigen Häusern gebracht hat, für die Arbeitererschaft aber nur komödiantische Trostworte übrig hat. Schubert wurde dementsprechend empfangen. Was machte dieser Stadtvater da? Er zog seine Geldtasche und drückte einem Arbeitslosen eine Mark in die Hand. Man war paß und konnte sich über dieses Stüchchen nicht mehr bedanken.

Was fürte Herr Schubert dazu? Sicher nur die Angst um das die schwarze Seele umgebende Fell. Nachdem er die Mark gegeben hatte, verduftete er, aber ohne Eumeligkeit. Vielleicht wird er jetzt verbreiten, daß er das Elend der Armen lindern half. Ist das nicht zum Lachen?

Ohne Gericht gibt es bei der Stadt nicht den rechtmäßigen Lohn!

In Erinnerung sind wohl noch die 59 Klagen der städtischen Friedhofarbeiter gegen die Stadt. Außer den 59 Arbeitern, die Klage einreichten, waren noch einige, die keine Klage eingereicht haben. Diesen sicherte zwar die Stadt auch zu, die geprellte Nach-zahlung ebenfalls zu geben. Eine Klage beim Arbeitsgericht würde ja sowieso den Arbeitern Recht geben. Versprechen, das können die Leute sehr gut, aber halten... So mußte bei der Nachzahlung am Freitag festgestellt werden, daß die Arbeiter, die nicht die Stadt ver-lagten, dafür insofern bestraft wurden, daß sie nicht die Nachzahlung erhielten. Ohne Gericht geht wohl nichts mehr bei der Stadt mit ihrem sozialdemokratischen Oberhaupt.

Eine „feine“ Frau! Es ist doch allerhand, was sich so die Frauen der „besseren“ Clique gegenüber den Armen alles erlauben. Am Sonnabend war die Frau des Direktors der Berufshilfe Erber auf dem Wohlfahrtsamt. In den Gängen sah man in natura das Elend und die Armut stehen. Frau Erber erkundigte sich teilnahmsvoll (?) bei einigen dieser Leute und kam zu dem Ergebnis, daß diese Armen „alles Packzeug“ sind. Das sagte sie ziemlich laut. Einer unserer Genossen, der für die Armen am Wohlfahrtsamt immer eintritt, gab dieser „feinen“ Frau Beiseid.

Rodmais Arbeitsamtszustände auf dem Lande

Dambrau. Die Mißstände auf der Kontrolle des Arbeitsamtes in Dambrau spotten jeder Beschreibung. Dreimal wöchentlich zwingt man die Arbeitslosen aus den umliegenden Dörfern, nach hier zu kommen, um der Stempelzeit zu genügen. Die Kontrollstelle ist in einem Kolonialwarengeschäft untergebracht, wo für das Publi-kum ein drei Quadratmeter großer Raum zum Aufenthalt dient. Die Stempelzeit ist auf 8 Uhr morgens festgesetzt, jedoch treffen des öfteren die Herren un-pünktlich ein. Bei dieser grimmigen Kälte, bei abwechselndem Regenwetter, stehen die Proleten wie das liebe Vieh auf der Straße und warten. Die Abfertigung ist eine sehr langweilige, so daß es vorkommt, daß der letzte Mann um 11 Uhr dran kommt. Die Mißstände werden schlimmere, da die Zahl der Arbeitslosen steigt.

Die Arbeitslosen fordern sofortige Abklärung dieser geschilderten Zustände.

Versammlungskaender

Oppeln. Freidenker. Sonntag 15 Uhr im Schützenhaus (Oberwerk) Mitgliederversammlung mit Vortrag. Gäste willkommen.

Genossen! Kauft nur bei unseren Insistenten

Gratis-Heilapparat für den Beuthener Landrat

In der in der vergangenen Woche stattgefundenen Kreis-tags-sitzung kamen bei der Vorlage „Entlastung der Jahresrechnung für das Jahr 1928“ nette Dinge zur Sprache. Wie man mit den Steuerzölkern umgeht, darüber lassen wir einige Kostproben folgen:

Der Bericht der Finanzkommission war eine Anklage gegen die Leitung der Beuthener Kreisverwaltung. Wie wir schon berichtet haben, war das Geschäftsgebahren ein völlig unübersichtliches, und die Kommission konnte sich in den Dingen nicht zurechtfinden. Die Be-antwortungen selbst gaben einen völlig ungenügenden Aufschluß über verschiedene Veranlassungen. Eigentlich wollen wir zu den Fragen der Verwendung, besser gesagt: Verschwendung von Steuergebern kommen: Für die bauliche In-standhaltung des Kreishauses sind im Etatsjahr 12 800 Mark vor-gesehen, verausgabt aber über 20 000 Mark.

Für einen an den Landrat gestellten Heilapparat zahlte die Kreis-kasse 141 Mark.

Es ist doch geradezu unerhört, wie man öffentliche Gelder einfach für persönliche Zwecke des Landrats verwendet. Wenn Invaliden oder sonstige kranke Leute an den Kreis herangehen, um Beihilfen zur Anschaffung von Prothesen zu erlangen, werden solche Anträge aus Mangel an Mitteln abgelehnt. Der Herr Landrat, bei seinem horrenden Gehalt, läßt sich auf Kosten des Kreises einen Heilapparat kaufen.

Vielleicht kann man Ihnen, Herr Landrat, noch einen Punkt vor-bringen! Zur Reorganisation der Verwaltung, wie sie in der letzten Kreis-tags-sitzung berechtigtweise gefordert wurde, wäre er als Hilfsmittel angebracht. In einem weiteren Falle läßt sich auch mal der Re-

gierungsassessor was kosten. Die Kreis-kasse bezahlte für gestelltes Glas 100 Mark. Ob das Fenster-scheibenglas oder Wein-gläser waren, ist aus den Belegen weniger ersichtlich. Vielleicht gibt man uns hierüber Aufschluß. Die Telefon- und Telegramm-gebühren sind gegenüber dem Etatsanlag reichlich überschritten. Hier wäre eine scharfe Kontrolle am Platze, damit die Herren nicht Privat-gespräche auf Kreis-kosten führen können. Das gleiche gilt beim Titel „Reisekosten“. In den Kommunen des Kreises lassen sich diese „hohen“ Herren sehr wenig sehen, weil sie da mit Wünschen und Forderungen überhäuft werden. Die Reparaturen der Dienstwohnungen ver-schlangen auch ungeheure Summen. Den vom Kreis beschäftigten Arbeitern und kleinen Beamten renoviert man die Woh-nungen nicht auf Kreis-kosten. Diesen Anspruch haben nur die höheren Beamten. Der Kreisbaumeister, dem die Instandhaltung der Wohnungen obliegt, dachte hierbei in erster Linie an sich.

Das sind so einige Auschnitte, die bei der Prüfung der Jahres-rechnung zutage traten. Ob überhaupt Beschlüsse auf die Ueber-schreitungen vorliegen, war bis jetzt nicht festzustellen.

Die arbeitende Bevölkerung des Kreises kann sich mit diesen Din-gen ein kleines Bild über die getriebene Finanzwirtschaft machen. Wenn du, kleiner Bauer, Pächter, Siedler und Prolet nicht die Steuern bezahlst, dann wird dir erbarmungslos Vieh, Gerät und Lohn ge-pfändet. Und wer steht euch Ausgebetteten zur Hilfe? Nicht die bürgerlichen Parteien und die SPD, denn die sind es nur, die diese Politik betreiben und stützen, sondern die Kommunisten, die auf eurer Seite stehen, und den schärfsten Kampf gegen diese Auswüchse und Ausbeutungsmethoden führen. Werttätige, helft mit!

auch der Profit für die Aktionäre. Die Donnerstagskütte wird auch als ein unrentables Geschäft hingestellt. Auch hier will man das ganze Werk schließen. Der Hochofenbetrieb ruht schon seit Monaten. Die Hüttenbarone spekulieren auf neue Subventionen von Reich und Staat. Das können sie um so mehr, weil die Hermann-Müller-Regierung der Bürgerlos-regierung auch in dieser Frage nicht nachsteht. Die Preche haben die Proleten zu bezahlen.

Gleiwitz

Gesellschaftliche Miete für den Monat Januar. Die angekündigte Erhöhung der Miete zu Beginn des neuen Jahres ist nicht einge-treten, die gesellschaftliche Miete bleibt auf Grund der Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 26. März 1927 für den Monat Januar 1929 gegen den Vormonat Dezember 1928 unverändert. Es sind somit für den Monat Januar 1929 zu erheben: 116 Prozent der Friedensmiete, sofern der Mieter die Schönheitsreparaturen aus-führt, 120 Prozent der Friedensmiete, sofern der Vermieter die Schönheitsreparaturen ausführt. Daneben ist umlagefähig der 100 vom Hundert übersteigende Betrag des kommunalen Zuschlages zur Grund-vermögenssteuer.

Gleiwitz hat 4736 Erwerbstoße. Die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt nimmt mit jedem Tage erneut zu. Während zu Beginn des Monats noch keine 3000 Arbeitslose (am 1. Dezember lagen dem Arbeitsamt Gleiwitz insgesamt 2974 Arbeitsgesuche vor) zu ver-zeichnen waren, betrug am 21. Dezember die Zahl der Arbeits-suchenden 3891 männliche und 869 weibliche, zusammen 4760 Per-sonen.

Hindenburg

Die Tochter muß im Saal schlafen

Uns wird mitgeteilt: Auf der Kanalstraße 24 wohnt ein sehr frommes Ehepaar, das alle Tage das Haus „Gottes“ besucht, um sich an den „geistigen“ Gaben zu laben. Die Religion verpflichtet

Dauerndes Anwachsen der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsmarktlage in der Provinz Oberschlesien für die Zeit vom 10. bis 15. Dezember 1928.

In der Berichtswoche wurden gezählt 61 605 (in der Vormo-die 41 421) Arbeitsuchende, 26 840 (20 121) Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, 1301 (1287) Hauptunterstützungsemp-fänger in der Krisenfürsorge, 211 (307) offene Stellen, 1269 (1493) Vermittlungen.

Das Steigen der Arbeitslosenziffer besteht dasselbe schnelle Tempo. Die ungenügende Bitterung führte zu starker Entlassung von Ar-beitskräften aus den Außenbetrieben. Der Andrang bei den Arbeits-amtern betrug am Stichtage (12. Dezember) 1:246, d. h. auf eine offene Stelle kamen 245 Arbeitsuchende gegenüber 1:166 der Vormo-die.

Betriebsstilllegungen in Hindenburg

Die Oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken in Hin-denburg stellen ihre Koksanlagen Foremba- und Glüdauf insolge Betriebsbeschränkung ein. Dadurch werden am 15. Januar 1929 189 Arbeiter entlassen, so daß ein verstärkter Zugang von Arbeits-losen am 15. Januar zu erwarten ist.

Generaldirektor Brennede rationalisiert weiter

Arbeiterabbau auf dem Jawadzi-Werk.

Die Oberschlesischen Vereinigten Hüttenwerke, unter Führung des Generaldirektors Brennede, haben in den letzten zwei Jahren in ihren Betrieben rationalisiert, wobei tausende Arbeiter auf Straßenplätzen flohen. Die neue Welle der Rationalisierung beginnt. Man plant von Seiten der Generaldirektion, den Betrieb des Jawadzi-Werkes einzuschränken. Wenn der Plan Wirklichkeit wird, so werden wiederum einige hundert Arbeiter das traurige Los der Erwerbslosen erben. Mit Unentbehrlichkeit werden diese durchgeführten Maßnahmen arümbel, wobei doch feststeht, daß trotz verminderter Beschäftig-ten, Anteil des Lohnes, die Produktion geiegen ist, und somit

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Margueritte
Berlin, Ullrich-Verlag

21 Weiter ging sie nicht in ihren Gedanken, da sie fürchtete, den Verdacht wieder aufzuheben zu sehen, den ihre gute Natur immer wieder abgelehnt hatte, den Schmutz einer Intrige, die ihre Mutter, Kessi Bogar, Charlotte und Ludwig einfügten, um den Unschuldigen einsperren zu lassen.

Er bestand eigenförmig darauf, die zwei Vektor-Binnetwäldchen nicht verkaufen zu wollen, für die die Bodengesellschaft ihnen durch ihre Agenten, während sie in den Orangeren war, einen solchen Preis hatte bieten lassen, daß die übrige Familie außer sich vor Wut war, die sich bietende Gelegenheit nicht ergreifen zu können. — „Jehn Francis pro Meter! Zweihunderttausend Francs! „Nein, in einem Jahre ist es fünfzehn wert! Dreihunderttausend!“ versicherte der Trunkenbold mit leeren Blicken. Aber Kessi, der nach dem Boom der Spekulation eine Stagnation, wenn nicht gar eine unermessliche Puffe voraus sah, hegte Ludwig und seine Mutter auf, das Geschäft abzuschließen, wenn nötig, indem man den Stärkenfried ungeschädlich machte. Er selbst hatte mit Zustimmung Charlottens eben sein Gutchen oberhalb des Balbes von Fernand verkauft. Jetzt war der günstige Augenblick, zu verkaufen. Nachher würde es zu spät sein...

Die in Geldfragen gleichgültige Epi, die den Schatten und den Duft des Jügels liebte, hatte, als sie auf die Olivette zurückkehrte, die Partel ihres Vaters ergriffen. Sie würde ihn im gegebenen Augenblick schon zu verteidigen wissen. Sie vertrieb die lästigen Gedanken und verteilte sich absichtlich in die Vollendung ihrer Arbeit. Wenn eine Schußbarre voll war, schob sie sie bis zum Obstboden, um ihre Ernte auszubereiten.

Das war ein großer Raum unter dem Heuboden, der zu verschiedenen Zwecken diente. Hauptächlich wurden Vorräte dort aufbewahrt, und im Sommer diente er während eines Monats als Aufenthaltort für eine kleine Zucht Seidenrauben. Außerdem hatte Frau Krell ihren Mann, nachdem er sich das Bein gebrochen hatte, sobald er geheilt war, dorthin verbannt und allein von dem Schlafzimmer Besitz ergriffen. Wenn man den Raum für die Seidenrauben brauchte, dann konnte er ja im Stall schlafen. Er war ohnehin gewöhnt,

bert sein Mittagsschlafchen zu machen. Das war für ihn lange gut genug.

„Zum Glück bin ich noch da, das wird alles anders werden!“ sagte sich Epi, indem sie ihre dritte Schußbarre auf den Dausen schon eingebracht hatte. „Was für eine Ernte!“ murmelte sie, „ich habe gar nicht genug Platz. Vaters Bett wird im Wege stehen.“

Ein Gefühl von Stolz und Kraft erfüllte sie. „Es ist doch ein wenig mein Verdienst, daß all das gemacht ist!... Ich hatte, ehe ich wegging, das Feld umgegraben und die Kartoffeln gesetzt.“ Sie ergriff die Heugabel und hob, um Platz zu schaffen, in hohen Lasten die unentküllten Bohnen auf. Wenn der Mais auch so ergiebig ist, weiß ich wirklich nicht, wo ich damit hin soll!“

Sie stößt einen durchdringenden Schrei aus und wehrt sich gegen zwei kräftige Arme, die sie gepackt haben. „Wer ist das?.... Franz?...“ Sie hat sofort an ihn gedacht. „Was sind denn das für Scherze? Das ist ja albern!“

Aber der Mann, dessen Geranschleichen sie beim Umlegen der dünnen Bohnen überhört hat, drückt sie nur fester an sich. Mit einem plötzlichen Ruck wendet sie sich um und sieht mit Staunen das Gesicht jenes jungen Mannes, mit dem sie auf dem Pfingstball getanzt hat, sich über das ihre neigen. Sie denkt blühschnell: „Wo kommt der denn her? Was will er hier?“ Sie weiß nicht, daß das Angebot von zweihunderttausend Francs für den Ankauf des Binnetwäldchens gerade von ihm stammt, im Namen der Bank Gold...

Die magnetischen Augen faszinierten sie, der energische Mund nähert sich und packt mit einem erfahrenen Fuß ihre Rippen. Sie hat keine Zeit gehabt, ihm auszuweichen und wehrt sich gegen den Überfall, versucht, sich loszumachen...

„So haben Sie doch keine Angst... Habe ich Ihnen nicht gesagt, wir würden uns wiedersehen? Erkennen Sie mich denn nicht?“

Doch! Aber für dies scharfe, harte Gesicht, das gelbe Unverschämtheit enthielt, hat sie nur Empörung und Ekel:

„Lassen Sie mich los!“

Wo ist der Hauber der Eleganz geblieben? Vor ihr steht eine losgelassene Bestie.

„Ihrenwegen bin ich hier!“

In Wirklichkeit ist er gekommen, um die Krells durch ein noch höheres Angebot zum Verkauf zu überreden. Der schöne Tag, das leere Haus, die verführerische Haltung dieses Mädchens, das er für eine Magd hält... Vor diesem Anblick hat sich plötzlich der Instinkt des jagenden Männchens geregt; der Peitschenhieb des Begehrens und

der tausend Jahre alten Herrschaft... Mit rotem Kopf betastet er sie, bedrängt er sie:

„Sie Böse!... Ich tue Ihnen doch nichts Schlimmes... Ist ein bißchen Liebe denn nicht wunderschön?“

Er klettert ihr noch andere Dinge zu, in den Hals, hinter die Ohren, und streift dabei ihre erschauende Haut... Er wiederholt:

„Haben Sie doch keine Angst...“

Angst? Die gefangene Epi zittert an allen Gliedern. Ja, sie hat Angst. Bisher, weiß sie nicht, denn jetzt ergreift sie eine seltsame Schläffheit. Sie möchte fliehen, die Erregung macht sie unbeweglich. Was die Überraschung begann, das vollendet jetzt eine wilde Angst. Sie atmet kurz, die Rosenflügel bebend. Sie ist drauf und dran, hinzufallen, wie in der Atemlosigkeit nach einem zu schnellen Lauf. Plötzlich fällt ihr ein, daß sie nicht allein ist.

„Vater! Nehmen Sie sich in acht! Vater!“

Der Unbekannte lächelt und preßt sich noch fester an sie: „Wißt Sie, wie man nach der Mutter zu rufen!“

Die brennenden Lippen drücken sich ihr auf, wo sie können, auf ihre Wangen, ins Haar, in den Nacken, während Epi sich wehrt mit einem Juden, das er für ein solches Wandler hält. Wie könnte dieser Eroberer etwas von der seelischen Vornehmheit dieser kleinen Wäuerin ahnen, er, der alle Frauen verachtet? Wie seine Kameraden, die ebenso abgebrüht sind wie er, und die nur nach der Sport, das Geschäft und das Vergnügen interessieren, denkt er: „Alle zu haben! Man braucht sie nicht mal erst um Erlaubnis zu fragen!“ Und so handelt er: er ist der Stärkere. Und damit sie sich ihm nicht mehr entziehen kann, legt er eine Hand hinter ihren Kopf; Epi kann dem Fuß nicht mehr ausweichen, der ihr den Mund öffnet und in ihm wühlt.

„Ach!“

Ein Senfzer, in dem das Bewußtsein sich auflöst. Alles an ihr vibriert. Ihr Körper singt. Sie zittert mit der Begierde eines jungen Vogels, der die Flügel zum ersten Fluge hebt. Franzens Bild, der Geschmack seines erweckenden Kusses verschmelzen mit dem Feuer dieser durchdringenden Liebeslösung. Ein letztes Sträuben. Sie steht: „Das ist doch wirklich zu stark! Lassen Sie mich los!“ Heftige Laute, die sie klingen lassen. Der Mann hat ihre feinen Handgelenke gepackt. Sie ist die Schwächere. Mit seinem ganzen Gewicht umschlingt er sie und zieht sie zum Bett hin:

„Du gefällst mir! Ich muß dich haben!“

„Glauben Sie, ich werde Ihnen als Strohhalm dienen?“

„Stell dich doch nicht dumm! Du hast ebenso große Lust wie ich!“

(Fortsetzung folgt.)

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
Sonnabend und Sonntag
20.15 Uhr
Die Dreigroschenoper
Montag zum 1. Male
Olympia
Komödie v. Franz Molnar
Von Dienstag, den 2. 1.
bis Freitag, den 5. 1.
täglich 20.15 Uhr
Olympia
Sonnabend, den 29. 12.,
Sonntag, den 30. 12. und
Dienstag, 1. 1., tägl. 15. 12.
Fips und Stips auf der
Weltreise

Thalia-Theater
Von Sonnabend, d. 29. 12.
bis Freitag, den 5. 1.
täglich 20.15 Uhr
Einen Jux will er sich
machen
◆
Sonnabend, den 29. 12.,
Sonntag, den 30. 12. und
Dienstag, den 1. 1.
täglich 15.30 Uhr
Rumpelstilzchen
(Pünktli-Bummi)

Neu! Musikhaus Schöllhorn
Das führende Spezialhaus der Odervorstadt!
Breslau 10, Neue Matthiasstr. 11
Telephon 25469

Sprechapparate erste Marken 69.- an
von Mk. 32.- an
Kollerapparate „ „ 32.- an
Schrankapparate „ „ 95.- an

Große Auswahl in Schallplatten u. Ersatzteilen. Bevorzugte Bezugsquelle für Geldweinapparate
Phonophon Nr. 20 u. 26 der beste Sprechapparat für Hotels und Gastwirtschaften
Bekannteste Teilzahlung: = Kasselle Bedienung
Weihnachts-Schallplatten in größter Auswahl



Möbel
jeder Art!
Schränke
für Kleider und
Wäsche
Bettstellen
in Holz u. Eisen
**moderne
Küchen**
und einzelne
Büfets
in größter Aus-
wahl und jeder
Preislage
Auf Wunsch
Teilzahlung!

**Kaufhaus
Leopold
Prager
Schweidnitz**
*Was bei
Prager Kauf
Haus Gold!*

Victoria-
Theater, Tel. 508 34.
tägl. 8. 12. Uhr
bis 31. Dez.
Revue-Reigen
„Das leber de
Magazin“
Vorverkauf
Barack u. Theater-
kasse

Schauspielhaus
Operettenbühne — Tel. 36300
Sonntag, 15. 12. Uhr (nachm. 3. 12. Uhr)
Die Herzogin von Chitago
◆
Donnerstag und täglich 20 Uhr:
Yvette und ihre Freunde
◆
Freitag, Sonnabend und Montag
15. 12. Uhr (nachm. 3. 12. Uhr)
Hans im Glück
Märchenpreise!
Parlett Nr. 1.50 usw.
◆
Dienstag, den 1. Januar, 15. 12. Uhr
(nachm. 3. 12. Uhr)
Prinzessin Xi-Xi-Bo

**Billigste Bezugsquelle für
Kolonialwaren**
Oskar Laqua
Breslau, Anderssenstr. 31

Frieditz
Waldenburg
Auenstraße 55, am Sonnenplatz

**Billigste Bezugsquelle
für Qualitätswaren**
**Bekleidungshaus
M. Ostrower**
Striegan Ring 48.

Wintergarten
Jeden Sonntag
Großer Ball Anfang
4 Uhr
Liegnitz, Wiesenstraße

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
Stahlwaren-Spezialgeschäft

Franz Potstada **Hirschberg**
Lauberg Burgstr. 3
Rob. Tisch- und Wurstwaren

**Sie verdienen
täglich**
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen!
Reste
In Serge, Kiste, Seid-
wand, Hermselstücker
Rohhaar, Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdöl
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Export
Berth. Lippert
Breslau
Feinrichstraße 18
Filiale: Oberstr. 17
Weißberggasse 43

Schauspielhaus
Operettenbühne — Tel. 36300
Sonntag, 15. 12. Uhr (nachm. 3. 12. Uhr)
Die Herzogin von Chitago
◆
Donnerstag und täglich 20 Uhr:
Yvette und ihre Freunde
◆
Freitag, Sonnabend und Montag
15. 12. Uhr (nachm. 3. 12. Uhr)
Hans im Glück
Märchenpreise!
Parlett Nr. 1.50 usw.
◆
Dienstag, den 1. Januar, 15. 12. Uhr
(nachm. 3. 12. Uhr)
Prinzessin Xi-Xi-Bo

Kaufhaus Bach & Bladmarm
Breslau 23 = Herdaminstr. 44
Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl
zu billigsten Preisen!

**Hüte und Mützen
Herren-Artikel**
kaufen Sie am besten bei
Felix Eckert
Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

**In Ihrem
Interesse**
liegt es, sich bei E u n anzuwenden auf
die Arbeiter-Zeitung zu beziehen

Musikhaus „Odertor“
Größtes Spezial-Musikhaus in der Odervorstadt.
Viazanzstraße 59, Ecke Elbingstraße
Sprech-Apparate und Schallplatten
billigst in großer Auswahl bei bequemer Teilzahlung
Neu eingerichtet: Filiale Scheitnigerstr. 49

Größtes Spezialhaus für Optik und Photo
Zahn-Parade-Vertrieb
Skullan-Pulver
Klosterstr. 45, am Mauritiusplatz
Klosterstr. 45, am Mauritiusplatz
Klosterstr. 45, am Mauritiusplatz

P. Fleischer
Waldenburg
Weinrichstr. 15 16
Lieferung frei
nach allen Orten

**Die schönsten
Weihnachts-Geschenke**
zu billigsten Preisen u. Niefenauswahl
Modehaus Landsberger
Schweidnitz
Innerer Ring 2, neben Rathauskeller
Beachten Sie bitte meine Schaufenster
Lagerbesuch ohne Kaufzwang

Anna Friebe
Liegnitz
Mittelstraße 60
Möbellager,
Schuhwaren,
Kleidung, neu
u. gebraucht

M. Neuthal
Schweidnitz, Burgstraße 2 u. 3
Herren- u. Knabenbekleidung
Bekannt billige Preise

Sprech- u. Nähmaschinen
Platten, Fahrräder,
billigst
Berliner Fahrradhaus
Lilienstr. 41

Bettenhaus W. Sandler
Bettstellen u. Matratzen
Bettfedern, Bettwädicke
Schweidnitz, Wilhelmsplatz 11

Inserate
haben in
unserer Zeitung
**guten
Erfolg**

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft nur bei
Klara Lison
Schweidnitz, Langstr. 23

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft man bei
Helene Reimann
Schweidnitz, Vorwerkstr. 24

Richard Thiel, Schweidnitz
Büttner-, Ecke Münzstrasse
Kolonial- u. Feinkostwaren
Spezialität:
Täglich frische Schotten u.
Heringe
aus eigener Räucherrei

Zur 4. Konferenz des N. F. B. Schlefien

von G. Karls

Der Rote Frontkämpferbund Gau Schlefien hält am 5. und 6. Januar in Waldenburg seine 4. Konferenz ab. Diese Konferenz muß und wird von entscheidender Bedeutung sein; nach scharfer Überprüfung der bisher geleisteten Arbeit der Gesamtorganisation für die Waffenschärfung des politischen Kampfes, um mit einer wesentlichen Steigerung der politischen Schlagkraft der Gesamtorganisation unsere Aufgaben im kommenden Jahr besser durchzuführen.

In einer Situation des brutalsten Vortages der Industriellen sowie der gesamten Bourgeoisie zur verschärften wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung gegen die Arbeiterschaft; in einer Situation der aktiven Einheitsfront der Reformisten und des Reichsbanners mit der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Bewegung; in einer ansteigenden Periode des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat; in einer Periode der unmittelbar drohenden, sich täglich steigenden Kriegsgefahr, gewinnt

die Rolle des N.F.B. als Wehr- und Schutzorganisation der Arbeiterschaft, als Kampforganisation gegen die imperialistische Kriegsgefahr

eine immer größere Bedeutung.

Die Situation, in der die Konferenz tagt, wird gekennzeichnet durch eine weitere scharfe Zuspitzung sowohl der internationalen als auch der innerpolitischen Lage. Die auf Kosten des Proletariats vorgenommene und mit Unterstützung der Reformisten durchgeführte teilweise Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befindet sich jetzt in der Auswirkung der Relativität. Während die Stabilisierung des sowjetrussischen Wirtschaftssystems in Richtung des kommunistischen Wirtschaftssystems in immer weiterer aufsteigender Linie vor sich geht, befinden wir uns in den kapitalistischen Ländern, durch das gewaltige Anwachsen der Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in einer neuen ansteigenden Krisenperiode. Die gewaltige Steigerung der Produktivität, die Verschneidung der Produktionsmöglichkeiten, ist in verschärfter Widerspruch mit der Absatzmöglichkeit geraten. Die nun in Gefahr stehenden Profite sollen mit noch dramatischeren Maßnahmen als bisher aus der Arbeiterschaft herausgepreßt werden.

Die Trustbourgeoisie will eine Arbeiterkategorie nach der andern niedertampfen, um auf der Basis der Niederlage der Arbeiter ihre Forderungen zu diktiert und das Programm des neudeutschen Imperialismus durchzuführen. Die Trustherren wollen mit restloser Unterstützung des bürgerlichen Staats- und Machtapparats (siehe Seeverein im Ruhrkampf) die Lebenshaltung der Arbeiter herabdrücken, um die Profite zu erhöhen. Sie wollen die Löhne verkürzen, um auf Kosten der Arbeiterschaft und auf Kosten des Innenmarktes (Preiserhöhung) auf dem Weltmarkt durch eine Scheudontkurrenz (Preissenkung) eine Steigerung der Absatzmöglichkeit zu erreichen. Immer größere Arbeitermassen werden in diese Wirtschaftskämpfe hineingerissen. Nach dem Kampf an Rhein und Ruhr, der 213.000 Arbeiter umfaßte, stehen heute 450.000 Textilarbeiter vor der Auslieferung; werden die Kämpfe morgen vielleicht schon Millionen Arbeiter umfassen.

In diesen gewaltigen Kämpfen stehen die Trustbourgeoisie, der Staatsapparat und der Reformismus in aktiver Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft. Immer klarer scheiden sich die Fronten.

Diese sich ständig verschärfenden Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems reiben mit unablässiger Konsequenz zu neuen Kriegen der Imperialisten untereinander. Aber noch stärker als die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten wächst der Hauptgegensatz, der die ganze Welt in zwei Lager teilt:

Einerseits die gesamte kapitalistische Welt und andererseits die Sowjetunion, um die sich das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker der Kolonien scharen.

Der Kampf um die Vernichtung der Sowjetmacht, um die Erschließung Rußlands als gewaltiges Rohstoffgebiet sowie Absatzgebiet und Einverleibung in ihr Ausbeutewirtschaftssystem ist eine Frage von Tod und Leben für das internationale Kapital. Dieses ist die Basis der gegenwärtig unmittelbar drohenden Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges.

Diese kriegerische „Lösung“ wird für die kapitalistische Klasse um so unausweichlicher, je aussichtsloser ihre Versuche werden, durch die „friedliche“ Eroberung des sowjetrussischen Marktes und durch verstärkte Ausbeutung des Proletariats und der Kolonialvölker ihre Schwierigkeiten zu überwinden.

Ein neuer Weltkrieg ist unvermeidlich.

Für diese unvermeidliche Massenmächtereie rüsten die imperialistischen Mächte, unter Führung Englands, bewußt, planmäßig und mit fieberhafter Eile.

Daß auch die deutsche Bourgeoisie in letzter Zeit noch eindeutiger als bisher in die englisch-französische Antisowjetfront eingeschwenkt ist und dieselbe Kriegs- und Aufrüstungspolitik gegen die Sowjetunion betreibt, beweist eine Reihe von Tatsachen, wie z. B. die Bildung eines Rußlandamteiles deutscher Industrieller, zwecks wirtschaftlicher Boykottierung Rußlands. Die letzte außenpolitische Rede Stresemanns sowie die Rede des neuen Reichswehrministers Groener im Reichstag weisen ebenfalls mit aller Deutlichkeit darauf hin. Die Aufrüstungspolitik (trotz der Schranken des Versailler Vertrages) beweisen nicht nur der Panzerkreuzerbau, sondern insbesondere die Geheimrüstungen, von denen einige Tatsachen durch die kommunistische Reichstagsfraktion, unter Führung der Bourgeoisie, an das Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden, um die Massen der Arbeiterschaft auf die Gefahr aufmerksam zu machen.

Die Verhandlungen Stresemanns in Lugano, in Verbindung mit dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ (Organ des Außenministeriums) vom 12. Dezember, beweisen mit einer Offenheit, wie es bisher noch nie der Fall war, daß die deutsche Bourgeoisie bereit ist, zu jeder Zeit den offenen Bruch mit der Sowjetunion herbeizuführen, wenn der Preis dafür seitens Englands und Frankreichs in der Beilegung oder mindestens wesentlichen Forderungen der Versailler und der Dawes-Fesseln gegeben wird.

Das sind die Alarmzeichen für den N.F.B. Schlefien, die uns nicht nur in den innerpolitischen Kämpfen, sondern besonders bei der Kriegsgefahr der kapitalistischen Mächte gegen das Vaterland des Proletariats, die Sowjetunion, vor ganz unerhörten Aufgaben stellen. In dieser einen dem N.F.B. gestellten Hauptaufgabe, als bestimmter Frontabschnitt im revolutionären Klassenkampf, haben wir die Lösung „Organisierung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg“ aus der rein propagandistischen Tätigkeit heraus zu führen.

Nur die tägliche praktische und systematische Durchführung durch jedes einzelne Mitglied des N.F.B. neben der kommunistischen Partei mit dem Ziel: „Lößlösung der breiten Massen der Arbeiterschaft vom bürgerlichen und reformistischen Einfluß“, schafft erst die Vor-

aussetzungen zur Durchführung der revolutionären Lösungen, der „Organisierung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg“ und nach Ausbruch desselben die „Überführung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“. Der Kampf des Proletariats für Durchführung dieser revolutionären Lösungen wird nicht vom Himmel fallen, sondern wird das Ergebnis einer ansetzenden Welle von revolutionären Massenaktionen und einer hartnäckigen, opferreichen Vorbereitung seitens des N.F.B. an der Seite der kommunistischen Partei sein.

Auf Grund der drohenden Gefahr für die Bourgeoisie seitens der revolutionären Organisationen und der Taten der unmittelbar drohenden imperialistischen Kriegsgefahr steigert die Bourgeoisie mit Hilfe der sozialdemokratischen Katalen, die im bürgerlichen Staats-

SPD.-Niederlage in Weiskstein

Ausführlicher Bericht von der SPD-Generalsammlung Der neue Gewerkschaftssekretär M ö h l e vollführt einen Eierlauf

Nachdem wir gestern über das Ergebnis der Neuwahl in der größten Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes, Weiskstein, kurz berichteten und auf die große Bedeutung des oppositionellen Sieges hinwiesen, lassen wir heute den ausführlichen Bericht folgen:

Am Sonntag vor Weihnachten fand die Generalsammlung der Bergarbeiter-Zahlstelle Weiskstein statt. Da die Aussprache über den Jahresbericht der Ortsverwaltung bereits in einer vor drei Wochen stattgefundenen Versammlung vor sich gegangen war, konnte nach Eröffnung sofort zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten werden. Neben dem ersten Vertrauensmann, ersten Kassierer und ersten Schriftführer wurde in geheimer Wahl abgestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion gab sich redliche Mühe, die verhasste oppositionelle Ortsverwaltung zu beseitigen. Doch vergeblich! Trotz dem die reformistische Bezirksleitung verboten hatte, die Wahl der Ortsverwaltung bereits vor drei Wochen vorzunehmen, weil sie der sozialdemokratischen Fraktion möglichst viel Zeit zur Vorbereitung der Wahl geben wollte, und trotz dem die SPD-Fraktion die lange Zeit weidlich ausgenutzt hat, war sie nicht imstande, das Vertrauen der Kameraden zu der oppositionellen Ortsverwaltung zu erschüttern. Zum ersten Vertrauensmann wurde Kamerad Klein mit 77 Stimmen wiedergewählt. Der Sozialdemokrat Haerdel erhielt nur 67 Stimmen. Zwei Stimmen wurden für den oppositionellen Kamerad Honisch abgegeben. Als erster Kassierer wurde der sozialdemokratische Kamerad Werner mit 93 Stimmen wiedergewählt. Der von der Opposition vorgeschlagene Kamerad Höfig erhielt 73 Stimmen, ein für die Schwäche der sozialdemokratischen Fraktion bemerkenswertes Ergebnis. Zum ersten Schriftführer erhielt der oppositionelle Kamerad Höfig 93 Stimmen und der sozialdemokratische Kamerad Höfigler nur 82, zwei Stimmen waren unglücklich. Die Wahl der übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung wurde per Akklamation vorgenommen. Als zweiter Vertrauensmann wurde Kamerad Honisch mit 114 Stimmen gewählt. Sein sozialdemokratischer Gegenkandidat erhielt eine nur geringe Stimmenzahl. Zum zweiten Kassierer schlug die sozialdemokratische Fraktion an Stelle des Sozialdemokraten Höfigler den Sozialdemokraten Keil vor. Er erhielt 88 Stimmen, nur 7 Stimmen mehr als der oppositionelle Kandidat, der 81 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Kamerad Schulz (Opposition) wurde mit 111 Stimmen als zweiter Schriftführer wiedergewählt, ebenso die oppositionellen Revisoren Wittke und Wäßig mit 105 Stimmen. Die Ortsverwaltung wird durch den von der Jugend selbst gewählten Jugendvertreter ergänzt.

Nach Beendigung der Wahl ergriff Kamerad Klein das Wort, um den Kameraden für das Vertrauen zu danken und zu versprechen, im kommenden Jahre genau so, wie in den vorhergehenden, im Interesse der Kameraden auf dem Posten zu sein.

Im zweiten Tagesordnungspunkt sprach der aus Hannover importierte Bergarbeitersekretär M ö h l e über „Wirtschafts-demokratie“. In seinem Vortrage vermißte er es ängstlich, auf das eigentliche Thema einzugehen, um so breiter und länger sprach er über die Praxis der Rechtsprechung und des Arbeiterschutzes. Die oppositionellen Funktionäre waren in der Diskussion gezwungen, den Kameraden zu sagen, daß es falsch ist, von taufendertei Nebenächlichkeiten zu reden, sich aber um die wichtigsten Fragen zu brüden. eWachenswert war, daß sozialdemokratische Kameraden sich an der Aussprache nicht beteiligten. Entweder waren sie von dem Ergebnis der vorangegangenen Wahl niedergeschmettert, oder sie wußten nichts zu sagen. Von der Opposition sprachen die Kameraden Klein, Biemald und Honisch. Klein: Gewerkschaftsdemokratie ist die neue Parole der reformistischen Gewerkschaftsführer, mit der sie die Mitglieder vom Klassenkampf abhalten wollen. Der Kampf der Bergarbeiter, der Littenarbeiter an der Ruhr und der Streik der Waldenburger Bergarbeiter zeigen uns, wie diese Wirtschaftsdemokratie in der Praxis aussieht. Auf dem Wege des Stimmzettels, durch Entsendung einer immer größeren Anzahl von Arbeitervertretern ins Parlament, kann der Arbeiterschaft nicht geholfen werden, denn die Unternehmer pfeifen auf Mehrheitsverhältnisse, solange sie die Vorteile besitzen und sich auf Waffen und sonstige Machtmittel des kapitalistischen Staatsapparates stützen können. Notwendig ist der brutale Kampf gegen die Diktatur der Unternehmer. Notwendig ist, auf die Schlichtungspraxis zu pfeifen und die Kämpfe im freien Spiel der Kräfte auszutragen.

Biemald zeigte ebenfalls an Hand praktischer Beispiele, wie die Unternehmer mit Hilfe des Staatsapparates und Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie jeden Kampf der Arbeiter verhindern oder ihm die Spitze abbrechen. Der Staatsapparat ist der geschäftsführende Ausschuß der Unternehmer. Im kapitalistischen Deutschland kann keine Regierung gegen die Unternehmer regieren. Nicht mehr Demokratie und nicht Wirtschafts-demokratie muß die Arbeiterschaft anstreben, sondern den Kampf organisieren zum Sturz der kapitalistischen Koalitionregierung und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Honisch: In der Nachkriegszeit häufen sich die Wirtschaftskrisen. Infolge der Nationalisierung haben wir eine Massenarbeitslosigkeit in allen Ländern. Die Arbeiter der kolonialen Länder rebellieren. Es ist an der Zeit, nicht Wirtschafts-demokratie zu predigen, sondern Kampf. Wohin die Reife der reformistischen Gewerkschaftsführer geht, zeigt der Ausspruch Höpels, man könne in Deutschland nicht von einer bürgerlichen kapitalistischen Republik sprechen. Dabei zeigen alle Lohnbewegungen, daß wir in Deutschland die brutale Kapitalisten-diktatur haben. Der Ideologie der Gewerkschaftsführer muß der härteste Kampf angelegt werden. Es ist ein Elend, daß nach Verbindlichkeitsklärung des Hungerstreiks für die Wal-

denburger Bergarbeiter die SPD-Bezirksleitung in dem Flugblatt schrieb, durch die Verbindlichkeitsklärung sei der Streikspruch Tarifrecht und Tarifpflicht geworden. Auch der letzte Arbeiter muß begreifen, daß ein für verbindlich erklärter Streikspruch uns vom Kampf nicht abhalten darf.

Wir stehen vor der Gefahr, in die Illegalität getrieben zu werden. Das erfordert von uns, Maßnahmen zu ergreifen, auf daß wir trotz eintretender Illegalität uns in einer wirksamen Arbeit, der Organisation des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg nicht behindern lassen.

Das erfordert von der schlesischen N.F.B.-Organisation, sich mehr als bisher dieser Grundlagenthemen und der politischen Aufgaben bewußt zu werden. Das erfordert, daß die schlesische N.F.B.-Organisation die sogenannte Kur-Demonstrationspolitik durchbricht und in den Vordergrund stellt eine systematische, revolutionäre und politisch bewußte, praktische Tätigkeit, um die vor uns stehenden Aufgaben auch wirklich voll und ganz erfüllen zu können.

Diese politische Aktivierung der Gesamtorganisation zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zum Kampf gegen das Reichsbanner und den sozialdemokratischen Sozialfaschismus, zur Vöslösung der breiten Massen vom reformistischen Einfluß muß und wird bringen die 4. Konferenz.

denburger Bergarbeiter die SPD-Bezirksleitung in dem Flugblatt schrieb, durch die Verbindlichkeitsklärung sei der Streikspruch Tarifrecht und Tarifpflicht geworden. Auch der letzte Arbeiter muß begreifen, daß ein für verbindlich erklärter Streikspruch uns vom Kampf nicht abhalten darf.

Im Schlußwort führte der Sekretär M ö h l e einen richtigen Eierlauf auf. Statt den Versuch zu machen, den sozialdemokratischen Standpunkt zu verteidigen, sagte er, daß es großer Mut erfordert, sich mit den Unternehmern an einen Tisch zu setzen. Der Waldenburger Streik konnte zu keinem besseren Ergebnis führen, weil die Lage des Bergbaues äußerst schwierig sei. Das Flugblatt nach Abschluß des Waldenburger Streikes konnte nicht anders abgefaßt werden, weil es um die Verantwortung ging. Jeder, der einen verbindlichen Streikspruch nicht einhält, wird mit Strafe belegt.

Zwischenruf: „Wieviel Millionen haben die Ruhrunternehmer an die Arbeiter gezahlt?“

Antwort M ö h l e: „Ich habe von unserer Rechtsauffassung gesprochen.“

Die Ausführungen und Zwischenrufe der oppositionellen Kameraden, die allgemeine Zustimmung fanden, haben hoffentlich der reformistischen Bezirksleitung und auch dem Sekretär M ö h l e gezeigt, daß die Weisksteiner Bergarbeiter von der Wirtschaftsdemokratie die Nase voll haben. Das haben sie durch ihre Abstimmung eindeutig zum Ausdruck gebracht. An alle Gewerkschaftsmitglieder richten wir die Aufforderung, ebenfalls nur oppositionelle Kollegen zu Funktionären im Verband und Betrieb zu wählen!

Ein Strategie des „Verbandsaufbaues“

Vor kurzem mußte der Vorsitzende der Ortsgruppe H a j p e im Freidenkerverband, der Sozialdemokrat Paul Berg, abgesetzt werden, obwohl er ein schneidiger Kämpfer gegen die Opposition war. Berg war nämlich auch gleichzeitig Kassierer der Ortsgruppe, und bei der Uebergabe der Geschäfte stellte sich heraus, daß er eine Luderwirtschaft getrieben hatte. Aus dem Kassabuch waren ganze Reihen Blätter herausgeschnitten. Das Kassabuch ist teilweise verbrannt, und im Buche waren Radierungen vorgenommen. Außerdem fehlt eine Anzahl Mitgliedsbücher und das Aufnahmeregister der Freien Schulgenossenschaft. Berg war nicht nur Vorsitzender und Kassierer der Freidenker, er war auch Vorsitzender der SPD-Fraktion mit dem Kennwort „Verbandsaufbau“. Ein schöner „Verbandsaufbau“ — eben wie die SPD. im allgemeinen die proletarischen Massenorganisationen aufbaut.

Rotes Laufband

Rund um das Fensterglas

Schon vor einigen Monaten ging die Nachricht durch die Presse, daß es amerikanischen Glasfabrikanten gelungen sei, ein für ultraviolette Strahlen durchlässiges Glas herzustellen. Ein solches Glas hat natürlich für die Einrichtung von Schulen, Krankenhäusern usw. ungeheure Bedeutung. Gelingt es doch mit seiner Hilfe, die für den menschlichen Körper so außerordentlich wichtigen Strahlen auch in nach allen Seiten geschlossene Räume zu bringen. Dadurch wird die künstliche Höhenstrahlenbehandlung, die lange nicht die Wirkungen und Erfolge hat wie die Einwirkungen der Sonnenstrahlen, zu einem Teile wenigstens, überflüssig.

G. Dorno macht nun in Heft 1 der „Strahlentherapie“ darauf aufmerksam, daß sich die Forscher viel zu einseitig mit der Herstellung von ultraviolett durchlässigem Glas befaßt. Viel wichtiger sind nämlich die in den Sonnenstrahlen enthaltenen ultravioletten Strahlen, die als „Wärmestrahlen“ bekannt sind. Diese wärmenden Sonnenstrahlen bringen bis in die Tiefe des menschlichen Körpers, während die künstliche Wärme der Defen nur auf die Oberfläche der Haut einwirkt. Bisher ist es nicht gelungen, trotz vieler Versuche, ein für diese — besonders im Winter wichtigen — Strahlen durchlässiges Glas herzustellen.

Der vererbte Leistenbruch

Daß eine ganze Reihe von Krankheiten erblich ist, wissen die Ärzte schon seit langer Zeit. Bekannt ist ja z. B. die Vererbbarkeit der Blutrkrankheit, die nur die Söhne befallt und ganze Geschlechter aussterben ließ, und der Plattfüße bei einigen Völkern. Hier handelt es sich, ebenso wie beim Leistenbruch, eigentlich nicht um eine Krankheit im geläufigen Sinne des Wortes, sondern um eine Mißbildung. So entsteht der Leistenbruch dadurch, daß in der Leistengegend die dort vorhandenen Sehnenzüge nicht fest genug miteinander verflochten sind.

In Heft 3 des „Chirurgen“ vom 5. Dezember 1928 weist nun der Assistent am Krankenhaus Friedrichshain, Berlin, Wittenfeld, nach, daß auch die Leistenbruchanlage erblich ist, und zwar in der überwiegenden Mehrzahl auf Männer. Frauen leiden viel seltener an einer vererbten Schwäche der Hüften, die zum Leistenbruch führen kann. Das hängt wahrscheinlich mit der besonderen Festigkeit ihres Beckenbodensystems, das zur Geburt benötigt wird, zusammen.

Der Nachweis der Vererbbarkeit des Leistenbruchs hat infolgedessen auch praktische Bedeutung, als es Aufgabe einer zweckentsprechenden Vererbung sein müßte, Kinder von an Leistenbruch leidenden Eltern in Verufe zu überführen, in denen ihr geschwächtes Becken kein so starken Anstrengungen ausgesetzt ist, daß es auch bei ihnen zum Leistenbruch kommt.

Radioaktivität

Es gibt kaum noch ein Tafelwasser, das sich nicht stolz „radioaktiv“ nennt und dadurch seinen hohen Preis zu rechtfertigen sucht. Ich bin gegen solche Mineralwässer sehr mißtrauisch, seitdem ich einmal weitaus vom Verkehr das Haus entdeckte, in dem eine berühmte Quelle auf Flaschen gezogen wurde. Da guckten durch die Fenster die bekannten Kohlensäure-Stabflaschen, und das ganze erionierte verflucht an das ebenso bekannte Selterswasser, das einfach durch Einpressen von Kohlensäure in Wasser hergestellt wird. Aber lassen wir das mal.

Was ist denn überhaupt radioaktiv? Ende vorigen Jahrhunderts fand das Ehepaar Curie in einem Joachimstaler Mineral der Pechblende, ein neues Element das Radium, das eine Reihe merkwürdiger Eigenschaften aufwies. Es schwärzt eine photographische Platte im Dunkeln, vertritt also dabei die Stelle des Lichtes, es macht die Luft für Elektrizität leitend. Papier und andere organische Stoffe werden von Radium allmählich zerstört, die Nervenendigungen der Haut unter Entzündungserscheinungen gereizt, Pflanzenkeime werden getötet, grüne Blätter zum Absterben gebracht. Die nähere Untersuchung zeigte, daß das Radium ununterbrochen Strahlen ausstrahlt, eine Erscheinung, die man Radioaktivität nannte. In den folgenden Jahren wurde noch eine ganze Reihe von Elementen entdeckt, die ebenso „aktiv wie Radium“, die „radioaktiv“ waren.

Zuerst stand man der Vielseitigkeit dieser Erscheinungen einigermaßen ratlos gegenüber; die theoretische Deutung wurde Anfang des Jahrhunderts im Zusammenhang mit den neuen Anschauungen vom Aufbau der Materie gegeben. Wir haben uns darüber in „Mensch und Energie“ schon öfter unterhalten und hatten gefunden, daß die Elemente und deren kleinste Teilchen, die Atome, nicht die letzten Bausteine der Materie sind. Vielmehr ist auch ein Atom noch zusammengesetzt und besteht aus einem elektrisch positiv geladenen „Atomkern“ und verschieden vielen, negativ geladenen „Elektronen“, die den Kern ähnlich umkreisen wie die Planeten die Sonne. Die Verschiedenheit der Elemente bestand danach in der verschiedenen Anzahl der Elektronen. Zum Beispiel umkreisen den Atomkern im Wasserstoffatom ein Elektron, im Sauerstoffatom 8 Elektronen, bei Kupfer 29, bei Zinn 50 und bei Radium sogar 88.

Die Radiumstrahlen — man unterscheidet übrigens drei Sorten — bestehen nun u. a. aus Elektronen und Heliumatomen, die mit ungeheurer Geschwindigkeit (15 000 bis 150 000 Kilometersekunde) abgeschleudert werden. Das Radium selbst geht dabei in ein anderes, ebenfalls „radioaktives“ Element über, das wieder unter Strahlungsabgabe zerfällt usw., und es bleibt schließlich ein Stoff übrig, der sich chemisch genau wie Blei verhält. Was bis heute also mit den raffiniertesten Mitteln der Wissenschaft und Technik nicht herbeizuführen gelungen ist, vollzieht sich hier freiwillig: die Umwandlung eines Elementes in ein anderes.

Diese Atomveränderung geht mit ungeheurer Gewalt vor sich, man bedenke, daß ein Gramm Radium in einem Jahre 209 Kalorien (Wärmeinheit) liefert und in 2000 Jahren erst die Hälfte des Radiums zerfallen ist, daß dagegen ein Gramm Nitroglyzerin nur 1,5 Kalorien bei der Detonation erzeugt, die aber in nicht weniger als einer Zehntausendstel Sekunde freiwerden. Aber nicht nur die Langsamkeit der Energieabgabe beim Radium macht den Gedanken an ihre technische Verwertbarkeit illusorisch, vor allem ist das Radium sehr selten und sehr teuer. Jährlich werden jetzt etwa 10 Gramm Radium dargestellt, aus allen noch erreichbaren Radiummineralien lassen sich vielleicht 500 Gramm Radium gewinnen. Der Preis ist dementsprechend per Gramm über 100 000 Mark.

Verwendung findet es vor allem in der ärztlichen Praxis, natürlich nicht für Kassenpatienten. Vor allem für die Krebsbekämpfung soll es von großer Bedeutung sein.

In diesem Zusammenhang interessant ist die Beobachtung, die kürzlich eine junge rumänische Forscherin machte: Viele Metalle werden durch intensive Sonnenbestrahlung radioaktiv, schwärzen also z. B. eine photographische Platte im Dunkeln. Diese Erscheinung war am stärksten an Bleiplatten, aber auch bei Metallen wie Zink und Kupfer noch sehr deutlich. Eine Voraussage über die praktische Verwertbarkeit ist wohl noch verfrüht, aber für die Kenntnis des Atomaufbaues hat diese Entdeckung vielleicht umwälzende Bedeutung, ist es doch das erstmal, daß man aus dem „inaktiven“ Blei wieder einen radioaktiven Stoff herstellte.

„Kunst“baumwolle

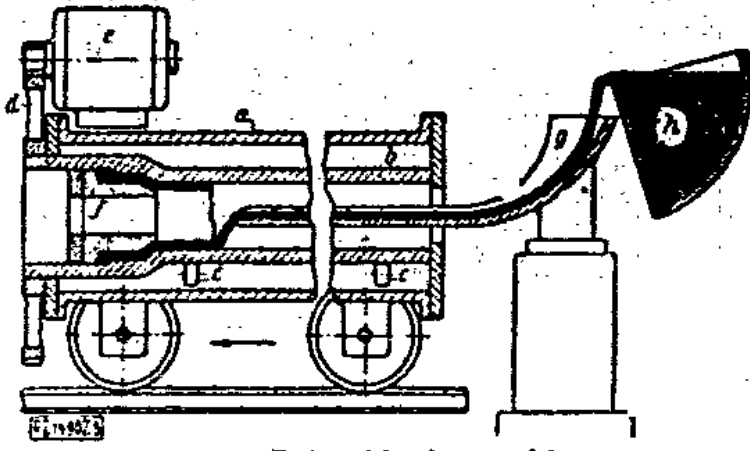
Der Kampf um die Baumwolle trägt — wie der Erdölkampf — den Keim kriegerischer Entwicklungen in sich. Englische Wissenschaftler haben jetzt eine Entdeckung gemacht, die sich in umwälzender Weise auf den internationalen Baumwollkampf auswirken kann. Eigentlich ist der Name „künstliche Baumwolle“ unzutreffend, denn es handelt sich hier auch um ein Naturprodukt, um eine baumwollähnliche Pflanze.

Vor einigen Jahren wurde sie von einem englischen Chemiker in Britisch-Guayana entdeckt. Der Stengel der Pflanze, deren Name natürlich nicht bekannt gegeben wird, enthält Fasern, die in jeder Beziehung äußerster Ähnlichkeit mit der groben Baumwolle aufweisen. Die Pflanze wurde nach England gebracht und dort angebaut. Auf Grund der vorgenommenen Versuche steht jetzt folgendes fest: Die Pflanze gedeiht in jedem Klima und auch in dem schlechtesten Boden. Die Anbaukosten sind äußerst gering, die Erträge gut. Dazu kommt, daß sie noch verschiedene Nebenprodukte liefert, so Pergament, Baupappe und sogar einen wertvollen Arzneistoff. Der Vergleich mit der gewöhnlichen Baumwolle ist für die neue Pflanze äußerst günstig ausgefallen. Die großen englischen Spinnereien und Webereien haben sich sehr befriedigend darüber geäußert. Die Verhältnisse beim Bleichen, Bedrucken und Färben sind genau die gleichen, beim Färben womöglich noch vorteilhafter, da man hier nur ein Drittel der bei der echten Baumwolle erforderlichen Farbstoffmenge braucht. Die aus dem neuen Stoff angefertigten Gewebe zeigen dieselbe Festigkeit wie gewöhnliche Baumwolle und besitzen außerdem einen besonders schönen kunstseidenähnlichen Glanz. Von großer Bedeutung ist es, daß keine betriebstechnischen Umstellungen erforderlich sind. Die Faser kann auf den für die gewöhnliche Baumwolle bestimmten Maschinen ohne die geringste Änderung verarbeitet werden. Auch besteht die Möglichkeit, sie mit anderen Faserstoffen, wie Kunstseide, Seide, Wolle, zu mischen. Eine ihrer Hauptvorteile ist aber ihre Billigkeit. Sie wird etwa ein Drittel billiger sein als die entsprechende amerikanische Baumwolle. Im nächsten Jahre

Schleudergußrohre

Gußerne Rohre wurden bislang in stehenden Sandformen gegossen. Das Verfahren hat große Mängel, insbesondere kommen häufig Gußfehler vor, und die schlechten Rohre müssen wieder eingeschmolzen werden. Schon seit längerer Zeit ist man deshalb bemüht gewesen, das alte Gußverfahren durch ein neues und besseres zu ersetzen. Die Versuche, Rohre zu gießen unter Ausnutzung der „Fliehkraft“, sind schon über ein Jahrhundert alt. Aber erst 1910 gelang es dem deutschen Ingenieur Briede, eine offene bewegliche Gießrinne zu schaffen. Der Krieg verhinderte in Deutschland die weitere Entwicklung des Verfahrens, es war ja wichtiger, Granaten zu drehen. So kommt es, daß Amerika zuerst Rohre nach dem Schleudergußverfahren unter Ausnutzung der Fliehkraft herstellte. Heute arbeiten im Ausland sieben große Werke, in den Vereinigten Staaten, in Kanada, England, Japan, Belgien und Australien, nach dem Schleudergußverfahren.

In Deutschland werden, nachdem 1922 die Versuche auf Grund des Verfahrens von Briede wieder aufgenommen wurden, seit dem Frühjahr 1926 gußeiserne Rohre nach dem „Schleuderverfahren“ hergestellt. Zum Schleudern der Rohre wird die in der Abbildung dargestellte Maschine benutzt.



Rohrschleudermaschine

- a Maschinengehäuse
- b Drehform
- c Laufrollen
- d Zahnkranz
- e Antriebmotor
- f Muffenkern
- g Einlaufrinne
- h Gießpfanne

In dem Gehäuse a, das gleichzeitig als Kühlwassermantel dient, lagert die Gußform b auf den kleinen Rollen c. Die Gußform wird durch den Elektromotor e vermittels der Zahnräder d in sehr schnelle Umdrehung versetzt. Der Sandkern f, der in die Form vor Beginn des Schleuderns eingesetzt wird, dient zur Bildung der Muffe. In die Form ragt von einer Seite aus die feste Rinne g hinein. Das flüssige Eisen läuft aus dem Kippbehälter h durch die Rinne g in die Form. Die ganze Maschine, aber ohne Kippgefäß und Rinne, ist beweglich auf Rädern angeordnet. Beim Beginn des Schleuderns steht der Wagen ganz rechts nahe am festen Kippgefäß. Das Ende der Gießrinne befindet sich am Muffenende der Form. Hat die Gußform die nötige Umdrehungszahl erreicht, läßt man das flüssige Eisen langsam durch die Rinne g in die Form fließen. Zuerst wird also die Muffe gegossen. Dann fährt die Maschine langsam in der Pfeilrichtung nach links, dabei wickelt sich das flüssige Eisenband infolge der Drehung und Vorwärtsbewegung wie ein Seil auf eine Trommel auf. In der Abbildung ist gerade die Muffe und ein Teil des glatten Rohres fertig. Der Kippbehälter, der ursprünglich voll war, hat also schon einen Teil des flüssigen Eisens entleert. Der Wagen befindet sich auf der langsamen Fahrt nach links. Um die Zeichnung nicht zu groß werden zu lassen, ist die Maschine in der Mitte durchgeschnitten gezeichnet. Die Rohre werden in Mindestlängen von 4 Meter gegossen, und so lang hat man sich Form und Wagen in der Abbildung vorzustellen.

Durch die beim Drehen der Gußform erzeugte Fliehkraft wird das flüssige Rohr zu einem einheitlichen Gefüge mit gleichmäßiger Wandstärke. Wenn das Ende der Gießrinne aus der Form hervorragt, wird Drehung und Vorwärtsbewegung abgestellt und das fertige Rohr mit Hilfe von Zangen aus der Form hervorgezogen. Das alles geht sehr schnell. Das Schleudergußrohr kann keine Gußfehler haben, denn die Fliehkraft schleudert das Eisen zu einem dichten Gefüge zusammen. Schleudergußrohre haben eine um 50 Prozent höhere Bruchfestigkeit als die alten, in stehenden Sandformen gegossenen Rohre. Durch das dichte Gefüge wird das Schleudergußrohr auch widerstandsfähiger gegen Rost und elektrolytische Zersetzung.

Infolge seiner technischen Vorzüge hat sich das neue Verfahren schnell durchgesetzt. In Amerika (USA.) hat sich die Produktion nach dem Schleuderverfahren von 1926 auf 1927 verdoppelt. In Deutschland arbeiten in Gelsenkirchen (Vereinigtes Stahlwerke A.-G.) vier Schleudermaschinen. Die weitere Ausdehnung des neuen Verfahrens ist auch in Deutschland zu erwarten. Gesundheitsfritze.

wird die erste große Ernte — wahrscheinlich mehrere hundert Tonnen — auf den Markt kommen.

Diese Entdeckung fügt sich gut in den Rahmen des englisch-amerikanischen Gegensatzes ein. Zwar empfinden alle europäischen imperialistischen Staaten die amerikanische Baumwollherrschaft als drückend. Aber die englische Baumwollindustrie befindet sich in einer besonders schwierigen Lage. Ihr Exporthandel ist bedroht. So begrüßt die englische Textilindustrie diese Entdeckung auch ziemlich offen als wirksame Waffe zur Austragung ihrer imperialistischen Konflikte. Chemicus.

Gold aus Blut

Die Chemiekonzerne „verwerten“ den Schlachthofabfall

Überall da, wo wertlose, vollkommen ausgenutzte Stoffe abfallen, erscheint die Chemie, um sich ihrer anzunehmen. Und siehe da, der anscheinend völlig unbrauchbare Abfall erweist sich oft als Ausgangsstoff kostbarer Produkte. Ein wenig bekanntes Beispiel für diese Tatsache ist die Verwertung der Schlachthofabfälle.

Eigentlich kann man gar nicht mehr von einem Abfall sprechen. Denn alles, was nicht zu Fleischwaren verarbeitet wird, verwertet die chemische Industrie für wichtige Erzeugnisse. Da ist zunächst das Blut, das in riesigen Mengen auf den Schlachthöfen zur Verfügung steht. Man bedenke nur, daß Pferde und Ochsen rund 20 bis 25 Kilogramm, Rinder 18 Kilogramm, Schweine 3½ Kilogramm, Kälber 4½ Kilogramm Blut liefern. Die Verwendung des Blutes ist äußerst vielseitig. Man verfertigt aus ihm Kraftnährmittel für schwache Personen und Heilsera. Aber nicht nur medizinische, sondern auch technische Produkte lassen sich aus ihm gewinnen, so Albumin, das als Beize zu Kaltendrucken und für Kitten dient. Weiter stellt man aus ihm Düngemittel und Kraftfuttermittel her. Abnehmer der letzteren sind die Mästereien und Züchtereien.

Die Galle, die nicht genießbar ist, bildet den Grundstoff sehr bedeutender Heilmittel. Aus der Gallensäure und den Cholsäuren, die in der Galle enthalten sind, bereitet die chemische Industrie Felamin, ein Gallenstein lösliches Mittel, und Choleval, das gegen Gonorrhoe angewendet wird. Auch für die Gallensäure und die Cholsäuren gibt es technische Verwendungsmöglichkeiten, so die Löslichmachung von Kampfer.

Die Leberpräparate sind von geradezu hervorragender Wirkung bei Bleichsucht, besonders bei der sogenannten „perniciösen Anämie“, der tödlichen Blutarmut. Aber man ist sich der Kostbarkeit der Leber wohl bewußt, und so müssen schon die chemischen Fabriken hohe Preise dafür zahlen. Diese Kosten werden von den Chemiekonzernen auf die Arbeiterschaft und Verbraucher abgewälzt.

Das Sekret der Bauchspeicheldrüsen benutzt man zur Gewinnung des Insulins, des einzigen Mittels gegen Zuckerkrankheit. Auch das Thyroxin, das man bei Entfettungskuren und gegen Kropf anwendet, wird aus Drüsen gewonnen. Die Produkte aus dem Hirnanhang sind die besten Wehenmittel. Aus dem Eierstock erzeugt man wichtige Präparate für die Wechselzeit.

Die Schlachthofabfälle bilden also die Quelle einer großen Zahl von Heilmitteln. Die wertvollen Massen aber, für die der billige Bezug von Heilmitteln eine bittere Notwendigkeit ist, haben von der für die chemische Industrie einfachen und wirtschaftlichen Beschaffungsmöglichkeit keinen Vorteil. Die Chemiekonzerne verkaufen die Heilmittel zu Wucherpreisen und verhindern so die Gesundheitspflege der besitzlosen Klasse. Chemicus.

Eine Ideal-Pumpe

Ein schwedischer Ingenieur hat eine Vakuumpumpe erfunden, die den geringen Volumetrischen (Förder-) Wirkungsgrad der bekannten Pumpen bedeutend verbessert. ... ausgehend von der Erkenntnis, daß die Größe des sog. schädlichen Raums im Zylinder maßgebend für die Größe der Förderverluste ist, hat er eine Pumpe entworfen, bei der der schädliche Raum nicht nur nicht vorhanden, sondern sogar sozusagen negativ ist. Der Deckel des Zylinders, vor dem sich der schädliche Raum bilden würde, ist nämlich beweglich angeordnet, so daß der am Hubende ankommende Kolben über das Ende des Zylinders hinausfahren kann. Das im Deckel angeordnete Saugventil wird so gesteuert, daß ein Haken den Zylinderdeckel abhebt, wenn sich der Kolben dem Hubende nähert. Die Pumpe soll bereits in der Holz- und Eiweiß-trocknung Anwendung finden und 99,7 bis 99,9 Prozent der theoretischen Luftleere liefern. Bauer.

Abwässerverwertung

In Kalifornien haben drei Städte gemeinsam eine Anlage zur Verwertung ihrer Abwässer errichtet. Diese Anlage verarbeitet täglich 4200 Kubikmeter Abwässer, und zwar werden die Stickstoffe der Abwässer mit Alaun und Kieselerde durchgesetzt und die daraus abgefilterten Faulstoffe in einem Drehrohr bis auf 5 Prozent Feuchtigkeit getrocknet. Der Trockner wird mit Gas geheizt, ist 18 Meter lang, sein Außenmantel hat 1800 Millimeter, sein Innenmantel 760 Millimeter Durchmesser. Die zu trocknenden Faulstoffe wandern durch den Raum zwischen Innen- und Außenmantel, das Heizgas zieht zunächst innerhalb des Innenmantels und dann gleichfalls durch diesen Raum zwischen beiden Mänteln. Die Stundenleistung des Trockners ist 320 Kilogramm getrockneter Faulstoffe, die vermahlen, in Säcke gefüllt und als Düngemittel verkauft werden. Dieser Dünger enthält u. a. 5 Prozent Stickstoff, 24 Prozent Phosphorsäure, 0,3 Prozent Pottasche und 65 Prozent organische Stoffe. Das bei der Trocknung entweichende übelriechende Abgas wird verbrannt und zur Heizung der Anlage mitverwandt. Bauer.

Diesel-Elektrische Universal-Lokomotive

Die American Locomotive Co. hat für den Verschiebedienst eine Lokomotive gebaut, die den Strom zum Antrieb je nach den vorhandenen Stromversorgungsanlagen aus der Oberleitung oder einer Stromschiene oder aus mitgeführten Akkumulatoren entnehmen kann. Gegen die Verwendung von Oberleitung oder Stromschiene sprechen häufig besondere Verhältnisse. Da den beim Verschiebedienst auftretenden stark wechselnden Belastungen reine Akkumulatoren- oder Diesel-Lokomotiven nicht entsprechen, ist diese Lokomotive für Diesel-elektrischen und rein elektrischen Betrieb eingerichtet. Der Dieselmotor ist mit einem Stromerzeuger gekuppelt, der bei starker Belastung gemeinsam mit der Batterie den Strom für die Antriebsmotoren liefert. Bauer.

WEISST DU SCHON ?

- Daß in einem D-Zug für die Beförderung eines jeden Fahrgastes (75 Kilogramm) gleichzeitig nicht weniger als 1150 Kilogramm je Person an unproduktiver Last mitgeschleppt werden?
- Daß im Bergbau bei der Förderung einer normalen Korblast von 5 Tonnen Kohle jedesmal 15-Tonnen unproduktives Gewicht in Form von Förderkorb, Förderwagen und Seil nutzlos mitgehoben werden müssen?

Breslau

Sonnabend, 19 Uhr, im Saale des „Bergkeller“ Kletschkaustraße 33:

Proletarische Weihnachts-Feier

der I.A.M. mit Einbeschierung der Kinder. Zur Aufführung gelangt das aktuelle Bühnenspiel: „**Millionen stöhnen in Ketten**.“ Außerdem werden Musik, Gesang u. Vorträge geboten. Einheitspreis: Kinder 10 Pfg., Erwachsene 20 Pfg.

Berzweckungstaten während der „Festtage“

Ein auf der Höfenstraße wohnender Kaufmann war seit längerer Zeit in wirtschaftliche Not geraten. Dies nahm er sich so zu Herzen, daß er beschloß, sich das Leben zu nehmen. Während seine Angehörigen den „Heiligen“ Abend feierten, schloß er sich in sein Zimmer ein und öffnete den Gasahorn. Sein Vorhaben wurde aber noch rechtzeitig bemerkt und vereitelt. — In Klaten bei Deutzhofa geriet ein dort wohnender Arbeiter mit seiner Familie in Streit, in dessen Verlauf er schließlich mit einer Axt auf seine Angehörigen losging. — Eine Michaelsstraße 7 wohnende Witwe war am „Heiligen“ Abend mit ihrem Sohne bereits gegen 8 Uhr schlafen gegangen. Gegen 11 Uhr wachte sie insolge starken Gasgeruchs auf. Sie begab sich in das Zimmer ihres Sohnes und fand ihn in dem mit Gas gefüllten Raum im Bette liegend bewußtlos vor. Der Feuerwehr gelang es, den Lebensmüden wieder ins Leben zurückzurufen. Er war seit längerer Zeit arbeitslos und wollte aus Gram hierüber freiwillig aus dem Leben scheiden. — Am zweiten Weihnachtstag vergiftete sich in der Küche ihrer Wohnung in der Langstraße eine 63 Jahre alte Wirtschaftlerin.

Das Kopffissen des Herrn Kranold

Der Chefredakteur der Breslauer „Volkswacht“, Herr Kranold, will den Lesern seines Blattes stets das Neueste mitteilen. In der gestrigen Nummer veröffentlicht er in großer Aufmachung auszugswiese den Etti-Brief, und zwar mit folgender geistreichen Einleitung:

Moskauer Scherengericht gegen Brandler, Thalheimer u. Co. ist das. Er wurde dieser Tage in Gegenwart deutscher Kommunisten von dem Exekutivkomitee der Komintern in Moskau beschloffen, ist an alle Mitglieder der SPD. gerichtet und soll am Sonnabend von der kommunistischen Presse veröffentlicht werden. Wir sind ebenso früh in seinem Besitz gelangt, obwohl Thalmann das neueste Moskauer Dokument streng gehütet, ja mit ihm unter dem Kopffissen geschlafen hat.

Da sage noch einer, daß Herr Kranold nicht aktuell wäre. Am Sonnabend voriger Woche brachte die „rote Fahne“ auf der ersten und zweiten Seite den „Offenen Brief“, der am Sonnabend von der „Arbeiter-Zeitung“ auszugswiese und am Montag vollständig veröffentlicht wurde. Doch der Chefredakteur der „Volkswacht“ macht die löbliche Entdeckung, daß er früher wie die kommunistische Presse im Besitz jenes Dokuments ist, das Genosse Thalmann sorgsam unter dem Kopffissen hütet, damit es nicht vor kommendem Sonnabend zur Kenntnis der proletarischen Öffentlichkeit gelangt. So anerkanntswert die Sorge des Herrn Kranold um das Kopffissen des Genossen Thalmann ist, so raten wir ihm doch, sich einmal für sein eigenes Kopffissen zu interessieren. Wie uns mitgeteilt wird, hatte Herr Kranold in den letzten Tagen sich eines Dauer Schlafes erfreut, der von Freitag Abend voriger Woche bis zum Redaktionsluß der „Volkswacht“ am gestrigen Donnerstag währte.

Dieser Dauer Schlaf wurde durch den Umstand verursacht, daß der bis in die Nacht tätige Herr Kranold einige Duzend Leitartikel, die er zum Zwecke einer beachtlichen Reuehrbetätigung studiert hatte, unter seinem Kopffissen verwahrte. Nachdem die Kranold'schen Leitartikel diese famose Wirkung erzielt haben, planen die Sanatorien in Obernigal, ihren Patienten künftig nicht mehr Veronal und Valalin, sondern nur noch „Volkswacht“-Leitartikel als Schlafmittel zu verabreichen, die, wie die Segler aus der „Volkswacht“-Druckerei behaupten, zugleich ein sicher wirkendes Mittel gegen Stuhlvorstopfung sein sollen!

Der Etti-Artikel der „Volkswacht“ vom Donnerstag aber soll, wie wir hören, eingerahmt und dem Stillschweigen überreicht, verblüdete SPD.-Redakteure überwiesen werden. Ueberschrift: „Ein verfrühter Silvesterkuss oder die Spitzenleistung eines gründlichen und gewissenhaften Hauptchriftstellers.“

Weihnachtsverkehr auf der Eisenbahn

In der Zeit vom 20. bis 26. Dezember wurden an Fahrkarten verkauft in Breslau auf dem Hauptbahnhof am 20. Dezember 5614 (1927: 8248), am 21. Dezember 11 014 (8755), am 22. Dezember 15 521 (9828), am 23. Dezember 14 262 (13 882), am 24. Dezember 14 623 (18 904), am 25. Dezember 13 482 (13 908), am 26. Dezember 11 904 (11 108), zusammen 89 850 (84 213); auf dem Bahnhöfen P. a. h. n. o. 32 605 (1927: 28 897) Stück. Auf beiden Bahnhöfen sind während des Festverkehrs 121 955 Fahrkarten verkauft worden, mit 8845 Fahrkarten mehr als im Vorjahre.

Entlassungen um das Weihnachtsgeld zu „sparen“

Ein Arbeiter schreibt uns: Wir heri. teten vor einiger Zeit über die unerhörten Zustände, die bei der Breslauer Eräger- und Bau-eigen-gesellschaft eingetreten sind. Das Treiben des reaktionären Betriebsleiters ist unterdessen immer schlimmer geworden. Er hatte sich schon mehrfach zu seinem Ungunsten vor dem Arbeitsgericht zu verantworten, aber bald darauf suchte er sich neuer pfer seiner Sache. So ließ er im Speiseaal einen Anschlag anbringen, nach welchem Arbeiter, die im Betrieb, im Hofe oder auf dem Hofe beim Rauchen angetroffen werden, ihre sofortige Entlassung zu verurteilen haben. (Für die Herren Angestellte gilt dieses Verbot nicht.) Herr Reppmann gab uns nun auch einen neuen Beweis seiner „sozialen“ Einstellung. Er bekam einige hundert Mark zur Verteilung für Weihnachtsgelder. Bedacht sollten die Arbeiter werden, welche ein Jahr im Betriebe sind. Anstatt nun von diesen jedem einen Teil zu geben, machte er allen denen, die ihm einen guten Schmus einbringen, Geschenke von 10 bis 25 Mark. Männer, die viele Jahre im Betriebe sind, wie der zweite und dritte Betriebsratsvorsitzende, bekamen nichts, da ihm auch diese verhaft sind. Dafür bekam aber ein Stahlhelfer, der in Hindenburg umher bei schwarzweißen Lappen hoch, eine höhere Summe. Denn dieser steht unter seinen Fittichen. Anders ist es aber bei unseren Genossen. Um mit dem Weihnachtsgeld an diesen vorbeizukommen, lehrte er sie drei Tage vor Weihnachten auf die Straße. Ueber die Entlassungen läßt sich überhaupt noch manches sagen. So kommt es häufig vor, daß dieser Betriebsleiter, da er vom disziplinären keine Spur besitzt, das Meer der Arbeitslosen vergrößert, um in der nächsten Woche wieder Leute einzustellen. Derselbe Mann, der sich auf der einen Seite um häßliche Verleumdungen bemüht, macht auf der anderen Seite

Unerhörte Betrügereien eines frommen Schwindlerpaares

11 000 Mk. Weihnachtsgelder unterschlagen — Was geht im „Evangel. Arbeiterverein Oberort“ vor?

Breslau, 28. Dezember.

Im Norden der Stadt besteht der sogenannte „Evangelische Arbeiterverein, Gruppe Oberort“. Vorsitzender ist der aus einem Prozeß gegen die „Arbeiter-Zeitung“ rühmlichst bekannte Pastor Sommer. Eine weitere Vorstandslehre war auch der famose Herr Filipp, der in demselben Prozeß seinerzeit als Zeuge gegen unseren Redakteur große Lüge sprach.

Anfang dieses Jahres wurde unter den Mitgliedern des Vereins eine „Weihnachtspartasse“ eingerichtet.

Ihr Zweck sollte sein, die Mitglieder zu veranlassen, jede Woche etwas zuzuschlagen, damit ihnen zu Weihnachten eine größere Summe Geldes zur Verfügung stehen sollte. Quittungslisten wurden ausgegeben, und der obgenannte Filipp sowie eine Frau Fur machten sich an das Veranschaffen der Gelder. Sie suchten die Mitglieder in den Wohnungen auf, beschwachten sie, ihnen Geld für die Weihnachtspartasse zu übergeben und hatten damit großen Erfolg. Selbst die Vermögenden barboten sich einige Pfennige ab. Im Laufe des Jahres kamen auf diese Weise Summen von 20, 50 bis 100 Mark zusammen. Daneben aber auch eine Anzahl größerer Beträge, von Gehaltssteuern gegeben, die 500, 600, 700 Mark und zum Teil noch mehr in der „Partasse“ angelegt hatten.

Weihnachten kam heran. Der Auszahlungstag rückte immer näher. Wer beschrieb den Schreck der Vereinsmitglieder, die, als sie ihr Geld wiederhaben wollten, hören mußten, es wäre keins mehr vorhanden?

Von ungefähr 17 000 Mark zu Sparzwecken erhaltenen Geldern hatte der fanatische Filipp ungefähr 11 000 Mark unterschlagen. Die betrogenen Später, in der großen Mehrheit kleine Leute, haben bis auf jene, die schon vor der Aufdeckung des Betruges rochen und schnell ihr Geld zurückverlangten (ungefähr 8000 Mk.), nichts wieder von ihrem Gelde gesehen.

Der „Evangelische Arbeiterverein“ erklärt jetzt offiziell, die Sammlungen nicht offiziell veranlassen zu haben und dasselbe behauptet die Etkler-Gemeinde. Alles schließt die Schuld auf Filipp, der angeblich — auf einmal — die ganze Spargeschichte „als Person“ gemacht haben soll. Es ist klar, durch eine solche Darstellung wird vor allem der Verein davor geschützt, von den empörten Mitgliedern auf Schadenersatz verklagt zu werden.

Die Unterschlagungen des Filipp werfen ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse in den religiösen Vereinen. Die Mitglieder haben auf den ungeheuren Betrug, dem sie zum Opfer gefallen sind, bereits die Antwort gegeben und ihm zum großen Teil den Rücken gekehrt. Sie dürfen jetzt nicht loder lassen.

Sondern müssen vom „Evangelischen Arbeiterverein“ die 11 000 Mark, um die sie betrogen worden sind, ersetzt verlangen.

Denn Filipp war im Vereinsvorstand und hat seinen ganzen Schwindelakt unüberbrochen so ausgeführt, als wäre er ein offizielles Vereinsunternehmen.

Er hat offenbar genau gewußt, daß mit dem Aushängedilb „Religion“ die besten Geschäfte zu machen sind.

Die Affäre Meise

Der Wortlaut des Ausschlußantrages

Von besonderer Seite wird uns der Wortlaut des Ausschlußantrages gegen Meise, den sozialdemokratischen Baugewerksbundangehörigen, Stadtvorordneten und Inhaber vieler „Ehrendämter“ zur Verfügung gestellt. Der Antrag wurde in der letzten Vertreterversammlung der SPD. von den Stadtverordneten Kneiff und Krieger eingebracht. Wir bringen ihn im Nachfolgenden zum Abdruck:

Begründung für den Antrag auf Ausschluß des Genossen Meise-Breslau aus der Partei

Die Unterzeichneten hatten bisher keinerlei persönliche Freundschaft oder Feindschaft mit Meise. Auch das parteipolitische Auftreten des Genossen Meise in den Parteiversammlungen hätte uns allein nicht zu dem Antrag veranlaßt. Nachdem uns jetzt Dinge zu Ohren kamen und Briefe vorlagen, in denen Meise ehrenrührige Handlungen nachgelagt wurden, die, wenn sie auf Wahrheit beruhen, die gesamte Arbeiterbewegung diskreditieren, mußten wir, um einer weiteren Schädigung des Ansehens der Partei vorzubeugen, gegen den Parteifunktionär Meise vorgehen. Dem Genossen Meise wird in der Öffentlichkeit vorgeworfen:

1. Er habe sich an Sausgelagen mit Arbeitgebervertretern beteiligt, obwohl er wußte, daß die Gelder von einer Baufirma kammen und offiziell bestimmt waren, Funktionen einer freien Gewerkschaft zu kompensieren und dem Arbeitgeber einen unredlichen Vorteil zu verschaffen.
2. Er habe seine Kollegen, die Gewerkschaftsangehörigen Gabel, Kantschke, Kuhnert und den Betriebsratsvorsitzenden der Baufirma, den Bauarbeiter Rollender, verleitet, an diesen Betrügereien teilzunehmen.
3. Daß er bei einem dieser wiederholten Gelagen im Café Kreuziger, Freiheitsstraße, die vorher betrunken gemachte Braut eines Gewerkschafts- und Parteifunktionärs im Frauenkleide zu vergewaltigen versuchte, so daß bürgerliche Gäste den Rollender auf diesen Skandal aufmerksam machten.
4. Meise habe in unmoralischer Art auf die Vertreter der Bauhütte eingewirkt, damit diese durch Fernhalten der Delegierten von der Generalsammlung (Nachschicht) seine gefährdete Wiederwahl als Geschäftsführer des Verbandes sicherten.
5. Daß er andererseits, um sich den Vertretern der Bauhütte ge-

fällig zu erweisen, bei Streitigkeiten seiner Verbandsmitglieder mit der Bauhütte bereit sei, nicht die Arbeitnehmer, sondern die Firma vor dem Arbeitsgericht gegen die eigenen Verbandskollegen zu vertreten.

6. Er habe einem Graf-Arbeitgeber, welcher das Geld für die Sausgelage und Autofahrten zahlte, Sachschaden geleistet, damit dieser unbehelligt einen Parteifunktionär als Betriebsrat machen konnte.

7. Daß er aus persönlichen Gründen den Ausschluß dieses Parteifunktionärs aus dem Verbands betrieb habe.

Jede einzelne der vorstehenden Handlungen sind eines Parteifunktionärs unwürdig und geeignet, die Partei schwer zu schädigen. Als Parteifunktionäre werden wir daher unsere Forderung auf Ausschluß des Genossen Meise aufrechterhalten, bis Meise den vollen Beweis erbringt, daß die über ihn fortgeführten Behauptungen unwahr sind.

Beweismittel und Zeugen: Zu 1. Bausführer Schmidt-Berlin, Alvenslebenstraße 121, Protarist Winter-Breslau, Gewerkschaftssekretär Krieger-Breslau, evtl. Schramm-Waldburg, Bauarbeiter und Parteifunktionär Adolf Gasse-Gumbel, Kugelrad und Genosse Pajung-Schmiebsfeld.

Zu 2. Die Beteiligten und wie oben bei 1.

Zu 3. Dito.

Zu 4. Bausführer Schmidt-Berlin und andere.

Zu 5. Abdruck eines Briefes im offiziellen Organ der Bauarbeiter.

Zu 6. Die Genossen Pajung-Schmiebsfeld, Gasse-Gumbel, Goreski-Breslau, Bräutigam 7, und die Beteiligten an den Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht.

Zu 7. Genosse Pajung, Goreski und andere.

Das sind ja recht liebliche Dinge, die da die Kneiff und Krieger ihrem Meise vorwerfen. Aber sie müssen ihn ja kennen!

Aus Raumgründen können wir heute nur den ersten Teil des Materials zur „Affäre Meise“ veröffentlichen. Wir werden behal morgen auf diese Angelegenheit zurückkommen und eine Reihe weiterer sehr interessanter Tatsachen mitteilen, die beweisen, daß man in der SPD. immer noch bemüht ist, den ausgemerkten kompromittierten Meise zu halten. Die SPD. ist und bleibt eben ein großer Sumpf!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau — Stadtel 8 (West), Freitag 19 Uhr in den Subettusfälen, Gebirgs-Wilhelm-Straße, General-Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirks-Parteitag.

Freiburg, Sonnabend 19.30 Uhr wichtige Gesamtsitzung im „Wäcker-Baum“. Alle Genossen erbeten!

Stedau: Sitzung aller Kommunisten beim Genossen Fr. am Sonnabend, Nieder-Salzbrunn, Besessengruppe. Sonntag 14 Uhr im „Hotel Sandberg“ kombinierte Mitgliederversammlung. Bericht: 1. Bezirksparteitag. Er-schließen ist Pflicht!

Jung-Spartakus-Bund

Breslau — Gruppe Schottländer (West), Freitag 18 Uhr Gelmadend in der „Stadt-Ramslau“, Matthiassstraße, Galle Willkomm!

DR. Freitag 17 Uhr Gelmadend im Hotel Giesch, Königsgräber Straße, Galle Klotterstraße.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau — Abt. 2, Freitag 20 Uhr Funktionärsitzung. Sämtliche Mitglieder sind zu Maxentendungen mündigen.

Abt. 6, Freitag 20 Uhr General-Mitglieder-versammlung im „Viel-Gat-hof“, Subentstraße. Bericht über die Untergruppenkonferenz. Funktionäre eine Stunde selber und endgültige Abrechnung.

Abt. 4, Sonntag 10 Uhr Funktionärsversammlung im „Kaiserhof“.

Sämtliche Kassierer von 9 bis 10 Uhr im „Kaiserhof“ abrechnen.

Stedau, Sonntag Winterausmarsch. Antreten um 10 Uhr am Schleppack-Gleichberg. Sonntag 20 Uhr Kameradschaftabend im „Sonnens Hof“.

Sauerbrunn, Sonntag 10 Uhr Generalversammlung in der „Sonke“. Erschließen ist Pflicht!

Sonstige Organisationen

Waldenburg, alle kommunistischen Metallarbeiter des Unterbezirks müssen Sonntag 9 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im „Schleppack“ (Lein-Deis) Arbeiter-Samariter. Die Generalversammlung findet am 8. Januar 1930 Uhr im „Hotel Obergräber“ statt. Tagung dieses Tags bis zum 31. Dezember schließlich beim ersten Vorsitzenden ein-zutreten. Erschließen ist Pflicht!

Waldenburg-Altweiser, Arbeiter-Schwarzverein, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Waldenburg, Sonntag 20. Dezember 14 Uhr im Vereinszimmer des Gasthauses „Zum Döllner“, Waldenburg-Generalsammlung. Erschließen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Bericht und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

die Behörden zum ... Auch diese mühten sich bei Verteilung der ... ihre Leute ansehen. Und euch, Arbeiter, euch rufen wir: seid klüger, und seigt ... reaktionären Betriebsleiter die Zähne, wenn auch sein Bauch noch so dick ist.

Das Gasthaus in Saara niedergebrannt. Das sogenannte „Historische Gasthaus“ in Saara bei Breslau-Alfa ist völlig niedergebrannt. Das Feuer brach in einem der im Dachgeschoss befindlichen Nebenräume aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit. Sowohl der Gastwirt als auch drei in der Familie konnten nur das nackte Leben retten; sie sind sämtlich obdachlos geworden. Von der an der Brandstelle anwesenden Breslauer Berufsfeuerwehr sind zwei Mann zu verunglückt. Der eine brach durch die Decke. Er zog sich außer anderen Verletzungen erhebliche Brandwunden zu; der andere erlitt Kopfverletzungen.

Unglück oder Selbstmord? Der 26 Jahre alte Arbeiter Hermann Gerh, Matthiassstraße 168, wurde in seiner Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Es soll sich um einen Unglücksfall handeln. Freie Turnerschaft, 2. Männerabteilung. Heute Abend Generalsammlung bei Joublich, Königsgräber Straße.

Thalia-Theater. Einen Zug zu machen. Es ist sehr leicht, sehr anspruchlos. Aus der in diesem Jahre auf den Breslauer Bühnen bestimnt nicht zu lang gekommenen „guten alten Weaner Zeit“. Etwas gewaltig, aber nicht wirkungslos in die Zwischenakte einige moderne Couplets lokales, sogar politischen Charakters eingefügt, als geistige Staubsauger-Sozialen. Denn etwas verkauft mit: diese Weaner Geschichte von dem Gewürztramer und der sein Geschäft auf zwei Tage seinem Kommiss übergibt, der sich dann einen „Zug“ mit entzücklichen Komplikationen macht. Und zum Schluss gib es selbstverständlich die Lösung aller Konflikte und nicht weniger als drei der ja keinesfalls mehr unbekannt „glücklichen Paare“. — Blicke noch etwas zur Darstellung zu sagen. Kner als Gewürztramer, Beschell als Kommiss, Oswald als Hausdiener, und von den weiblichen Rollen Kriegerin Gerda Orten, Grete Kretschmer, Magda Simon und Vera Spohr seien aus der Zahl der Mitwirkenden hervorgehoben. Besondere Erwähnung verdient Richard Doda, der gestern an Stelle der plötzlich erkrankten Käthe Gold den Joben zum Kommiss gewordenen mit solchem Humor spielte, daß auf seiner Leistung ein großer Teil des Erfolges bei dem recht wenig aufrechten — Publikum basierte.

Verantwortlich für den politischen Teil: ...

Waldenburger Bergland

Reichsbahndirektion, wo ist er!

Die h. Korrespondenz meldet: Wie das Volksjahrstamt Neurobe mitteilt, ist ein langer Zeit in Waldenburg fehlender Waggon mit Viebzug für den Neurobe Bezirk verlorengegangen. Vielleicht gibt sich die Reichsbahndirektion die Mühe, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie es möglich war, daß ein kompletter Eisenbahnwagen spurlos verschwinden konnte.

„Dinta“-Bewegung im Niederschlesischen Bergbau

Interview mit Schülern (Von unseren in der Provinz korrespondierenden.)

„Wo, ihr Jungen, was treibt ihr hier? Ihr wart doch vorigen Monat in der Tischlerwerkstatt, jetzt wollt ihr wohl Schlosser oder Schmied lernen?“

„Ja, wir kommen eben überall mal hin, dann kommen wir ins Kesselhaus.“

„Wie gefällt euch denn dies ständige Wechseln der Arbeit?“

„O, sehr gut, denn man lernt viel kennen.“

„Sagt, warum macht man das, ihr habt doch keinen Lehrvertrag?“

„Der Ingenieur sagt, wir sollen viel lernen, damit man sich später, wenn wir in die Grube kommen, manches selbst machen kann.“

„So, hat euch der Ingenieur nicht noch einen andern Zweck angegeben?“

„Nein.“

„Ihr habt während der Arbeitszeit auch Unterricht. Was lehrt euch da dieser junge Ingenieur?“

„Alles mögliche. Morgen haben wir einen Lichtbildvortrag über Obereschleien.“

„Ihr macht im Sommer wohl auch Ausflüge auf dem Grubenauto, dabei werdet ihr doch auch verpflegt?“

„Ja, wir werden auch Wanderungen machen. Der Ingenieur sagte schon, wir werden jetzt einen Sportverein bilden. Fußball usw. werden von der Grube angeschafft.“

„Seht mal an! Dazu hat jetzt die Grube Geld. Aber bessere Söhne zahlen, das will sie nicht.“

„Ja, das hat uns auch schon gewundert.“

„Sagt mal auf, Jungen. Man wirft das Geld nicht umsonst heraus. Der Zweck dieser Übung ist der, man will sich einen Stamm zuverlässiger Leute heranziehen, die abgelassen von der Arbeiterbewegung; Partei, Gewerkschaften, Arbeiterpartei, zu Vertretungen auf dem Grubenauto werden und die man später bei Streiks und dergleichen als Ersatzkräfte gebrauchen will, wenn die andern Arbeiterlager abends um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit kämpfen. Ist euch das einleuchtend?“

(Die Jungen gähnen sich gegenseitig an.) „Das kann schon möglich sein.“

„Also, sagt mal auf! Man tut jetzt sehr harmlos, später wird man deutlicher werden. Sagt mir nur Bescheid, wenn euch der Ingenieur wieder etwas Neues erzählt. Wir sprechen später noch darüber. Ist jemand von euch im Verbande?“

„Ja, ein paar bloß.“

„Ist jemand unter euch, der aus der Kirche ausgetreten ist?“ (Von fünf melden sich drei.)

„Na also! Ich werde euch noch Bescheid sagen, wenn der nächste Heimabend von der Kommunistischen Jugend ist, da kommt mal hin, wir zeigen einen schönen Film über das heutige Russland!“

Aus mehreren Reihen: „Ja, da kommen wir bestimmt, denn russische Filme sind immer schön. Nicht wahr du, wir haben „Ranzerkreuzer Potemkin“ gesehen!“

„Abgemacht! Leb' gesund! Der Alte kommt.“

Obiges Beispiel zeigt mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit unserer Genossen, die Dinta-Bewegung zu beobachten und für Aufklärung zu sorgen. Es sind meist ganz intelligente Jungen, die man erzieht, zu jungen. Unsere Betriebszellen, besonders die Jugendzellen, müssen ihr Möglichstes tun, diese Jungen den Gewerkschaften und unserem Jugendverband zuzuführen. Es gibt sogar Arbeiter, die ihre Söhne der Grube anbieten, weil sie dadurch hoffen, daß sie für sich selbst und ihre Kinder Vorteile herausziehen.

Also: Man an die Arbeit! Gebt den Burtschen etwas Geeignetes zum Lesen, laßt sie auf und berichtet der „Arbeiter-Zeitung“.

Die Sozialdemokraten sind noch nicht schlau geworden

Erwerbslosenversammlung in Konradsthal.

Als in Konradsthal bekannt wurde, daß die Erwerbslosen bei Verteilung der Weihnachtsgeldhilfe nicht berücksichtigt werden sollten, wurde beschlossen, eine Versammlung zu organisieren. Genosse Fräuer wurde einmütig zum Sprecher bestimmt. Zum ersten Punkt sprach Genosse A. über die Erwerbslosigkeit im Reichsmaßstab und die wirtschaftliche Not der Erwerbslosen. Für die Erwerbslosen, die Opfer der kapitalistischen Nationalisierung, hat die Republik nichts übrig, wohnen unsere Steuerzahler für Panzerkreuzer, Luftschiffe, Hindenburg-Kammeln und Ansiedlung von Ministerwohnungen, Reichswehr und andere für uns absolute unnütze Sachen verschleudert werden. Da zur selben Zeit die Wohlfahrtskommission der Gemeinde mit der Verteilung einer Weihnachtsgeldhilfe beschäftigt war, wurde der formulierte Antrag (15 Mark für jeden Erwerbslosen) dem Vorsitzenden der Kommission durch zwei Kollegen überreicht.

Zum zweiten Punkt stellten die Erwerbslosen an die anwesenden SPD-Gemeindevorsteher die Frage, wie sie über den Artikel in der „Bergwacht“: „Wertvolle Verbesserungen für die Saisonarbeiter erreicht“, denken. Hierzu erklärte A. B., daß er über die Höhe der Unterstützung nicht informiert sei, und aus den vielen Vorder- und Hintertüren des neuen Gesetzes noch nicht schlau geworden sei. Zwischenruf aus der Versammlung: „Traurig“.

Genosse Fräuer wies nun in den Ausführungen über die Kartierung und an Hand von Beispielen nach, daß diese „wertvollen Verbesserungen“ ungeheure, untragbare Verschlechterungen seien. In Gedanken haben sich die Erwerbslosen beim Reichsarbeitsminister, SPD-Genossen Wiesel. Zur Abschaffung einiger Mängel, welche örtlicher Natur sind, beschlossen die Versammelten einstimmig, der SPD-Fraktion das weitere zu überlassen.

Einen unangenehmen Zwischenfall gab es, als ein vollkommen betrübener Sozialdemokrat in den Versammlungsraum kam und den Genossen Fräuer auf widerwärtige Art beschimpfte. Nur der Rufe des Genossen sowie dem Umstand, daß es sich um einen Kriegsverletzten handelte, war es zu verdanken, daß die empörten Versammelten ihn nicht zur Tür hinausbeforderten. (Zur selben Zeit, als er mit Donnerstimme verurteilte, daß wir als Sozialdemokraten kein Weihnachten feiern, ließ er seine schnalzbildige Tochter in Saale deselben Saalens, als einige Schritte weiter, bei der Weihnachtsgeldverteilung des Christlichen Frauenvereins bei dem Theater die heilige Maria spielen.) Während man im nächsternem Zustande einer solchen Diskussion mit uns aus dem Saal geht, versucht man es auf diese Art. Es wäre mehr über diese Störung einer Protestversammlung zu sagen, wir legen jedoch diesen zweiten Fall zum ersten, welcher sich am 13. Mai d. J., am Sonntag vor der Wahl, vor demselben Lokal abspielte. Inzwischen haben wir in beiden Fällen Erfolg zu verzeichnen! Nicht mit Hilfe des Alkohols, sondern durch unermüdbare Aufklärung und Revolutionierung der Arbeiterschaft werden wir den Kapitalismus bezwingen.

Begrüßung der Arbeiterpartei zum Silvester.

Das wird geschrieben: Um mit der alten Sitte des Silvesterbummels zu brechen, hat die letzte Bezirksversammlung beschlossen, ein Winterfest der Jugend des 4. Bezirks in der Silvesternacht zu veranstalten. Das neue Jahr soll nicht in kindiger Lust und mit einem Regenwurm, sondern mit Winterfesten in herrlicher, reiner Luft begonnen werden. Alle Abteilungen der Sozialdemokratie, Turner, Fuß-

baller und der Sportlerinnen treffen sich um 23 Uhr in Langwäldersdorf, vor dem Gasthaus „Zur Stadt Wien“, und zwar sind die Briefe oder der Roberschlitzen mitzubringen. Die Schlitzen sind möglichst mit zwei Personen zu besetzen. Die Jugendauschussmitglieder führen die Abteilungen und sorgen für reiblose Beteiligung und originelle Ausgestaltung. Erwünscht sind leuchtende Transparente mit Bundesabzeichen oder dem Winterportabzeichen oder der Aufschrift „Frei Welt“ und „Fackeln“. Die Kleidung wird am besten dem Zweck entsprechend gewählt. Und nun los vom alten Joff, die Werbeaktion gerührt (die Öffentlichkeit soll merken, daß etwas los ist), und frohe Stimmung mitgebracht. Kein Jugendportler fehlen!

Opfer des Kapitals. Vor Weihnachten verunglückte der jugendliche Arbeiter Schneider aus Dittelsbach auf der Reichsgrube. Er war in der Verladung beschäftigt, wo er sich beim Förderwagen einen Arm brach. Das ist nicht der erste Fall. Es ist ein Schandal, daß man in der Verladung, um Geld zu sparen, hauptsächlich nur Jugendliche unter 16 Jahren und Frauen beschäftigt. Das ist der Schuß der Jugendlichen!

Schweidnitz

Die Generalmitgliederversammlung der „Roten Hilfe“ findet am Sonnabend, dem 29. Dezember 1928, um 10.30 Uhr bei Häbel statt. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Sehr wichtige Tagesordnung.

Sriegau

Und wieder ein Unfall im Steinbruch. In dem Betriebe A. Weiß, Gräben, verunglückte der Alfordbrüder Richard Betsch. Beim Abspalten brach ein Stein ab und schlug ihn mit solcher Wucht an die Hand, daß er ihm den Knochen herausgeschlug. Wie der Samariter im Betriebe feststellte, soll auch die Sehne gerissen sein.

Landeshut

Zum viertenmal vom Brandunglück heimgeführt. Vor Weihnachten ist das Anwesen des Stellenwärters Alfred Wiedemann in Buchwald bei Vieban abermals vollständig niedergebrannt. Es war erst im November 1927 eingedacht worden, und der Besitzer Wiedemann befand sich wegen des Verdachtes, sein Besitz selbst vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben, mehrere Monate in Untersuchungshaft. Als er im Sommer dieses Jahres wieder aus der Haft entlassen wurde, weil die Untersuchung gegen ihn negativ verlaufen war, hatte er sein Anwesen wieder aufgebaut, das kaum fertiggestellt, jetzt abermals den Flammen zum Opfer gefallen ist. Mitverbrannt sind 15. Hühner, drei Ziegen, der ganze Viehbestand.

Görlitz

Drei Linien des Brochemismus. Von Glang.

Wenn wir Kommunisten nicht ab und zu einmal von unseren Gegnern die Wahrheit zu hören belämen, wüßten wir überhaupt nicht, was wir wollen.

Die Sozialdemokraten belehren uns darüber, daß wir das Chaos münchen, worunter sie schlechterhin einen Zustand verstehen, in dem ihrem ∞ älter das Wasser abgegraben wird.

Udenorff macht uns klar, daß wir zu je einem Drittel aus Freimaurern, Juden und Nabalhären bestehen, welche drei Klassen bekanntlich den Untergang des Abendlandes begünstigen.

Und im „Deutschen Adelsblatt“ bedt ein Herr Alfred v. Brochem die „holländische Wählerarbeit in Deutschland“ auf. Die „Deutsche Zeitung“ druckt begeistert einige Absätze des Artikels nach.

Daß Herr v. Brochem ein schauerhaftes Deutsch schreibt, darf man ihm nicht übelnehmen. Ein deutscher Ritter vermag wohl sein Schlachttroß in den Clappenfall zu lenken, seinen Degen einzustechen und den Humpen zu leeren, aber das Schreiben und das Lesen ist nie sein Fach gewesen.

Wenn er doch einmal ein Buch liest, dann ist es das Egerzierreglement, und wenn er ein paar Worte schreibt, dann ergibt sich ein Rauberwisch, das man getrost als Schwarzweißrolloß servieren kann.

„Die Propaganda für den Bolschewismus“, schreibt Herr Alfred, ist ja von Straßendemonstrationen, Sprechhören und vielem anderen bekannt.“

Warum auch nicht? „Ist sie doch, soweit sie von Russland und den Kommunisten ausgeht, offen und plump und wirkt hauptsächlich nur durch ihre Raffigkeit.“

Während man der Brochemitischen Propaganda eine fast unheimliche Zartheit nicht absprechen kann.

Neujahr!

Der Christbaum wird noch einmal angezündet. Die Jazzband schluchzt verwehnd „Stille Nacht!“ Vor dem Hotel ein Mann „Gänzlich erblindet.“ Wann der wohl Feierabend macht? Ist alles nicht genau so wie vormher? Minister schmelzen wohligh sich in Sesseln. Sie sitzen warm. Man macht es sich bequem. Der eine frißt, der andere wird getroffen.

Silvestermacht. Wie heiße Monde glühen Die Klage Kantons in der Nacht, Mit Menschenfleisch geheizt. Blutige Brühen, Zerstoßene Kämpfe, Köpfe abgehakt.

Silvestermacht. Wie ein Gebirg? So steigt es rings um uns von Mauern Mauern. Gejangene drin, durchschallt und grau gewirgt. Wie lang noch soll dies Menschenblutdauern? ...

Der Purtsch mallt Köpfe rot. Schlag zwölf Uhr auf den Straßen. Schreit los das große Mordgeschrei. Die Gloden klirpern, Telephone rasen. Das alte Jahr, das neue Emerlei.

„Was tat ir' eigentlich im Jahr, dem alten —“ Sich mancher morgens überlegt. Weit draußen steht der Wind und legt Und brüllt, als wollte er die Welt zerpalten.

Ein harter Wind. Und Eis bringt er herein Ins Land. Fern, drüben geht ein Posten Den Bahndamm auf und ab. Die Welt ist sein. Ein roter Stern am Helm... Der Wind kommt aus dem Osten.

Johannes A. Deher.

Eine Kuh, die infolge Rauchtrocknung am Berenden war, mußte abgestochen werden. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht geklärt, es wird aber vorläufig Brandstiftung vermutet. Es ist nun bereits das viertemal, daß Wiedemann vom Brandunglück betroffen wurde. Das erstmal brannte seine Wohnung und Wirtschaftsgedäude vor zwei Jahren in Ober-Nasendorf nieder. Er verließ dort die Brandstelle und laute in Buchwald die Wirtschaft. Als voriges Jahr im November ein neben der Wirtschaft stehender Strohschober völlig niederbrannte und wenige Tage darauf das Grundstück selbst, wurde W. wegen Verdachtes der Brandstiftung in Untersuchungshaft genommen.

Ein Postbeamter als Briefmarke. Seit längerer Zeit waren beim Landesbüro Postamt ausgegebene Briefe, in denen sich Geld einlagen befanden, ihres Inhalts beraubt worden. Nunmehr ist es gelungen, den seit einigen Jahren beim Landesbüro Postamt tätigen Postassistenten Hoffmann als Briefmarke zu überführen. Ihm wurden sofort die weiteren Dienstverrichtungen unterlag, und er wird sich vor dem Richtergericht wegen Amtsverbrechens zu verantworten haben. Hoffmann, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, ist durch leichtsinnigen Lebenswandel auf abschüssige Bahn geraten.

Viebau. Circa 600 Erwerbslose zählt Viebau, ein zeitlich wirtschaftlichen Niederganges. Von 6000 Einwohnern ist mit hin jeder achte, und von der werktätigen Bevölkerung jeder dritte Arbeiter erwerbslos. Die Zentrumspresse schrieb: „Wenn auch Weihnachten in Armut, aber dafür mehr im Herzen!“ Dem zühigen Erwerbslosenausflug ist es gelungen, eine Beihilfe durchzubringen.

Der Magistrat hielt im Viebauer Wochenblatt ein großes Informativgespräch, welches die Einwohner aufforderte, alle ihre Einkünfte am Orte zu tätigen. Hauptsächlich ist diese Mahnung auch im engsten Kreise eingehalten worden, damit nachher nicht etwa wieder eine Diskussion in der Schule entsteht, ob es ratsamer ist, Schuhe in den Schülerräumen als anderswo zu waschen.

Leninabend der R. J. Der letzte Leninabend war leider nicht so besucht, wie er es verdient hatte. Nach Erledigung organisatorischer Fragen sprach ein Genosse über antimilitaristische Arbeiten. Da gerade ein Genosse, der zurzeit bei der tschechischen Armee dient, dem Heimabend bewohnte, so gestaltete sich die Diskussion sehr interessant.

R. J. Nachrichten. Allen Kameraden zur Kenntnis, daß am 30. Dezember ein Winterkummel stattfindet. Ansetzen um 10 Uhr am Schlehhaus mit Glas oder Sportschlitzen. Warme Unterkleidung, Uniform, Decke oder Jade im Rucksack. Kaffee wird gefoch. Also, alle Mann auf Posten. Die Generalversammlung findet am 5. Januar im roten Zimmer statt. Tagesordnung geht jedem Kameraden zu.

Rote Hilfe. Wir weisen nochmals auf den Familienabend am Silvester im „Risch“ hin. Jedes Mitglied teile dies den Sympathisierenden mit. In der nächsten Mitgliederversammlung spricht als Referent der Bezirksleiter Genosse Gläfer aus Breslau.

Niederschlesien

Über nun kommt das unbegreiflich hohe Wunder: Wir haben bei unserer Wählerarbeit zwei mächtige Verbündete: Amerika, und mit ihm das Judentum, die über Deutschland und Russland die Erschließung des gewaltigen asiatischen Erdteils vornehmen wollen.

Wie tut sich das? Habt ihr es noch nicht bemerkt? Nämlich, daß man (man ist Amerika und das Judentum) sich an die Spitze der ungeschicktesten und kommunistischen Propagandalinie, der Kulturellen, setzt und sie für sich abbiegt.

Das ist mal eine Propagandalinie! Sie ist ungeschicklich, kommunistisch und kulturell. Sie hat zwar eine Spitze, aber keine Wange: Die Spitze wird für sich abgebeugen.

Das ist zwar etwas geschwollen ausgedrückt, lieber Brochem, aber wir wissen jetzt, worauf du hinaus willst. Während die politischen und kommunistischen Linien vor Neid verblaffen und die kulturelle Linie an sich will wie Sauerteig am Ofen, so wird der Kommunismus gleichzeitig zur „Beseitigung deutscher Werte benutzt“.

Daß die deutschen Werte an der New Yorker Börse unter dem Titel: „Wein, Weib und Gesang“ notiert werden, ist bekannt.

Daß die deutsche Frau Wilhelm von Doorn eine R. und R.-Angelegenheit ist — sie soll ihr Interesse in gleicher Stärke der Kirche, dem Kinde und der Kirche zuwenden — das ist sich auch in ganz Holland herumgesprochen haben.

Und da wir Kommunisten sogaragen der deutschen Germania das Gemd über den Kopf ziehen wollen, fördern wir — immer im Bunde mit Amerika und dem Judentum — die „erotische Revolution“.

Was ist erotische Revolution? — Sie ist „Zerstörung der Ehe, des Jugendchusses, Verzicht auf das Kind“.

„Dies ist der wahre Sinn des Salonkommunismus“, bemerkte der urwüchsigste Alfred. Zum Beweis führt er ein paar Namen an: Paul Cassirer, Tilia Durieux, Jekner, Piscator, „Berliner Tageblatt“, „Weltbühne“, Theobald Tiger, „Welt am Montag“ und „Montag Morgen“.

Eine feine Gesellschaft, das muß man schon sagen! Saubere Brüder das, diese Vorkämpfer der erotischen Revolution!

Theodor Wolff ist als unser Genosse entlarbt! Wenn aber das „Berliner Tageblatt“ eine jüdisch-amerikanisch-kommunistische Zeitung ist, was soll man da von der „Morgenpost“ denken?

Sind die Genossen U. I. st ein erotische Revolutionäre oder nicht? Heraus, Alfred v. Brochem, mit deiner Sprache!

Sei wie der Blitzstrahl, der auch keine Rücksicht nimmt und bald das unschuldige Lodenhaupt eines Salonkommunisten (Jekner), bald den kalten, schuldigen Scheitel eines erotischen Revolutionärs (Theobald Tiger) zerhimmelt!

Mögen die spizen Linien meines kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Nationalsozialismus weder verblaffen, noch anschwellen, noch abgebeugen werden!

Neusalz

Der Personenzug überfuhr in der Nähe des Bahnhofes Deutzen a. d. Ober den 27-jährigen Schmied Theodor Weigel aus Rosensthal. Der Körper des Unglücklichen wurde vollständig zertrümmert. Weigel befand sich mit dem Fahrrad auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen und hatte die Gleise als Fahrbahn benutzt. Dabei hatte er in der Dunkelheit das Herannahen des Zuges nicht gehört.

Bunzlau

Schülerelbstmord. Am ersten Weihnachtstag beging der Oberprimarier Giesek, Sohn eines Postmeisters, Selbstmord, indem er sich durch Gas vergiftete. Als Grund zur Tat wird angenommen, daß Giesek nicht zur Reifeprüfung zugelassen werden sollte.

Som Juge zertrüddelt

Der Personenzug überfuhr in der Nähe des Bahnhofes Deutzen a. d. Ober den 27-jährigen Schmied Theodor Weigel aus Rosensthal. Der Körper des Unglücklichen wurde vollständig zertrümmert. Weigel befand sich mit dem Fahrrad auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen und hatte die Gleise als Fahrbahn benutzt. Dabei hatte er in der Dunkelheit das Herannahen des Zuges nicht gehört.

Glogau

In Unterzittlung gestorben. In W r m i z stellte sich bei dem Fleischerhauer Panewitz infolge eines unbeachtet gelassenen Gefäßleidens eine Blutvergiftung ein, die auch durch die ärztliche Kunst nicht mehr zu bekämpfen war. Der 42-jährige im Krankenhaus und hinterläßt eine Witwe mit drei unmündigen Kindern.